

Benjamin Ortmeyer

Hart, aber notwendig:

**Zur Auseinandersetzung
über die judenfeindlichen
Aktivitäten (Raub und Enteignung) der
Frankfurter Sparkassen in der NS-Zeit**

Kommentierte Dokumentation mit Pressespiegel

Impressum

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)
Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt am Main

info@asta-frankfurt.de



AStA der J. W. Goethe-Uni Mertonstraße 26 - 28 60325 Frankfurt am Main



Studierendenschaft der Johann
Wolfgang-Goethe-Universität
Körperschaft des Öffentlichen Rechts
seit 1920

Vorstand:
Kyra Beninga
Melissa Dutz
Nils Zumkley

Sebastian Heidrich
Pia Troßbach
Mathias Ochs

Studierendenhaus,
Mertonstraße 26-28
60325 Frankfurt am Main

Telefon (069) 798 –2 31 81
www.asta-frankfurt.de

26.10.2022

Pressemitteilung:

Gegen die Vertuschung der Beteiligung der Frankfurter Sparkasse an NS-Verbrechen – Solidarität mit Prof. Dr. Ralf Roth!

Der AStA beobachtet mit Sorge, wie Prof. Dr. Ralf Roth, Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität, bei seiner Forschung zur Judenfeindschaft der Frankfurter Sparkasse während der NS-Zeit eingeschränkt wird.

Im Rahmen der Verfassung einer Festschrift zum 200-jährigen Jubiläum wurde Prof Dr. Ralf Roth vom Institut für Banken- und Finanzgeschichte e.V. (IBF) mit der Dokumentation der Geschichte der Frankfurter Sparkasse zwischen 1822 und 1970 beauftragt. Seine Forschungsergebnisse haben ergeben, dass die Frankfurter Sparkasse weitaus umfangreicher an den NS-Verbrechen beteiligt war als bisher angenommen. Prof. Dr. Ralf Roth hat eindringlich aufgezeigt, dass die Frankfurter Sparkasse aktiv an der wirtschaftlichen Verfolgung von Jüd:innen mitgewirkt hat, so etwa an der Arisierung und der Enteignung im Zusammenhang mit Deportationen.

In der Folge sah sich der Vorstand des IBF dazu gezwungen, „interessewährend“ zu handeln und den Werkvertrag mit Prof. Dr. Ralf Roth aufzukündigen, um das öffentliche Prestige des IBF sowie das seiner Auftraggeberin, der Frankfurter Sparkasse, nicht zu beschädigen.

AStA-Vorsitzender Mathias Ochs kommentiert diese Vorgänge so: „Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse gegen wirtschaftliche Interessen ausgespielt. Die Kündigung des Vertrags mit Prof. Dr. Ralf Roth ist nichts anderes als der Versuch, die Verstrickungen der Frankfurter Sparkasse mit dem Nationalsozialismus zu verschleiern, um in der Öffentlichkeit ein positives Bild von der Geschichte

der Sparkasse zu zeichnen. Da eine Aufarbeitung solcher Verstrickungen Schrammen in diesem Bild hinterlassen könnte, wirft man wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse gerne auch einmal über Bord.“

AStA-Vorsitzende Kyra Beninga ergänzt: „Wir kennen solche Vorgänge nur zu gut vom 100-jährigen Jubiläum der Goethe-Universität 2014. Die kollektive Feierlaune, die das Universitätspräsidium damals inszenieren wollte, sollte um keinen Preis getrübt werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe der NS-Zeit war da unerwünscht. Die gleiche Tendenz lässt sich nun beim 200-jährigen Jubiläum der Frankfurter Sparkasse beobachten.“

In der Presse wurde ausführlich über die Einschränkung der Forschung Prof. Dr. Ralf Roths berichtet. Auf der Homepage des AStA findet sich dazu nun eine detaillierte Broschüre, welche die skandalösen Vorgänge dokumentiert. Damit beabsichtigt der AStA, eine notwendige Debatte um dieses Thema anzustoßen.¹ Die Broschüre ist per Klick auf das untenstehende Bild zu erreichen.

In diesem Zusammenhang richtet sich der AStA ausdrücklich an die Leitung des Fritz-Bauer-Instituts der Goethe-Universität, das am historisch belasteten IG Farben-Campus ansässig ist. Der AStA wünscht sich eine Solidarisierung des Fritz-Bauer-Instituts mit Prof. Dr. Ralf Roth und regt an, ihm im Interesse einer kritischen Geschichtswissenschaft die Gelegenheit zu geben, seine Position im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich kundzugeben.



Für Rückfragen stehen Ihnen die AStA-Vorsitzenden Kyra Beninga und Mathias Ochs per Mail (beninga@asta-frankfurt.de bzw. ochs@asta-frankfurt.de) oder telefonisch (01785223737 bzw. 017623410077) sowie Prof. Dr. Ralf Roth (ra.roth@em.uni-frankfurt.de) zur Verfügung.

¹ <https://asta-frankfurt.de/sites/default/files/2022-10/ASTA%20Roth%20Frankf.%20Sparkasse%20Homepage.pdf>

Vorwort

Der AStA der Goethe-Universität beobachtet mit Sorgen, wie ein an der Goethe-Universität lehrender Historiker, Prof. Dr. Ralf Roth, bei seiner Forschung zur Judenfeindschaft der Frankfurter Sparkasse in der Nazi- Zeit behindert wird. Für umso wichtiger halten wir die nachfolgende Dokumentation als Anstoß für eine notwendige Debatte um dieses Thema. Weiterhin wünschen wir uns, dass sich die Leitung des Fritz-Bauer-Instituts, das am IG-Farben-Campus ansässig ist, mit Prof. Dr. Ralf Rothe solidarisiert und ihm Gelegenheit gibt, seine Position in einer Veranstaltung darzustellen.

Oktober 2022

Kyra Beninga, Mathias Ochs

(AStA-Vorstand der Goethe-Universität Frankfurt am Main)

An den Vorstand des Fördervereins
des Fritz-Bauer-Instituts
und die Mitglieder des FBI

Betrifft: Die Auseinandersetzung um die Arbeit des Historikers Prof. Dr. Ralf Roth über die Geschichte der Frankfurter Sparkasse in der NS-Zeit

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freund:innen des Fritz Bauer Instituts,

Sie haben sicher auch in der Presse die Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der Geschichte der Frankfurter Sparkasse mitbekommen – im Anhang lege ich u.a. noch einmal einen Rundschauartikel und den aktuellen Artikel der Wochenzeitung Jüdische Allgemeine bei. Prof. Dr. Roth hatte eindringlich darauf verwiesen, dass die Beteiligung der Sparkasse an den NS-Verbrechen (Arisierung, Enteignungen im Zusammenhang mit den Deportationen usw.) viel umfangreicher war als bisher angenommen. Hier müsste nachgelegt werden und vor allem auch die Jüdische Gemeinde einbezogen werden. Ihm wurde auf Grund seiner bisherigen Arbeit mit keinesfalls überzeugenden Gründen der Auftrag einer Analyse der Geschichte der Sparkassen bis 1970 im Rahmen einer geplanten Festschrift „200 Jahre Sparkasse“ entzogen.

Das Ganze hat mich aufhorchen lassen, weil nun das Fritz Bauer Institut ohne Kommentar „in die Bresche springt“. Das Hin und Her in diesen Fragen wirkt auf mich nicht vertrauenswürdig. Da gibt es ein Problem, das ich noch nicht genau einordnen kann. Inwieweit wird damit die nötige wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Thesen des Historikers Ralf Roth kurzerhand abgebrochen, obwohl er der Sache nach doch offensichtlich im Recht ist? Wo bleibt die Solidarität des Fritz-Bauer-Instituts mit dem Historiker der Goethe-Universität Prof. Dr. Ralf Roth? Ähnliches habe ich hier an der Goethe-Universität mit der Adolf Messer-Lounge erlebt, als die ehemalige Präsidentin auch Historikerin war, eine Stellungnahme faktisch gegen den ASTA zu erarbeiten, die dann aber wirklich apologetischen Charakter hatte. Umso mehr bin ich daran interessiert, dass der Vorstand des Fördervereins des Fritz Bauer Instituts Herrn Prof. Dr. Ralf Roth Gelegenheit gibt auf einer Veranstaltung des Fördervereins seine Position und die Kontroverse darzustellen, um zu überlegen, wie gegebenenfalls nach Ansicht des Fördervereins eine Stellungnahme des Fritz Bauer Instituts zu all den Vorgängen aussehen könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Oktober 2022

Benjamin Ortmeier

PS: Ich danke Prof. Dr. Roth für die Überlassung seiner archivierten Sammlung über diesen Konflikt.

Dokumente (Auszüge)

Vorbemerkung

Die Durchsicht der Dokumente, die die „Kündigung“ von Prof. Dr. Roth versuchen zu begründen, ergab: Diese „Begründungen“ sind keine, sie sind nicht nur nicht überzeugend, sondern zeigen auch, aus welcher Richtung die Ablehnung der wissenschaftlichen Arbeit von Prof. Dr. Roth wirklich kommt.

Nachfolgend nur einige Aspekte.

I.

Zunächst: Im Schreiben „Kündigung des Werkvertrages“ vom 23. März 2022 heißt es, diese erfolge auf Grund „der Ihrerseits nicht, jedenfalls nicht vertragsgemäß erbrachten Leistung“.

Eine einseitige Erklärung und Zitate aus drei Gutachten werden angehängt. Neben den üblichen Vorwürfen bei solchen bestellten Gutachten, um jemanden loszuwerden (zu wenig Fachliteratur, zu wenig Kontext, zu wenig Differenzierung, es fehlt dies und das usw.) wird in Ansätzen deutlich, worum es geht.

Das Schlagwort vom „Handlungsspielraum“

Was im Alltag hieß „Wir konnten ja nichts machen, wir mussten ja ...“, wird im Wissenschaftsjargon übersetzt: „Der mögliche Handlungsspielraum muss untersucht werden“. So heißt es in einem Zitat eines beauftragten „Gutachters“ (von Dieter Ziegler = DZ), der die Ablehnung von Prof. Dr. Roth plausibel darstellen soll, angehängt an das benannte Papier mit der Überschrift **„Kurzdarstellung der Gründe für die Ablehnung der Kapitel IV bis VI des Manuskripts von Prof. Dr. Ralf Roth zur Geschichte der Frankfurter Sparkasse von 1822 bis 1970“**:

„Der Autor macht sich bei seiner Darstellung der Beteiligung der Frankfurter Sparkasse an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden, etwa den beschränkt verfügbaren Sicherungskonten oder der Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden bei der Reichsfluchtsteuer oder der „Judenvermögensabgabe“, nicht die Mühe zu ergründen, welchen Handlungsspielraum [!!!, BO] die Sparkassenleitung gehabt hätte, wenn sie das Unrecht als Unrecht erkannt hätte (was zwar unwahrscheinlich ist, aber unbedingt thematisiert gehört) ... Dort, wo die Sparkasse tatsächlich von der NS-Judenpolitik profitierte oder zumindest Handlungsspielräume besaß, nämlich bei der „Entjudung“ der Belegschaft und der „Arisierungs“-Vermittlung bzw. der Grundstücks-„Arisierung“, kennt der Autor entweder die rechtlichen Voraussetzungen nicht und zieht falsche Schlüsse („Entjudung“) oder er ignoriert das gesamte Problem („Arisierung“ gewerblichen Eigentums und Immobilienbesitzes bzw. „Arisierungs“-Vermittlung).“

Interessant sind hier auch die von geschichtsrevisionistischen Historikern favorisierten Wechsel von Personen zu Institutionen. Es wird die Frage aufgeworfen: Welchen Handlungsspielraum hatte denn die **„Sparkassenleitung“**? Und es folgt die sich „hermeneutisch“ gebende Frage, dass doch geprüft werden muss, ob das (zum Himmel stinkende) Unrecht überhaupt als Unrecht erkannt worden sei, was – unglaublich, aber wahr – als unwahrscheinlich eingeschätzt wird. Dann geht es zur „Judenpolitik“ (was ein Ausdruck für die Nazi-Verbrechen!) und da hätte die Institution, die **„Sparkasse“**, profitiert, aber das müsste man ja mit juristischer Kenntnis beurteilen. So oder so, die „Sparkasse“ bezahlt die Jubiläumsbroschüre zu 200 Jahren, da ist es doch unfein, einfach moralisch zu werten.

Das Verhalten der Frankfurter Sparkasse (Fraspa) gegenüber „jüdischen Kunden“

In einer weiteren angehängten Passage eines zweiten Gutachters (Dieter Lindner = DL) heißt es:

„Es ist ein Mangel, dass Roth das Verhalten der Fraspas gegenüber jüdischen Kunden in den ersten fünf Jahren, also der ersten Hälfte der NS-Herrschaft nicht zum Thema macht.“ (DL)

Die „jüdischen Kunden“ waren Verfolgte des Nazi-Regimes seit 1933 und der indirekte Hinweis – gut bekannt aus geschichtsrevisionistischen Darstellungen –, dass „eigentlich das Unrecht erst 1938 begonnen hätte“, findet hier einen Niederschlag. Dahinter steht: „So schlimm waren doch die ersten 5 Jahre gar nicht, nachher wurde es schlimmer, aber gab es denn Handlungsspielräume?“ Die so unschuldig daherkommenden Fragen kommen von einem klaren und falschen Standpunkt her, den man aber lieber nicht ausspricht.

Mit professoralem Geschick wird all dies nicht knallhart ausgesprochen, sondern in akademische Watte gepackt. Wie Heinrich Heine sagte: „Ich kenne die Weisheit, ich kenne den Text /ich kenne auch die Verfasser ...“

Dass das alles aber keine Unterstellungen, sondern plausible Überlegungen sind, zeigen die eigenen Publikationen dieser drei Gutachter, auf die Prof. Dr. Roth in einer genauen Darstellung sowohl in seinem Vortrag vom Juli 2022 als auch in einem gesonderten Dokument eingegangen ist. Aber das ist dann schon ein weiteres Kapitel im Rahmen der Historiker-Profession.

II.

In einem umfangreichen Papier entkräftet Kollege Roth meiner Meinung nach die falschen Behauptungen der Gutachter und stellt vor allem klar, dass er von Anfang an aufgefordert hat, die Zeit des Nazi-Regimes sehr gründlich zu behandeln, was im Rahmen einer Festschrift „200 Jahre Sparkasse“ und ausstehender Forschung eben nicht umfassend geschehen kann.

Bevor der Konflikt entstand, schrieb er:

***„Als besonders schwierig gestaltete sich die Bearbeitung der Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hier konnte nur ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden, weil die bisher in zentralen Aspekten noch überhaupt nicht untersuchte Rolle der Sparkasse nur auf Grundlage umfangreicher Quellenbestände, die sich heute im Hessischen Hauptstaatsarchiv befinden, abschließend beurteilt werden kann. Das erfordert jedoch ein vertiefendes Projekt, das deutlich über den uns zur Verfügung gestellten Rahmen hinausgeht, zumal der ausdrückliche Wunsch seitens der Frankfurter Sparkasse besteht, eine kurz gefasste Darstellung der Geschichte zu erhalten. Fragestellungen und Ansatzmöglichkeiten, die über den derzeitigen Stand hinausweisen, sind in den entsprechenden Kapiteln benannt.“
(Einleitung von Ralf Roth und Reinhard Schmidt in der Fassung vom 22. September 2021)***

Er war es also, der schon im September 2021 die Forderung nach einem vertiefenden Projekt aufgestellt hat. Das war nicht nach dem Konflikt und der Kündigung die geniale Idee derjenigen, die die Kündigung zu verantworten haben.

Kollege Roth klärt das eindeutig in seiner Darstellung des Konfliktes und belegt es mit seiner Positionierung vor dem Konflikt im Dezember 2021:

„Manches erfordert in der Tat die seit Jahrzehnten überfällige gründliche Aufarbeitung der Rolle der Frankfurter Sparkasse, aber auch der Stadtparkasse Frankfurt, in der Zeit des NS, und zwar nach dem Vorbild der Degussa oder der Deutschen Bank, wie sie die Kollegen Peter Hayes und Harold James vorbildlich geleistet haben. Dafür ist die Zeit und das Budget des von Ihnen beauftragten Projekts am Institut für Bank und Finanzgeschäfte zu kurz und zu schmal – jedenfalls was meine Beauftragung betrifft. Die vorliegenden Kapitel V und VI stellen, wie bereits erläutert, allenfalls einen ersten Aufriss und Skizze des Problems dar. Es sind darin jedoch hinreichend Gründe zusammengetragen, sich als Sparkasse der Verantwortung zu stellen und das Gespräch mit den Nachkommen bzw. Nachfolgeeinrichtungen der Opfer zu suchen.“ (E-Mail an Dr. Ingo Wiedemeier, vom 6. Dezember 2021)

Schr eindcutig wurde von Kollege Roth Stellung bezogen. In derselben Mail heißt es zusammenfassend – und das hat einigen Herren überhaupt nicht gepasst:

- „Die Frankfurter Sparkasse hat sich den Wünschen des Regimes gefügt und bereitwillig dem Wunsch nach einer umfassenden Arisierung des Instituts zugestimmt. Das ist für sich keine Besonderheit, sondern betraf viele Unternehmen.
- Die Sparkasse aber hat darüber hinaus die Nähe zur Macht gesucht und gesetzeswidrig der Gauleitung ein Viertel ihres Jahresgewinns zur persönlichen Nutzung gewährt und zwar gegen den Widerstand des Eigentümers der Polytechnischen Gesellschaft, ausführlich dargestellt in der Studie zur Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft von 2016.
- Über das Maß der üblichen Einbindung in das Regime hinaus geht auch die Bewerbung um eine Auszeichnung als NS-Musterbetrieb, zu der die zuständige Stelle explizit das Votum der Devisenstelle in Kassel einholte. Danach durfte die Frankfurter Sparkasse ihre Schriftstücke mit einem goldenen Hakenkreuz verzieren. Diese Auszeichnung ging explizit auf Kosten der Jüdinnen und Juden und anderer Nichtarier.
- Sie hat nachweislich jüdische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verfolgt (Arisierungsbeschluss) und in einem Fall dokumentiert die Verfolgung aktiv betrieben, was mittelbar zum Tode des Opfers führte.
- Die Frankfurter Sparkasse hat sich als Institut an der Repression gegenüber ihren jüdischen Sparern beteiligt (als ausführendes Organ der Devisenstelle in Kassel).
- Sie hat sich als Institut an der Enteignung der jüdischen Sparer, die in die Vernichtungslager nach Osteuropa deportiert wurden, beteiligt (nach nur stichpunktartiger Sichtung exemplarisch dokumentiert in einem Dutzend von Einzelfällen).
- Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Sparkasse seit Jahrzehnten einer professionellen Aufarbeitung ihrer Geschichte verweigert und stattdessen in mindestens zwei Fällen nicht haltbare Positionen der Öffentlichkeit präsentiert hat: Die angebliche Wiedergutmachung der Dinge, die früher schlecht gelaufen seien (Emil Emge 1962), soll mit der Rückgabe eines expressionistischen Gemäldes erfolgen, das aus den Frankfurter Kunstinstituten geraubt worden war. Diese vorgebliche Wiedergutmachung in Form einer Kunstrestitution und das Verschweigen der eigentlichen Opfer bedürfen dringend der Aufklärung.
- Nicht weniger defizitär in der Aufklärung ist die voluminöse Studie von Friedrich Lauf von 1984, in der der Autor die Sparkasse als Opfer des Regimes stilisiert, keine einzige Zeile den Opfern der Sparkasse widmet und das Institut nicht als Mittäter identifiziert. Auch dies muss in eine umfassende Aufklärung einbezogen werden.“

(An den Vorstandsvorsitzenden Dr. Ingo Wiedemeier, am 6. Dezember 2021)

Es ist interessant, dass die beauftragten Gutachter auf keine einzige dieser Positionen von Ralf Roth eingehen.

Auf Nachfrage über die Bedeutung, auf externe Dokumente zuzugreifen, eben den Kontext des Raubes und Mordes herzustellen, auf die in den Sparkassen beraubten jüdischen Personen deutlich hinzu weisen schrieb der ausgewiesene Experte Jacob Tanner, Ordinarius der Universität Zürich:

„Nichtsdestotrotz lassen sich zwei Feststellungen machen: Erstens ist es aufgrund vielfältiger Forschungsergebnisse evident, dass in den Jahren nach 1933 in Deutschland und später, ab 1939, auch in besetzten Gebieten, eine durchgängige, zunehmend gewaltförmige Enteignung jüdischen Eigentums stattfand. Der Vernichtung der Juden ging ihre Entrechtung und Beraubung voraus. Es gehört zur Aufgabe der deutschen Sparkassengeschichte, den Zugriff des NS-Regimes auf jüdische Guthaben zu dokumentieren. Eine Verdrängung dieser Vorgänge wäre weder unter dem Aspekt einer wissenschaftlichen Vorgehensweise noch unter jenem der Forschungsethik zu rechtfertigen.

Zweitens muss sich die historische Erforschung dieser Thematik selbstverständlich soweit wie möglich und machbar aller verfügbaren Quellen bedienen. Gerade im Bereich der gesetzlich regulierten Sparkassen ist es unumgänglich, Dokumente aus öffentlich zugänglichen Archiven beizuziehen. Ohne eine multiperspektivische Analyse wird man nie zu guten Ergebnissen kommen. Sind bei Bankinstituten keine «hauseigenen Quellen» mehr vorhanden, was unterschiedliche Gründe haben kann, ist es geradezu die Pflicht des Historikers, intensiv nach externen Spuren zu suchen. Nur auf einer breiten Quellenbasis, die bankinterne Dokumente (soweit noch vorhanden) mit Quellen aus Verbands- und Staatsarchiven kombiniert, können valide Studien zustande kommen. Darüber hinaus ist es auch wichtig, wie Sie das Vorhaben, die Geschichte der Opfer (die möglicherweise Hinweise auf enteignete Bankguthaben enthalten) zu berücksichtigen und mit Dokumentationszentren, vor allem den Arolsen Archives, zusammenzuarbeiten.“ (Schreiben an den Autor vom 25. Januar 2022)

In einem für das Detailstudium nötigen ausführlichen Bericht zeigt Kollege Roth auf, dass die Frage der Auslandskonten überhaupt mit der Frage der jüdischen Sparkontenbesitzer fälschlich gleichgesetzt wurde. Es wird darauf verwiesen,

„dass zu Beginn der 1930er Jahre von 6000 bis 12000 jüdischen Sparbuchinhabern auszugehen ist. Von diesen waren 1943 keine mehr vorhanden. Abgesehen vom erzwungenen Eigenverbrauch der Spareinlagen, weil viele Juden ab 1933 systematisch aus den Wirtschaftskreisläufen gedrängt wurden, wurden ab 1937/1938 sämtliche jüdische (nichtarische) Geldvermögen erfasst und ihre Nutzung durch die Eigentümer eingeschränkt und begannen im Zuge der Zwangsemigrationen und ab 1941 den Deportationen systematische Enteignungen.“

Der zarte Hinweis eines Sparkassen-Protagonisten (B. Rudolph), dass die genaue Zahl jüdischer Sparbuchbesitzer nicht bekannt sei, man daher lieber nichts sagen solle, hört sich wörtlich so an: Er solle

„sich nicht auf das für Sie als Autor riskante Glatteis einer Hochrechnung begeben“. (E-Mail von Bernd Rudolph an den Autor Roth vom 31. Januar 2022)

Ein liebevoller Ratschlag? Oder eine versteckte Drohung nach dem Motto: Wer keine exakten Zahlen kennt, ist kein Wissenschaftler! Wir kennen diesen geschichtsrevisionistischen Ansatz seit Jahrzehnten in Bezug auf Zahlen der Ermordeten!

Dokumente

zur Kündigung des Werksvertrages

Aus der Einleitung des Manuskripts. 23. September 2021

„Die Frankfurter Sparkasse, ab 1935 mit zahlreichen Nationalsozialisten in der Führungsspitze, gewann als NS-Musterbetrieb hohes Ansehen bei den NS-Machthabern, weil über das Finanzunternehmen ein großer Teil der Bevölkerung kontrolliert und über das System der Devisenkontrolle und der nationalsozialistischen Rassegesetze Repression gegen alle politisch Missliebigen, gegen alle Nichtarier und darin eingeschlossen gegen alle Juden, die ein Konto bei der Kasse hatten, ausgeübt werden konnte. Das galt für alle Sparkassen, die in Frankfurt und seiner Umgebung aktiv waren, also auch für die Stadtparkasse und für die Nassauische Sparkasse. Sie werden bis in den Untergang hinein ein wichtiger Teil des Systems.

Wegen mustergültiger Erfüllung der Rassegesetze und des Systems der Devisenkontrolle gegenüber ihrer Belegschaft, ihren Sparern und ihren Geschäftskunden wurde die Frankfurter Sparkasse sogar als NS-Musterbetrieb ausgezeichnet.

Die direkten Opfer der Sparkasse sind politische und rassistisch Verfolgte unter den Mitarbeitern aufgrund der ab 1935 durchgeführten Arisierung. Opfer sind weiter die politisch und rassistisch verfolgten Sparer und Geschäftspartner. Beide Opfergruppen gab es – und beide wurden systematisch aus der Erinnerung getilgt. Das Thema spielte in den obligatorischen Rückblicken zu den Jubiläen oder bei eigenen Publikationen keine Rolle. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Rolle des Hauses in dieser Zeit blieb insofern bis heute marginal. Das gilt auch für die meisten anderen Sparkassen.

Andere Bankhäuser jedoch haben wie zahlreiche Unternehmen anderer Branchen die letzten 30 Jahre genutzt, um ihre Rolle im Nationalsozialismus wissenschaftlich untersuchen zu lassen und damit ihre Vergangenheit zu begreifen. Die Erinnerung an ihre Opfer ist dabei zugleich auch eine Verbeugung vor ihnen. Bei der Frankfurter Sparkasse fehlen bis heute eine solche Untersuchung und der durch sie zum Ausdruck kommende Respekt. (...)

Ganz besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die frühe Unterstützung der Polytechnischen Gesellschaft und ihrer Institute für die Emanzipation der Juden. Sie fanden 30 Jahre vor der gesetzlichen Gleichstellung bereitwillig Aufnahme und Mitglieder der jüdischen Gemeinde beteiligten sich als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch im Vorstand bzw. Verwaltungsrat, umso schwerer wiegt die rassistisch motivierte Mittäterschaft in den Jahren zwischen 1935 und 1945 sowie die fehlende Erinnerung an diesen Bruch bis heute. (...)

Der Bruch und die Entnazifizierung nach 1945 wurden jedoch nach kurzer Zeit in wesentlichen Punkten revidiert. Damit rückte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in die ferne Zukunft. Bis heute sind der Verbleib der Mitarbeiter und das Leiden der Sparer sowie Geschäftspartner nicht untersucht.

Der Umgang mit der Vergangenheit bestand nach dem Krieg weitgehend aus Schweigen. An die Stelle der erforderlichen Aufklärung traten Schenkungen unter dem Deckmantel einer besonderen kulturellen Verantwortung, die zum kulturellen Reichtum der Stadt beitragen sollte. Derartige Verschleierungen waren in den 1950er und 1960er-Jahren in vielen Unternehmen und darüber hinaus eine in Deutschland übliche Praxis. Sie fügt sich in das damalige Gesamtbild ein, denn wie in vielen anderen Unternehmen dominierte auch in den Frankfurter Sparkassen die Einstellung, es sei besser, die Vergangenheit ruhen zu lassen und den Blick auf den Wiederaufbau zu richten. (...)

Prof. Dr. Ralf Roth

INSTITUT FÜR BANK- UND FINANZGESCHICHTE E.V.

Mitteilung des Vorstands des IBF an seine Mitglieder vom 22. März 2022

IBF beendet die Zusammenarbeit mit dem Autor Prof. Dr. Ralf Roth

Der Vorstand des Instituts für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) e.V. hat beschlossen, die Zusammenarbeit mit dem Autor Prof. Dr. Ralf Roth im Rahmen des Projektes „Frankfurter Sparkasse“ mit sofortiger Wirkung zu beenden. Anlass sind irreführende Aussagen von Prof. Roth in maßgeblichen Medien. Wir werten den Inhalt wie auch die Form seiner öffentlich geführten Auseinandersetzung mit dem IBF hinsichtlich einer wissenschaftlichen Standards genügenden Überarbeitung seines Manuskriptes als schweren Vertrauensbruch.

Wir haben uns daher im IBF-Vorstand einstimmig zu diesem Schritt entschlossen – zum Schutz der von uns neu beauftragten Autoren wie auch im Wissen um die hohe wissenschaftliche Reputation, die das IBF genießt und die es zu schützen gilt. Wir bedauern diese durch Herrn Roth provozierte Entwicklung, insbesondere mit Blick auf die Frankfurter Sparkasse, deren Vorstand uns mit dieser unabhängigen wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte beauftragt und diese Arbeiten mit großem Engagement unterstützt hat. Wir haben die Frankfurter Sparkasse zeitgleich mit unserer heutigen Mitteilung an Sie über unseren Schritt informiert.

Zum Hintergrund: Herr Roth hatte im Herbst 2019 den Auftrag übernommen, eine zusammenfassende Geschichte der Frankfurter Sparkasse von 1822 bis 1970 zu schreiben. Gemeinsam mit einem von einem anderen Autor verantworteten Manuskript über die Zeit nach 1970 sollte so eine wissenschaftlich fundierte, aber auch für Nichtspezialisten gut lesbare Gesamtdarstellung vorgelegt werden. Diese Rahmenvereinbarung war vom Autor mit dem IBF vertraglich verankert worden. Die Arbeiten an dem Manuskript gestalteten sich insbesondere für den Zeitraum ab 1914 sehr schwierig, weil der Autor hier stark wertende Ableitungen weitgehend ohne Berücksichtigung der einschlägigen Literatur und der zugänglichen Quellen gebildet hat. Der Aufforderung, seine Aussagen besser zu fundieren, kam er nicht ausreichend nach. Dabei übersah Herr Roth nicht nur wiederholt in Teilen die aus öffentlichen Archiven vom IBF im Sinne einer Hilfeleistung beschafften Materialien und ordnete sie nur unzulänglich ein. Vielmehr versäumte er es auch, sich selbst um weiteres Archivmaterial zu bemühen. Stattdessen unterstellte der Autor immer wieder, es würden ihm Quellen vorenthalten. Dass Herr Roth parallel oder ersatzweise eine erschöpfende Untersuchung über die NS-Zeit anstrebte, entband ihn u.E. nicht von der wissenschaftlichen Sorgfaltspflicht für sein bereits vorgelegtes Manuskript.

Unsere fachliche Einschätzung haben uns nach Abgabe des Manuskripts im Februar 2022 vier für die entsprechenden Zeiträume besonders ausgewiesene Experten eindeutig bestätigt. Unser ursprüngliches Vorhaben, einen Teil des Manuskriptes neu zu vergeben, die ersten drei Kapitel aber zu akzeptieren, sofern den Vorgaben der Gutachter entsprechend eine Überarbeitung durch den Autor erfolgt, ist durch die jüngsten Entwicklungen obsolet geworden, so dass die Zusammenarbeit unsererseits sofort beendet wird.

Wir sind überzeugt, damit interessewährend für das IBF wie auch für unseren Auftraggeber zu handeln, der unverändert großes Interesse an diesem Projekt zeigt. Wir haben uns auch entschlossen, nach Abschluss der neu vergebenen Kapitel den dann vorliegenden Stand der Untersuchungen zur Banken- und Sparkassengeschichte in der NS-Zeit zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Fachtagung zu machen.

INSTITUT FÜR BANK- UND FINANZGESCHICHTE E.V.

Biografische Kurzinformation zu den neu beauftragten Autoren:

Dr. Harald Wixforth war nach seiner Promotion 1991 Geschäftsführer des Sonderforschungsbereichs „Neuzeitliches Bürgertum“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), und war bzw. ist Lehrbeauftragter sowie Mitarbeiter in zahlreichen großen Forschungsprojekten, wie unter anderem „Die Dresdner Bank im Dritten Reich“ und „Thyssen im 20. Jahrhundert.“ Er ist u.a. Autor von "Bielefeld und seine Sparkassen" (Stuttgart 2000) und " Die Expansion der Dresdner Bank in Europa" (Die Dresdner Bank im Dritten Reich, Bd. 3, München 2006).

Prof. Dr. Dieter Ziegler ist Ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Zwei seiner Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Finanzindustrie sowie der Unternehmen im "Dritten Reich". U.a. veröffentlichte er "Hundertfünfzig Jahre Commerzbank 1870-2020", (München 2020) (mit Stephan Paul und Friederike Sattler) sowie "Die Dresdner Bank und die deutschen Juden", (Die Dresdner Bank im Dritten Reich, Bd. 2, München 2006) mit einer Reihe von Vorstudien.

Priv.-Doz. Dr. phil. Friederike Sattler wurde an der Freien Universität Berlin in Wirtschaftsgeschichte promoviert und an der Goethe-Universität Frankfurt am Main in Neuerer Geschichte habilitiert. Sie hat zahlreiche Veröffentlichungen zur modernen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzgeschichte vorgelegt, vor allem zur Geschichte von Banken und Bankiers, darunter "Herrhausen: Banker, Querdenker, Global Player. Ein deutsches Leben" (München 2019) und "Hundertfünfzig Jahre Commerzbank 1870–2020" (München 2020) (mit Dieter Ziegler und Stephan Paul).

INSTITUT FÜR BANK- UND FINANZGESCHICHTE E.V.

Vorstand

IBF – Theodor-W.-Adorno-Platz 1, Hauspostf. 13 – 60323 Frankfurt am Main

Vorab per Mail

Herrn
Prof. Dr. Ralf Roth
Schwarzweiherstr. 21
36391 Sinntal-Breunings

23. März 2022

Sehr geehrter Herr Professor Roth,

wie mitgeteilt kündigt das IBF mit sofortiger Wirkung den mit Ihnen bestehenden Werkvertrag vom 23. November 2019 über die Anfertigung des Kapitels „Die Entwicklung der Frankfurter Sparkasse von 1822 bis 1945“ einschließlich des Ergänzungsvertrags vom 18. November 2020/8. Dezember 2020 über die Anfertigung des Kapitels „Die Entwicklung der Frankfurter Sparkasse von 1945 bis zum Anfang der 1970er-Jahre“. Wir weisen darauf hin, dass etwaige für das IBF im Zuge der redaktionellen Bearbeitung Ihres Beitrags entstandene Rechte von Ihnen im Weiteren zu beachten sind.

Aufgrund der Ihrerseits nicht, jedenfalls nicht vertragsgemäß erbrachten Leistung werden wir die ausstehende Honorarrate nicht bezahlen. Eventuelle weitere Ansprüche des IBF gegen Sie behalten wir uns vor. Vom IBF entlehene Fachliteratur bitten wir bis zum 31. März 2022 an die Institutsadresse zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Hillenherms
(Vorsitzende des Vorstandes)



Prof. Dr. Bernd Rydolph
(Vorsitzender des Wiss. Beirats)

Geschäftsstelle: Theodor-W.-Adorno-Platz 1, Hauspostf. 13, 60323 Frankfurt
Tel +49 (0) 69-631 41 67, Fax +49 (0) 69 631 11 34
floto-degener@ibf-frankfurt.de, www.ibf-frankfurt.de
Bankkonto: Commerzbank AG Frankfurt am Main
IBAN: DE81 5008 0000 0900 4294 00 • BIC Code: DRESDEFFXXX

Kurzdarstellung der Gründe für die Ablehnung der Kapitel IV bis VI des Manuskripts von Prof. Dr. Ralf Roth zur Geschichte der Frankfurter Sparkasse von 1822 bis 1970

Aufgrund der bereits in die Öffentlichkeit getragenen Auseinandersetzung um das Manuskript zur Geschichte der Frankfurter Sparkasse von 1822 bis 1970 sehen wir uns zu folgender Stellungnahme veranlasst:

Das Manuskript von Prof. Dr. Ralf Roth zur Geschichte der Frankfurter Sparkasse für den Zeitraum 1822 bis 1970 weist für einzelne Zeitabschnitte erhebliche fachliche Mängel auf. Daher können drei der insgesamt sechs vom Autor vorgelegten Kapitel vom Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) in ihrem jetzigen Zustand nicht als vertraglich vereinbarte Leistung akzeptiert werden.

Die auch nach mehrfacher Sichtung und daraus abgeleiteten Überarbeitungsempfehlungen des IBF (die sowohl grundsätzlicher Natur waren als auch exemplarisch einzelne Textabschnitte betrafen) enthaltenen Mängel wurden inzwischen durch weitere ausgewiesene Experten der Wirtschafts- und Bankgeschichte bestätigt.

Die ersten drei Kapitel wurden gutachterlich als insgesamt gelungen, aber in einer Reihe von Fragen als noch ergänzungs- bzw. überarbeitungsbedürftig bewertet. Für die nachfolgenden drei Kapitel wurden so grundlegende und umfassende Mängel benannt, dass das IBF auch aufgrund der Erfahrungen aus den Überarbeitungsrunden davon ausgehen muss, dass die Anforderungen hinsichtlich Berücksichtigung des Forschungsstands, Thematisierung aller erforderlichen Aspekte und Sachverhalte sowie Fundierung und Differenzierung der Aussagen vom Autor nicht erfüllt werden. Um dem Auftraggeber eine der Komplexität der Sparkassenentwicklung in diesem Zeitraum gerecht werdende Darstellung vorlegen zu können, beabsichtigt das IBF daher eine Neuvergabe dieser Kapitel, wofür es renommierte Wirtschaftshistoriker - darunter ein Spezialist der Banken- und Finanzgeschichte des Nationalsozialismus - gewonnen hat.

Das IBF, das dem Autor vielfach mit konkreten Quellen- und Literaturhinweisen behilflich war, die freilich nicht die eigenen Recherchen des Autors ersetzen können, weist den Vorwurf, die Kritik am Manuskript entspringe einer Vertuschungsabsicht, entschieden zurück.

Die Gutachten zielen auf die Herausarbeitung grundsätzlicher Probleme der Kapitel sowie auf spezielle Textpassagen und die darin enthaltenen Aussagen. Die Kritik am Kapitel zum Zeitraum 1933 bis 1945, aus der im Folgenden in erster Linie Aussagen zu den prinzipiellen Problemen zitiert werden, gilt insbesondere der unzulänglichen Berücksichtigung bzw. Einordnung in den Forschungsstand und der mangelnden Fundierung durch in öffentlichen Archiven verfügbare Quellen, die in zumutbarem Rechercheaufwand hätten einbezogen werden können. Ferner wird - auch wenn in einem der Gutachten dem Autor grundsätzlich die Berechtigung einer Schwerpunktsetzung bei dem in bisherigen Veröffentlichungen zur Frankfurter Sparkasse nicht behandelten Thema der Diskriminierung und Enteignung jüdischer Kontoinhaber nicht abgesprochen wird - u.a. kritisiert, dass die Darstellung zentrale Aspekte außer Acht lässt und häufig sachlich ungenau ist.

Ausschnitte aus den Gutachten von Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Universität Bonn, Prof. Dr. Dieter Ziegler, Ruhr Universität Bochum, und Prof. Dr. Dieter Lindenlaub:

- *„Auf diese wichtigen bzw. unerlässlichen Studien wurde, wie der Anmerkungsapparat zeigt, in den meisten Fällen entweder gar nicht oder nur pauschal zurückgegriffen. Einige dieser Autoren werden zwar gelegentlich genannt, es ist allerdings nicht viel mehr als ein ‚name dropping‘, wie die kursorische Erwähnung, in der Regel ohne Verweis auf konkrete Seitenzahlen zeigt. Auch die übergreifende Literatur zum politischen System des Nationalsozialismus – von Karl Dietrich Bracher über Klaus Hildebrand und Michael Grüttner bis zu Norbert Frei – fehlt, was ebenfalls ein Hinweis darauf ist, dass der Verfasser mit den Strukturen und Mechanismen des NS-Maßnahmenstaats mit seinen Bereicherungsstrategien für die Aufrüstung nicht genügend vertraut ist.“ (JS)*
- *„Fragen nach der Autonomie der Sparkasse und der politischen – und juristischen – Beeinflussung, die Bedeutung kommunaler und staatlicher Akteure wie des Gauleiters Jakob Sprenger und seines Gauwirtschaftsberaters Wilhelm Avieny werden nur oberflächlich aufgegriffen, obwohl sie durch den Blick in die Fachliteratur durchaus befriedigend hätten behandelt werden können.“ (JS)*
- *„Ein Grundproblem des Manuskripts ist, dass der Forschungsstand zur Banken- und Sparkassengeschichte im 20. Jh. so gut wie gar nicht rezipiert wurde. Entsprechend gibt es auch keinerlei Hinweis zu Forschungskontroversen (insbesondere zur Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte im NS). Wenn Kap. V als nicht publikationsfähig angesehen wird, hat das nichts mit den Bewertungen des Autors zu tun. Es ist handwerklich völlig unzureichend.“ (DZ)*
- *„Der Autor macht sich bei seiner Darstellung der Beteiligung der Frankfurter Sparkasse an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden, etwa den beschränkt verfügbaren Sicherungskonten oder der Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden bei der Reichsfluchtsteuer oder der ‚Judenvermögensabgabe‘, nicht die Mühe zu ergründen, welchen Handlungsspielraum die Sparkassenleitung gehabt hätte, wenn sie das Unrecht als Unrecht erkannt hätte (was zwar unwahrscheinlich ist, aber unbedingt thematisiert gehört) ... Dort, wo die Sparkasse tatsächlich von der NS-Judenpolitik profitierte oder zumindest Handlungsspielräume besaß, nämlich bei der ‚Entjudung‘ der Belegschaft und der ‚Arisierungs‘-Vermittlung bzw. der Grundstücks- ‚Arisierung‘, kennt der Autor entweder die rechtlichen Voraussetzungen nicht und zieht falsche Schlüsse (‚Entjudung‘) oder er ignoriert das gesamte Problem (‚Arisierung‘ gewerblichen Eigentums und Immobilienbesitzes bzw. ‚Arisierung‘-Vermittlung).“ (DZ)*
- *„Roth trennt nicht hinreichend scharf zwischen gut und weniger gut belegten Thesen... An einer Stelle (Einschätzung der Größenordnung der Enteignungsvorgänge) bezieht er Quellen, die Zweifel an seiner These wecken können, nicht in die Erörterung ein. ... Und schließlich ist der Text an einigen Stellen weniger präzise und lückenhafter, als er auch in einer für ein breites Leserpublikum gedachten Darstellung sein dürfte.“ „Es ist ein Mangel, dass Roth das Verhalten der Fraspas gegenüber jüdischen Kunden in den ersten fünf Jahren, also der ersten Hälfte der NS-Herrschaft nicht zum Thema macht.“ (DL)*

Pressespiegel

4.3. bis 11.7. 2022

Kurzer Überblick zum Pressespiegel

Vorab muss kurz klargestellt werden, dass es um folgende Institutionen geht:

Die Frankfurter Sparkasse 1822, die ihr 200-jähriges Jubiläum dieses Jahr feiert. (Zeitweilig gab es auch eine zweite Sparkasse in Frankfurt)

Das Institut für Banken- und Finanzgeschichte (IBF), das von der Frankfurter Sparkasse 1822 beauftragt wurde, eine Festschrift zu 200 Jahren zu erstellen. Für diese Aufgabe verpflichtete die IBF den Historiker der Goethe-Universität Prof. Dr. Ralf Roth, der dann angesichts der Konflikte gekündigt wurde.

Die Polytechnische Gesellschaft, die ursprünglich bei der Gründung der Frankfurter Sparkasse beteiligt war, seit 2005 aber nicht mehr involviert ist, kann heute als Stiftung zu Wissenschaft, Bildung und sozialen Projekten beitragen und hat den Vorschlag von Prof. Dr. Ralf Roth aufgegriffen, eine größere Studie unabhängig von der Festschrift „200 Jahre Sparkasse“ zur NS-Zeit zu unterstützen.

Das Fritz-Bauer-Institut wiederum ist unabhängig von diesen drei Institutionen. Es wurde im Konsens dieser oben genannten Institutionen nun mit der lang überfälligen Studie zum Thema „Frankfurter Sparkasse in der NS-Zeit“ beauftragt und müsste sich eigentlich bei Prof. Dr. Ralf Roth, auf dessen Initiative und nach dessen öffentlicher Kritik dieses Vorhaben endlich angepackt wurde, auf das herzlichste bedanken und klar solidarisch Position zu ihm beziehen.

Da in den nachfolgenden Presseartikeln verschiedener Zeitschriften sich verständlicherweise viele Wiederholungen finden, wird nachfolgend eine akzentuierte Synopse erstellt.

I.

Der erste öffentliche Artikel erschien in der **FAZ am 4. März 2022** und berichtete auch über die Arbeit des Historikers Prof. Dr. Ralf Roth, der auf das Problem der faktischen Enteignung jüdischer Sparkonten-Besitzerinnen und -Besitzer hingewiesen hat. Roth, so die FAZ, habe wiederholt kritisiert, dass sich die Frankfurter Sparkasse nicht ihrer Geschichte in der Nazizeit gestellt hätte. Das habe zu Problemen geführt. Ein anderer Historiker soll nun insbesondere zur NS-Zeit einen Text verfassen. 10 Tage später berichteten die Zeitungen FR und FAZ von der Kündigung und Ersetzung von Roth (14. und 15. März).

14 Tage später erschien ein dreiseitiger Artikel im Spiegel vom 19.3.2022 unter dem Titel „Unter Räuubern“. Folgende Punkte werden festgehalten:

- Roth betone, dass sich die Sparkasse nicht ihrer judenfeindlichen Politik gestellt hätte, und unterstütze die Forderung der polytechnischen Gesellschaft, eine umfassende Studie zur NS-Zeit zu erstellen. Diese Studie soll nicht nur aus Sicht der Bankangestellten, sondern aus Sicht der jüdischen Beraubten die Geschichte aufarbeiten.
- Es wird eine alte Chronologie/Festschrift von 1984 kritisiert, die die These aufstellt, den damaligen Frankfurter-Sparkasse-Leuten sei angeblich nichts anders übriggeblieben, „als sich um das Überleben der Sparkasse willen zunächst anzupassen.“
- Die Frankfurter Sparkasse 1822 sei zu einem NS-Musterbetrieb geworden, da sie besonders „wachsam gegenüber der jüdischen Kundschaft“ gewesen sei. Besonders übel sei die Rolle eines Mannes namens Emil Emge, der 1940 Chef der Sparkasse wurde

und 1950 „sauber“ aus der Entnazifizierung an die Spitze der Sparkasse bis 1965 zurückkam.

- Zu diesem Zeitpunkt habe sowohl die Frankfurter Sparkasse 1822 als auch das federführende Institut, genannt IBF, die Forderung des Historikers Roth, eine umfassende Studie zu erstellen, abgelehnt.

II.

Nun schaltet sich auch die weitere Frankfurter Presse, die Frankfurter Rundschau und die Frankfurter Neue Presse, ein. Es gab Artikel zwischen dem 21. März und dem 24. März 2022.

Es wird der externe Gutachter Dieter Lindenlaub, der Roth vorwarf, er sei „vorurteilsbehaftet“ und habe „Mittäterschaft“ unterstellt, ohne die „Handlungsspielräume“ der Angestellten der Frankfurter Sparkasse untersucht zu haben. (FR vom 21.3.2022)

Der Historiker Roth kritisiert erneut den Raub der Konten jüdischer Sparkassen-Kunden, wobei das Geld faktisch zur Vorbereitung und Durchführung der Deportation genutzt wurde. Besonders skandalös sei auch die Zeit zwischen 1950-1980, in der all diese Fragen völlig ausgeblendet worden seien.

Der externe herangezogene und beauftragte Gutachter Dieter Ziegler behauptete nun, dass Roth „keine Ahnung von Banken- und Sparkassengeschichte“ habe und man in Roths Beitrag wenig erfahre, da es Roth, so wörtlich,

„vor allem um die Verfolgungsgeschichte Frankfurter Juden“ ginge und das sei ausgerechnet ein Aspekt, „wo die Sparkasse nur wenig bis gar keinen Handlungsspielraum hatte“. (FR vom 21.3.2022)

So gehe das nicht. Er, Dieter Ziegler, werde nun das Kapitel über die NS-Zeit selber Schreiben, kündigte dieser selbst an.

Das beauftragte Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) nahm die Presseartikel zum Anlass, die Zusammenarbeit mit dem Historiker Roth wegen „irreführender Aussagen in maßgeblichen Medien“ zu beenden. Im Artikel der FR vom 22.3.2022 wird der Vorstandschef der Frankfurter Sparkasse, ein Ingo Wiedemeyer, zitiert, die Sparkasse würden sich doch „dem düsteren Kapitel der deutschen Geschichte“ stellen und sie würden zu den „dunklen Kapiteln dieser Geschichte“ stehen. Inzwischen hatte sich auch Meron Mendel von der Bildungsstätte Anne Frank und die Jüdische Gemeinde mit Stellungnahmen eingeschaltet, aus denen Besorgnis sprach. Zudem kommt eine Mitarbeiterin der Frankfurter Sparkasse, Mitglied der Jüdischen Gemeinde, zu Wort und erklärt ihre Erschütterung über das Vorgehen der Frankfurter Sparkasse. (FR vom 25.3.2022)

III.

Der Spiegel hatte einen Tag später einen längeren Beitrag veröffentlicht und zitiert aus einer Stellungnahme der Vorstandsabteilung der Sparkasse, dass Roth angeblich wiederholt „anklageartig“ Versäumnisse der Sparkasse in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit festgestellt habe.

Der Autor des Spiegelartikels wirft dem Sparkassenchef vor, intransparent zu sein: Nur eine von 28 Fragen seien beantwortet worden, die der Spiegel geschickt habe. Es bleibe offen, was nun mit den NS-Akten geschehen sei, ob es welche gibt oder keine und warum auf den Vorschlag des Historikers Roth, dass eine große Studie zur NS-Zeit erarbeitet werden solle, nicht eingegangen wird. Immerhin gebe es nun aufgrund des Vorschlags von Ralf Roth zumindest Kontakt mit der an der Aufarbeitung interessierten Polytechnischen Gesellschaft. Das sei eigentlich ein Fortschritt, allerdings:

„dass man sich der Verantwortung für die Enteignung jüdischer Kunden aber offenbar nur stellt, weil andernfalls der Imageschaden noch größer würde, lässt grausen.“ (Der Spiegel vom 26 März 2022)

IV.

Es folgt am 31.3.2022 ein Interview mit dem Chef der Frankfurter Sparkasse in der Frankfurter Rundschau, in dem dieser wieder von dem „düsteren Kapitel in der Geschichte unserer Sparkasse“ und von den „dunklen Zeiten“ spricht und erklärt:

„Die NS-Zeit ist ein Schatten, der nicht nur die Frankfurter Sparkasse, sondern viele Einrichtungen aller Art betroffen hat.“ (FR 31.3.2022)

Ein „Schatten“! Er kündigte an, dass eine umfangreiche Studie allerdings nicht mehr im laufenden Jahr zum Thema NS-Geschichte der Frankfurter Sparkasse erscheinen solle.

V.

Gut drei Wochen später vermeldete nun die Frankfurter Rundschau, dass es zu einer Zusammenarbeit der Sparkasse und der Polytechnischen Gesellschaft gekommen sei, die beide das Fritz-Bauer-Institut beauftragen, die Geschichte beider Institute während der NS-Zeit in einem eigenen Forschungsprojekt näher aufzuarbeiten. (FR 24.5.2022) Die Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts Sibylle Steinbach erklärte laut FR, dass diese Forschung gut die Forschung zur Arisierung ergänze. Zitat Steinbacher: „Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit müssen Vorrang vor Schnelligkeit haben.“

Zu der Ausbootung ihres Historiker-Kollegen Ralf Roth hat sie wohl gegenüber der Frankfurter Rundschau nicht Stellung genommen.

VI.

Die FAZ gab dem Chef der Frankfurter Sparkasse 1822 Gelegenheit, noch einmal in einem Interview seine Position darzustellen. (FAZ, 11.6.2022) Zur Festschrift „200 Jahre Sparkasse“ und Feier sagte er:

„Es ist schön, wenn man solche Zeitpunkte nutzen kann, in die Vergangenheit zurückzublicken.“

Zu dem Konflikt mit dem Historiker Roth kommentierte er:

„Das ist auch für uns total ärgerlich“.

Und er kündigte an, dass vor Ende 2025 die Studie des Fritz-Bauer-Instituts nicht vorliegen werde. Abschließend stellt er zur Frage des Archives fest, dass durch Bomben „viel verloren gegangen sei“. Vieles? Also doch nicht alles? „Wir selbst haben keine Archive mehr aus dieser Zeit.“

In einem ausführlichen Artikel in der Zeitschrift Tacheles, dem jüdischen Wochenmagazin, erschien dann am 24.6.2022 ein längerer Artikel. Zunächst berichtet der Historiker Roth über seine weiteren Forschungen im Hessischen Staatsarchiv zu den enteigneten jüdischen Konten und dem Einzug des Vermögens der Deportierten, die die „Devisenstelle Frankfurt“ betreffen: 37000 Akten sind vorhanden und müssten ausgewertet werden, womit er stichprobenartig (Buchstabe A) nach seiner Ausbootung begonnen habe.

Davor seien ihm in seinem Manuskript „essenzielle Teile komplett gestrichen“, darunter auch Teile, die sich mit der Verordnung, jüdische Konten zu sperren, auseinandersetzen.

Der Historiker Dieter Ziegler, der als Gutachter gegen Roth beauftragt worden war, wurde befragt. Er legte nach:

- „Die Banken hatten keinen Handlungsspielraum“, sie handelten auf Anweisung, usw.
- Zum Historiker Roth: „Von bankspezifischen Dingen hat Roth keine Ahnung. Um die Geschichte der Sparkasse zu schreiben, braucht man betriebswirtschaftliche oder auch bankspezifische Kenntnisse. Man muss Bilanzen lesen können, was ein normaler Historiker aber nicht kann.“
- Als Beleg für Roths „Halbwissen“: Er habe von „Sicherheitskonten“ geschrieben, die würden aber „beschränkt verfügbare Sicherheitskonto“ heißen.
- Zur Frage, ob die Sparkasse angesichts all der geraubten jüdischen Konten nicht auch von Restitutionsforderungen ausgehen müsste, antwortete Ziegler: „Unsinn, das Thema ist durch.“

Abschließend wird auf Sybille Steinbacher (FBI) verwiesen: „Wir als Fritz-Bauer-Institut werden diese verantwortungsvolle Aufgabe und wissenschaftliche Arbeit gerne angehen und zunächst im Rahmen einer Vorstudie die Quellenlage erschließen.“

VII.

Der Historiker Ralf Roth hielt nun Anfang Juli 2022 einen Vortrag in der Loge „B'nai B'rith, über die dann u.a. die Jüdische Allgemeine vom 7.7.2022 (Nr. 27/2022, etwas später eine Online-Fassung) berichtete. Im Artikel mit dem Titel „Raub und Enteignung“ wird über die Streichungen in Roths 20-seitigem Manuskript berichtet („Eingriffe und Löschungen“) sowie, dass er gegen die fehlende Auszahlung eines Teils des Honorars klagen werde, zumal sein wissenschaftlicher Ruf beschädigt worden sei.

Kurzes Fazit:

1. Der Historiker Roth hat sich zu Recht durchgesetzt: Unter dem Druck seiner Argumente und der Öffentlichkeit wird es eine groß angelegte Studie geben. Das ist großartig.

2. Dem Historiker Ralf Roth wurde und wird übel mitgespielt. Die Attacken auf ihn sind nicht nur erschreckend, sondern widerlich und von Geschichtsrevisionismus geprägt. Hier ist Solidarität angesagt.

Benjamin Ortmeier

„Arbeiten für das ewige Deutschland“

FRANKFURT Ein Streit um die Aufarbeitung ihrer Geschichte überschattet das 200-Jahre-Jubiläum der Frankfurter Sparkasse. Was soll in einer Veröffentlichung über die Verstrickung des Hauses in die Verbrechen nach 1933 zu lesen sein?

Von Manfred Köhler

Es hätte so schön sein können. 200 Jahre alt wird die Frankfurter Sparkasse in diesem Jahr. Lange Zeit war wegen der Pandemie nicht klar, ob es einen großen Festakt geben könnte, doch jetzt hat sich der Vorstand getraut, ein „Save the Date“ zu verschicken: 24. Juni, Gesellschaftshaus im Palmengarten. Einladung folgt. Und es gibt ja auch wirklich etwas zu feiern. Gründungsjahr 1822. Nicht viele Unternehmen können auf eine solch lange Vergangenheit zurückblicken.

Doch das Jubiläum wird überlagert von einer ärgerlichen Auseinandersetzung. Es geht um eine Veröffentlichung, die aus diesem Anlass erscheinen und in dem die Geschichte der zurückliegenden zwei Jahrhunderte wissenschaftlich aufgearbeitet werden soll. Das Management der Frankfurter Sparkasse hätte dafür alles richtig gemacht. Vor geräucherter Zeit hatte zwar das Institut für Bank- und Finanzgeschichte im Frankfurter Westend beauftragt, versierte Autoren zu finden. Das Institut hat einen Namen, die Beauftragung von kundigen Historikern genau für solche Zwecke kommt häufiger vor, die Aufarbeitung der Vergangenheit von Unternehmen ist gefragt. Die Wahl fiel zunächst auf drei Autoren für die verschiedenen Zeitabschnitte, schließlich blieben zwei übrig, mit den Jahren bis 1970 beauftragte das Institut Ralf Roth, Professor an der Goethe-Universität und durch verschiedene Arbeiten als Kenner der Frankfurter Geschichte ausgewiesen.

Doch was so gut begann, könnte nun scheitern. Denn das Management der Sparkasse, der Autor und das Institut in der Mitte streiten seit Monaten um jene Kapitel, in denen es um die Geschichte der damals noch zwei Sparkassen in Frankfurt im Nationalsozialismus geht, und um die Darstellung zu der Frage, wie weit sich das Haus nach 1933 seiner Vergangenheit stellte. Vom Jubiläumsjahr sind schon zwei Monate um – doch ob ein Buch überhaupt erscheint und, wenn ja, wann, alles ungewiss. Unwahrscheinlich, dass es noch im Jubiläumsjahr fertiggestellt wird, geradezu unmöglich,

dass es die Gäste nach dem Festakt im Juni nach Hause mitnehmen können.

Dass das Kapital über die Jahre des „Dritten Reichs“ unerfrenlich ausfallen würde, dürfte niemanden überraschen. Die von der Polytechnischen Gesellschaft getragene Frankfurter Sparkasse von 1822 wechselte 1935 das Führungspersonal aus, der neue Chef war Parteimitglied. Juden in der Belegschaft wurden offenbar hinausgedrängt. Die Juden unter den Kunden wiederum mussten annehmen, dass sich das Geldinstitut gemäß der neuen perlächen Vorschriften an ihrer schrittweisen Enteignung beteiligte, die schließlich so weit gehen sollte, dass das Geld bei einer Deportation dem Reich verfiel, kaum dass die Juden in einen der Dörrzüge gepfercht waren.

„Alle Banken waren eng in die Faltung der jüdischen Bevölkerung verbunden, es war keine Frage, ob sie notmachten. Das war in Frankfurt nicht anders. Schöner noch und hoffnungsvoller aber liegt die Zukunft vor den Männern der Polytechnischen Gesellschaft und der Sparkasse im Ausblick zu dem über ihnen flatternden Hakenkreuzbanner“, hieß es 1942 hymnisch in einer Veröffentlichung zum 120-Jahre-Jubiläum der Sparkasse. „Vor ihnen liegt die edelste Aufgabe, die es wohl für deutsche Männer wohl geben kann: Arbeiten für das ewige Deutschland Adolf Hitlers.“

Und doch kommt es auf Einzelheiten an, auch die Nutzung verbliebener Spielräume. Hätten sich mehr Aktien von damals gefunden, wäre es für Roth leichter gewesen, den Kurs der Sparkasse darzustellen, der immerhin dazu führte, dass sie als „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ geadelt wurde. Doch während sich die personellen Wechsel an der Spitze leicht rekonstruieren lassen, ebenso eine erzwungene Spende über 100.000 Reichsmark aus dem Gewinn von 1935 an die Gauleitung, fehlten dem Historiker zur Frage des Umgangs mit den jüdischen Kunden zerschernde Unterlagen.

Und so magte Roth, um zumindest die Dimensionen anzudeuten, eine Überschlagsrechnung. Er nahm an, dass der Anteil der Juden unter den Kunden hei-



Manuelle Arbeit: Die Frankfurter Sparkasse von 1822 verwaltete in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre etwa 255 000 Sparbücher und dürfte damit Marktführer in der Stadt gewesen sein. Das Foto ist von 1932. Quelle: Archiv des Produktivitätsspiels von 1822

der Sparkassen etwa so hoch gewesen war wie der an der Frankfurter Bevölkerung, multiplizierte die Zahl der danach ungefähr 17 000 Konten mit den durchschnittlichen Einlagen und kam so zu dem Ergebnis, es könne bei den Geldhütern ein zweistelliger Millionenbetrag von jüdischen Eigentümern gelegen haben, über den diese wegen der antisemitischen Vorschriften irgendwann nicht mehr frei verfügen konnten – insbesondere ein Problem bei einer Emigration, die viel Geld verschlang.

Vor allem an dieser Berechnung, deren Methodik man anzweifeln, die man aber auch vorderhand plausibel finden kann, stößt sich der Vorstand der Frankfurter Sparkasse. Außerdem daran, dass Roth in seinem Text nicht nur einmal, sondern wiederholt kritisiert, das Geldhaus habe sich niemals seiner Geschichte gestellt, was den heutigen Vorstand auch deshalb treffen mag, weil ja gerade die Beauftragung des Historikers zeigt, dass dies, wenn auch spät, ein Ende haben soll.

Längst existieren mehrere Versionen der entsprechenden Kapitel, ohne dass eine Annäherung erkennbar wäre. Die Chance, zu einer ganz einfachen Lösung zu kommen, scheint vertan. Andere Unternehmen, die schon früher ihre Geschichte wissenschaftlich aufarbeiten ließen, finanzierten dies, überließen das Urteil aber schlicht den Lesern. Als die Deutsche Bank 1995 zum 125. Jahrestag ihrer Gründung einen stimmungsfördernden Band, geschrieben von fünf Historikern, vorlegte, stellte der damals Vorstandsvorsitzende Hilmar Kopper im Vorwort klar: Die Geschichte haben eben diese fünf Autoren aufbereitet – „nach eigener Kenntnis und aus eigen-



Schon damals an der Neuen Mainzer Straße: die Zentrale der Frankfurter Sparkasse von 1822 im Krisenjahr 1931

ner Sicht“. Und weiter: „Was sie geschrieben und wie sie die Bank hineingestellt haben in das gesellschaftliche und politische Umfeld, verantworten sie selbst.“ So musste man sich nicht streiten.

Im Falle der Frankfurter Sparkasse ist längst der Wissenschaftliche Beirat des Instituts für Bank- und Finanzgeschichte mit der Auseinandersetzung befasst. Er hat das Manuskript Mitte Februar nun drei Professoren unterbreitet, die sich mit dem Sujet bestens auskennen: Dieter Ziegler von der Ruhr-Universität, der an einer Studie über die Dresdner Bank nach 1953 mitgewirkt hat, Joachim Scholtyssek von der Universität Bonn, ebenfalls in Unternehmensgeschichte ausgewiesen und zuletzt mit der Essener Nationalbank befasst, so-

wie dem Wirtschaftshistoriker Günter Schulte von derselben Hochschule, Fachmann der Sparkassengeschichte. Über mangelnde Aufmerksamkeit kann sich mithin (das gerade 20 Seiten umfassende Kapitel zum „Dritten Reich“, geschrieben auf Basis einer ausgesprochen dünnen Materiallage, jedenfalls nicht beklagen.

Ob es dereinst eine Version geben wird, auf die sich alle verständigen können, steht dahin. Es sei halt eine „blöde Situation“, sagt der Münchener Professor Bernd Rudolph, der dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts vorsitzt. Und dabei hatte der Vorstand der Frankfurter Sparkasse eigentlich nur alles richtig machen und sich der Geschichte des Hauses und seiner Vorgänger stellen wollen.

Fraspa-Autor wird ersetzt

Kritik an Manuskript über Zeit nach 1933

FRANKFURT Mit der Geschichte der Frankfurter Sparkasse im Nationalsozialismus soll sich ein weiterer Historiker befassen. Das Kreditinstitut hatte aus Anlass seines 200-Jahre-Jubiläums in diesem Jahr das Institut für Bank- und Finanzgeschichte mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner Vergangenheit beauftragt, womit dieses wiederum für die Jahre bis 1970 Ralf Roth betraut hatte, der Professor an der Goethe-Universität ist. Nach der Vorlage des Manuskripts hatte es über die Frage, wie die Jahre nach 1933 darzustellen seien, einen Streit gegeben; daraufhin hatte das Institut drei Historiker gebeten, den Text Roths zu beurteilen. Diese kamen, wie das Institut am Montag mitteilte, zu dem Ergebnis, dass das Manuskript erhebliche fachliche Mängel aufweise. Es sei handwerklich unzureichend. So sei der Forschungsstand nicht genügend berücksichtigt worden, es mangle an der Fundierung durch in öffentlichen Archiven verfügbare Quellen, und es fehlten zentrale Aspekte.

Stattdessen will das Institut die Aufarbeitung des Zeitraums vom Ersten Weltkrieg bis zum Wirtschaftswunder neuerlich an andere Historiker vergeben. Den Abschnitt von 1933 bis 1945 wird der Bochumer Wirtschaftshistoriker Dieter Ziegler übernehmen, der schon an einer mehrbändigen Studie über die Dresdner Bank in jener Zeit beteiligt war. Er zählte zu den drei Gutachtern des Manuskripts von Roth. Vom Institut ließ es am Montag weiter, man weise den Vorwurf zurück, die Kritik am Manuskript entspringe der Absicht, etwas über die Vergangenheit der Sparkasse vertuschen wollen.

Roth wollte sich am Montag nicht äußern, ihm seien die Gutachten noch nicht zugegangen, sagte er. Auch von der Frankfurter Sparkasse gab es keine über die Nachricht hinausgehende Stellungnahme. Der Historiker Ralf Roth hatte sich mehrfach in Studien mit der Frankfurter Stadtgeschichte befasst. mak.

3.

FAZ 15.3.2022 (1. Teil)

FRANKFURTER SPARKASSE

Streit um Geschichte der Frankfurter Sparkasse eskaliert

Ein Historiker hat sich mit der Geschichte der Frankfurter Sparkasse befasst, doch das Kapitel über die Zeit nach 1933 sorgt für Streit. Nun soll ein zweiter Historiker das Kapitel noch einmal schreiben.

Frankfurt · Mit der Geschichte der Frankfurter Sparkasse im Nationalsozialismus soll sich ein weiterer Historiker befassen. Das Kreditinstitut hatte aus Anlass seines 200-Jahre-Jubiläums in diesem Jahr das Institut für Bank- und Finanzgeschichte mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner Vergangenheit beauftragt, womit dieses wiederum für die Jahre bis 1970 Ralf Roth betraut hatte, der Professor an der Goethe-Universität ist. Nach der Vorlage des Manuskripts hatte es über die Frage, wie die Jahre nach 1933 darzustellen seien, einen Streit gegeben; daraufhin hatte das Institut drei Historiker gebeten, den Text Roths zu beurteilen. Diese kamen, wie das Institut am Montag mitteilte, zu dem Ergebnis, dass das Manuskript erhebliche fachliche Mängel aufweise. Es sei handwerklich unzureichend. So sei der Forschungsstand nicht genügend berücksichtigt worden, es mangle an der Fundierung durch in öffentlichen Archiven verfügbare Quellen, und es fehlten zentrale Aspekte.

Unter Räufern

ZEITGESCHICHTE Die Frankfurter Sparkasse will ihr 200-jähriges Bestehen mit einer Festschrift feiern. Das Kapitel zur Enteignung von Juden in der Nazizeit hätte sie aber gern kurz und bündig. Weil ein Historiker nicht mitspielt, soll er nun ersetzt werden.

Die Eppsteiner Straße im Frankfurter Westend. Vor der Hausnummer 5 Stolpersteine; in Messing gestanzt die Namen von Paul Gross und seiner Frau Elsa. Von hier aus wurden sie deportiert, am 19. Oktober 1941. Ins Judengetto Łódź. In den Tod.

Am Ende hatte man ihnen noch das Leben genommen, nachdem man ihnen vorher schon alles andere weggenommen hatte. Auch ihr letztes Geld, »eingezogen zugunsten des Deutschen Reiches«, wie es damals in einem Formblatt hieß. Und daran beteiligt war mit der Zuverlässigkeit eines NS-Musterbetriebs jene Sparkasse, die im Briefkopf damit warb, dass Geld bei ihr »mündelsicher« angelegt sei, seit mehr als 100 Jahren. Die Frankfurter Sparkasse von 1822.

In diesem Jahr feiert die Fraspa, wie sie in Frankfurt kurz heißt, ihr 200-jähriges Bestehen. Sie gilt als Freundin und Förderin der schönen Künste in der Stadt; ihr Name und der ihres Nachkriegschefs Emil Emge sind eng verbunden mit dem Wiederaufbau der zerbombten Alten Oper, der Gründung des Kammermusikvereins. Und zum Jubiläum soll nun eine Festschrift die Geschichte der Sparkasse, ihr Wirken und ihre Wichtigkeit für Frankfurt darstellen. Nur offenbar nicht all ihr Wissen – oder was die Sparkasse wissen sollte: Welche Rolle sie bei der Enteignung mutmaßlich Tausender jüdischer Kleinsparer in der Nazizeit gespielt hat.

Für die Bank wird das nun selbst zum Stolperstein. Ralf Roth, einer der beiden Historiker, die das Werk geschrieben haben, hat im November eine Mail an den Vorstand geschickt; sie liest sich wie ein Fanal: »Die Frankfurter Sparkasse hat sich aktiv am Holocaust beteiligt.« Sie habe »sich zu diesen Opfern bisher nie öffentlich geäußert. Sie schweigt seit über siebzig Jahren zu diesem Punkt ihrer Geschichte«. Und auch jetzt, mit dieser Festschrift, drücke sie sich weiter vor der notwendigen Aufklärung.

Sie wolle das Thema kurz und bündig abhandeln. Verweigere eine längst überfällige Tiefenbohrung in das dunkelste Kapitel ihrer Geschichte.

Jedenfalls zaudert die Sparkasse seit Wochen in Sachen Nazi-Aufarbeitung und lässt bisher auch eine Idee der Polytechnischen Gesellschaft Frankfurt ins Leere laufen. Die gemeinnützige Institution hatte die Fraspa vor 200 Jahren gegründet und war bis 2005 ihre Eigentümerin, bevor die Sparkasse unter das Dach der Landesbank Hessen-Thüringen zog. Die Polytechniker schlugen der Sparkasse vor, es nicht bei der Festschrift zu belassen, sondern die gemeinsame NS-Geschichte mit einer Studie zu jüdischen und anderen Opfern aufarbeiten zu lassen. Gründlich, umfassend. Doch dazu konnte sich der Fraspa-Vorstand bis jetzt nicht durchringen. Mehr noch: Jetzt sollen Roths offenbar missliebige Kapitel in der Festschrift ersetzt werden. Zwei Historiker bekamen kürzlich eine Anfrage, ob sie einspringen würden.

Es ist nicht das erste Mal, dass Unternehmen ihre Geschichte aufarbeiten lassen wollen und es dabei zum Streit kommt. So lief es beim Siemens-Konzern, dem wohl Passagen zu seinem Korruptionsskandal nicht passten (SPIEGEL 12/2017); so lief es anfangs auch beim Verlagshaus

Madsack und bei Likörhersteller Jägermeister (SPIEGEL 32/2017).

Bei der Fraspa, der fünftgrößten Sparkasse der Republik mit 73 Filialen, rund 1600 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von 21 Milliarden Euro, bahnt sich nun aber ein besonders hässliches Zerwürfnis an. Während die Sparkasse darauf pocht, sich mit der Festschrift auch der NS-Vergangenheit zu stellen, nennt der renommierte amerikanische NS-Forscher Peter Hayes ihren Umgang mit den braunen Jahren »skandalös« und »beschämend«. Harvard-Historiker Sven Beckert spricht von einem »völligen Versagen des Vorstands«. Es sei »erstaunlich und schockierend«, dass sich ein deutsches Unternehmen, noch dazu der öffentlichen Hand, dermaßen sperre, seine NS-Geschichte aufzuklären. »Das hätte ich 1962 erwartet, nicht 2022.«

Dabei überrascht es kaum, dass das Naziregime für seine Raubzüge auch die Sparkassen einspannte. Sie waren die Heimat der Kleinsparer, auch Zigtausend jüdischer. Belege lieferte schon 2005 eine Studie des Bonner Historikers Hans Pohl. Unklar blieb jedoch, wie sehr sich die Institute in Zwänge fügten, etwa Anordnungen der NS-Finanzbehörden, oder sich allzu willig in den Dienst von Führer, Volk und Vollstreckung stellten. Dazu hatte Pohl weitere Forschung und »dokumentierte Einzelbeispiele« angemahnt.

Doch weder die Frankfurter Sparkasse von 1822 noch die alte Konkurrentin, die Frankfurter Stadtparkasse, die 1989 mit ihr fusionierte, waren da eine große Hilfe. 1960, in einer Chronik zum 100-Jährigen der Stadtparkasse, passten ihre zwölf NS-Jahre auf drei Seiten – kein Wort über die Opfer, außer denen, die Sparkassenangestellte bringen mussten, um in harten Zeiten den Laden am Laufen zu halten.

1984 kam eine Geschichte der Fraspa hinzu, geschrieben von einem Ex-Vorständler. Das Wort »Jude«

Zentrale der Frankfurter Sparkasse: Was passierte mit den NS-Akten?





Historiker Roth, Stolpersteine für das jüdische Ehepaar Gross: Den Auftraggeber zufriedenstellen



tauchte im Kriegskapitel kein einziges Mal auf. Bis ins Detail erklärte der Autor stattdessen, wie die 1939 gekauften Hollerith-Lochmaschinen funktionierten und dass 1936 die »Geburt einer neuen Kontoart« in die Annalen einging, das sogenannte Buchkonto. Nichts dagegen über die »Geburt« einer anderen Kontoart, der sogenannten Sicherungskonten, auf denen später das Geld jüdischer Sparer eingefroren wurde, bis die Eigentümer ins Gas gingen und ihre Gelder an den Staat. Die Chronik enthielt Persilschein-Sätze wie den, dass den Fraspa-Leuten doch »nichts anderes übrig geblieben« sei, »als sich um des Überlebens der Sparkasse willen zunächst anzupassen«. Und auch hier nur eine Sorte Kriegsoffer: die Bankier.

Nun aber, im Herbst 2019, gab der Vorstand den Auftrag für eine Festschrift zum 200-Jährigen an das Institut für Bank- und Finanzgeschichte. Das bankennahe IBF, von Finanzwissenschaftlern geleitet, rekrutierte schließlich zwei Autoren. Roth, Historiker der Uni Frankfurt, sollte dabei die Ära von 1822 bis 1970 abhandeln. Dass der Experte für Unternehmensgeschichte im »Dritten Reich« die braunen Jahre besonders ins Auge fassen würde, dürfte der Sparkasse und dem IBF zwar klar gewesen sein. Offenbar aber nicht, dass er die Gelegenheit nutzen würde, eine umfassende Aufarbeitung der NS-Geschichte einzufordern.

Dagegen wollte die Sparkasse 200 Jahre auf rund 200 Seiten skizziert sehen, Nazi-verstrickung und Nachkriegsverdrängung inklusive. Die Länge müsse leider »sklavisch eingehalten« werden, schrieb eine IBF-Mitarbeiterin an Roth. Für die Zeit bis 1970 sollte Roth 120 Seiten haben.

Frankfurt war neben Berlin das jüdische Zentrum des Deutschen Reichs. 26 000 Juden lebten hier 1933, jeder 20. Frankfurter war Jude. Rund 15 000 von ihnen konnten flüchten, 11 000 starben. Wie viele Juden ein Spar-

buch hatten, ist unbekannt; Roth schätzt die Zahl auf 12 000 bei der Fraspa, 5000 bis 6000 bei der Stadtparkasse, das Vermögen auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

Wer es nach der Pogromnacht 1938 überhaupt noch aus dem Land schaffte, durfte nur zehn Reichsmark in der Tasche haben. Und wer blieb, dessen Vermögen kam auf ein Sicherungskonto, von dem nur Kleinbeträge abgehoben durften. Elsa und Paul Gross konnten von diesem Sperrkonto bei der Fraspa 250 Reichsmark im Monat abholen oder überweisen. So hatte es die Devisenstelle Frankfurt angeordnet, die der Oberfinanzdirektion Kassel unterstand. Die Sparkasse überwachte für die Behörde den Zahlungsverkehr, meldete Überschreitungen; nach der Deportation der Juden übertrug sie an den NS-Staat, was noch übrig war.

Für ihren Verfolgungseifer verdiente sich die Fraspa, die sich ab 1940 mit der Auszeichnung »NS-Musterbetrieb« schmückte, ein Sonderlob der Nazi-Geldräuber. »Die Wachsamkeit dürfte daher dazu beigetragen haben, dass seitens ihrer jüdischen Kundschaft Anträge zu verdächtigen Zahlungen entweder gar nicht oder nur in geringer Anzahl gestellt worden sind«, hieß es in einem Vermerk der Oberfinanzdirektion.

Zuständig für solche Vernögen war in der Sparkasse das Dezernat 3 mit der Sparabteilung. Es unterstand jenem Emil Emge, der sechs Wochen nach Hitlers Machtübernahme zum Vizedirektor aufstieg, am 1. Mai 1933 in

die NSDAP eintrat, 1940 den Chefposten der Sparkasse übernahm und bis zur Kapitulation blieb. 1950 kehrte er an die Spitze zurück, leitete die Sparkasse bis 1965. Eine typisch deutsche Vita.

In der Sparkasse machte er sich so unersetzlich, dass ihre Gremien nach dem Krieg die Landesregierung drängten, ihn umgehend zu entnazifizieren und zurückzuholen. Dafür hatte Emge Zeugenaussagen vorgelegt, die bestätigen sollten, dass er nur »im Interesse der alten Sparkasse« in die Partei gegangen war. Dem Mann einer Jüdin habe er sogar einen Job gegeben, in der Partei nur das Nötigste gemacht.

Tatsächlich stuft ihn eine Frankfurter Spruchkammer 1946 als »Mitläufer« ein. Emge musste 2000 Reichsmark zahlen, dann konnte er zurückkommen. Die Entscheidung war allerdings umstritten, wie Akten des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden zeigen. Ein anonymer Hinweisgeber schrieb empört an die Militärregierung, man dürfe doch nicht nur Emges Entlastungszeugen hören, man müsse auch Personalakten der Sparkasse heranziehen und weitere Zeugen vernehmen. Da werde man erfahren, dass Emge die Nazi-partei mit »reichlichen Geldspenden« unterstützt und Sparkassenbeschäftigte, die am Endsieg zweifelten, an die Front geschickt habe. Für einen Ex-Hauptabteilungsleiter, der sich bei verschiedenen Stellen beklagte, war Emge »ein ausgesprochener Nutznießer des Systems«. Und: Die Enteignung von Juden spielte im Entnazifizierungsverfahren nie eine Rolle.

Es gäbe daher einiges aufzuklären, über Emge, die Sparkasse, das Blut, das an Akten und Auszügen klebt, auch wenn sich die Fraspa vermutlich nicht selbst an den Geldern der Toten bereichert hat. Doch an Aufklärung hat die Fraspa offenbar nur ein begrenztes Interesse. »Bitte haben Sie Verständnis, dass Ihre Anregungen deutlich über den ursprünglichen Auftrag hinausgehen«, schrieb Spar-

Die Sparkasse bekam von den Naziräubern ein Sonderlob für ihre »Wachsamkeit« bei jüdischen Vermögen.

Auch ein Künstler wollte schon mal NS-Akten der Sparkasse sehen. Danach, sagt er, habe man seine Ausstellung abgesagt.

kassenchef Ingo Wiedemeier am 7. Dezember 2021 an Roth, nachdem der mal wieder die große Aufarbeitung eingefordert hatte.

Im Januar teilte Wiedemeier ebenso knapp mit, man erwarte die Festschrift noch im Jubiläumsjahr, also schnell; wenn Roth »weitere Sachverhalte berücksichtigen« wolle, möge er sich bitte an das IBF wenden. Nun im Februar fragte das IBF den Bielefelder Historiker Christopher Kopper, ob er Roth ersetzen könne für das Nachkriegskapitel. »Ich habe das abgelehnt, weil ich das gegenüber Herrn Roth unfair fand«, sagt Kopper; er habe an dessen Kapitel nichts auszusetzen.

Der Bochumer Dieter Ziegler, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des IBF, hatte weniger Bedenken: Er warf Roth mit anderen IBF-nahen Historikern schwere Versäumnisse vor und erklärte sich bereit, das NS-Kapitel neu zu schreiben. Schließlich, so erfuhr Roth aus einem Schreiben des IBF, zeige seine Arbeit in Teilen so »grundlegende und umfassende Mängel« hinsichtlich des »Forschungsstands, der Thematisierung aller erforderlichen Aspekte« sowie in der »Fundierung und Differenzierung der Aussagen«, dass nur andere Experten das Werk vollenden könnten. Und: Auf keinen Fall sei die Kritik vorgeschoben, um dunkle Punkte in der Sparkassengeschichte zu vertuschen.

Es ist die letzte Eskalationsstufe in einem monatelangen Streit, in dem sich das IBF schnell auf die Seite der Sparkasse geschlagen hatte. Eine Mitarbeiterin ermahnte die Autoren, sie sollten die Festschrift mit den »verfügbaren Informationen im erwünschten Umfang« vorlegen. Dass damit »keine systematische Aufarbeitung geleistet ist«, sei schon »klar«, denn das würde eine »sehr aufwändige Spurensuche bedeuten«. Und, fast panisch: »Für das IBF hängt an diesem Projekt sehr viel«, man solle den »Auftraggeber zufriedenstellen«.

Im November 2021 nochmals der Versuch des IBF, die Autoren auf Linie zu bringen. Nach einem Gespräch mit der Sparkasse hieß es: »Was befremdet, ist die mehrfache Wiederholung der anklageartigen Feststellung von Versäumnissen in der bisherigen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.« Vor allem an Roths Hochrechnungen zur Zahl der jüdischen Kunden und den geraubten Geldern stört sich das IBF. Tausende Konten, mehrere Millionen Reichsmark? Dafür seien Hochrechnungen »kein probates Mittel« und ersetzen keine belastbaren Quellen. Eben, kontert Roth, das seien Schätzungen anhand soziografischer Daten und dem Be-

stand an Fraspa-Konten. Genauere Zahlen zu jüdischen Konten könnte man aber, so Roth, mit etwas Aufwand ermitteln. Wenn die Sparkasse dem wolle. Genau daran hat er Zweifel.

Schon einmal nämlich zeigte sich die Fraspa auffallend verkrampft, als es um die Nazi-jahre ging. 2002 sollte der Installationskünstler Thomas Kilpper in ihren Räumen eine Ausstellung machen. Als Kilpper vorschlug, »mit Hilfe von Material aus dem Archiv der Sparkasse« auch die NS-Zeit »kritisch zu beleuchten«, blockte der Vorstand ab. Man habe ihm den Zugang zu Dokumenten verweigert, so Kilpper; angeblich, um Kunden und Bankgeheimnis zu schützen. Kilpper ließ nicht locker. Was dann passierte, schildert er so: »Aufgrund meiner Recherche und kritischen Aussage zum Verhalten und Selbstverständnis der Bauk insbesondere bezüglich der Zeit des ›Dritten Reiches‹ wurde ich eingeladen und die Ausstellung kurzfristig abgesagt.«

Immerhin hieß es laut Kilpper damals noch nicht, dass keine Dokumente mehr existierten. Die Frage, ob Akten inzwischen woanders lagern oder gar vernichtet wurden, ist denn auch einer der neuralgischen Punkte im Streit zwischen Roth und der Sparkasse. Noch im Juli 2021 mailte eine IBF-Vertreterin an Roth: »Ich war heute im Keller der Frankfurter Sparkasse«; man solle telefonieren. Roth behauptet, die IBF-Frau habe ihm von möglicherweise interessanten Akten berichtet. Kurz danach, bei einem Treffen mit Vorstandschef Wiedemeier, will Roth ausdrücklich nach dem Hausarchiv gefragt haben. Wiedemeiers angebliche Antwort: Die Akten seien »durch das unbedachte Wirken einer Frau vernichtet« worden. Alles weg also.

Die Sparkasse sagt dazu auf SPIEGEL-Anfrage kein Wort, weder zu Kilppers Vorwürfen noch zu den zitierten Aussagen von Wiedemeier. Sie lässt nur wissen, dass bei ihr »kaum Dokumente aus der Vorkriegszeit erhalten« seien. Und aus der Kriegszeit sowie den Jahren danach? Auch das lässt sie offen. Sie bestreitet aber, Einfluss auf den Inhalt der Festschrift genommen zu haben. Man habe die Arbeit in die Hände des IBF gelegt. Wann die Festschrift nun komme, sei unklar, man habe aber weiter ein großes Interesse an der Veröffentlichung.

Auch das IBF verteidigt sich. Roth habe immer gewusst, wie viele Seiten er zu liefern habe und »keine Bedenken« geäußert. Auch dass er nicht mit Akten aus der Sparkasse rechnen könne, sei ihm sofort klargestellt worden. Zur Suche in anderen Archiven habe man ihn aber ermuntert, ihn dabei aktiv unterstützt. Und nein, an Roths Hinweis, die NS-Zeit der Sparkasse müsse tiefer erforscht werden, habe man nichts auszusetzen.

Nur: Seinem Appell für eine große Studie mochte sich das IBF nicht anschließen. Und auch die Fraspa lässt nicht erkennen, dass sie es noch mal genauer wissen will.

Matthias Bartsch, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch

5.

Frankfurter Rundschau 21.03.2022

Von Gregor Haschnik / Thomas Stillbauer

NS-Zeit

Frankfurt: Historikerstreit über Sparkasse

Die Aufarbeitung der Rolle in der NS-Zeit sorgt zum 200-jährigen Bestehen für Ärger. Es geht um den Umgang mit dem Geld Tausender Juden.

Im Streit über die Aufarbeitung der Geschichte der Frankfurter Sparkasse in der NS-Zeit hat das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) die Vorwürfe des Historikers Ralf Roth zurückgewiesen. Es gehe nicht darum, unangenehme Wahrheiten zu unterdrücken, betonte der wissenschaftliche IBF-Beirat. Vielmehr habe der Aufsatz des Historikers handwerkliche Mängel und sei deshalb zurückgewiesen worden.

Roth hatte vom IBF den Auftrag erhalten, zum 200-jährigen Bestehen der Frankfurter Sparkasse von 1822 jenen Teil der Festschrift beizusteuern, der die Ereignisse bis 1945 behandelt. Dabei stieß er auf mehr Verwicklungen, als er erwartet hatte. Tausende Guthaben seien jüdischen Kundinnen und Kunden vorenthalten und nach deren Deportation oder Flucht konfisziert worden – in vorauseilendem Gehorsam. Es gehe um geschätzt bis zu 18 000 Konten mit an die 15 Millionen Reichsmark. Hauptvorwurf: Nach dem Krieg habe sich die Sparkasse ihrer Verantwortung nie angemessen gestellt, wie es andere Banken und Institutionen längst getan hätten. Die Sparkasse, sagt Roth, wolle nicht, „dass die Dimension klar wird“.

Das IBF widerspricht. Der vom Institut beauftragte externe Gutachter Dieter Lindenlaub nennt Roths Arbeit „vorurteilsbehaftet und fehlerhaft“. So sei unter den Guthaben auf sogenannten Auswanderersperkkonten nicht nur das Geld jüdischer, sondern auch „arischer Auswanderer“ gewesen. Roth hätte, wenn er „willige Mittäterschaft“ unterstelle, „die Handlungsspielräume untersuchen“ sollen, die die Sparkasse in der NS-Zeit gehabt habe, sagt Lindenlaub.

Historiker Roth wiederum beurteilt die Reaktion auf seine Forschungsergebnisse als „nicht angemessen für das IBF“. Das Institut sei gefordert, die Geschichte der Sparkasse aufzuarbeiten. „Das macht es seit 60 Jahren nicht.“ Er schlägt einen runden Tisch vor, an dem die Stadt, die Landesbank Hessen-Thüringen als Trägerin, die Polytechnische Gesellschaft als Gründerin und die Universität beraten, was zu tun ist.

Eine Aufarbeitung durch ein unabhängiges Gremium auf Basis wissenschaftlicher Recherche ist auch der Wunsch von Ingo Wiedemeier, dem Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse. „Ich möchte betonen, dass wir nach wie vor ein großes Interesse daran haben, dass die Chronik fertiggestellt wird und uns und der Öffentlichkeit einen transparenten Blick auf die 200-jährige Geschichte der Frankfurter Sparkasse ermöglicht“, sagte er in der Bilanzpressekonferenz.

Sparkassen waren tief in das NS-Regime verstrickt. Führungspositionen wurden mit willfährigen Parteimitgliedern besetzt, die unter anderem darüber wachten, dass jüdische Kund:innen enteignet wurden. Mit diesen und anderen Spareinlagen wurde der Vernichtungskrieg von Nazi-Deutschland finanziert.

Intern wird das Vorgehen der Sparkasse bei der Festschrift kritisch hinterfragt. Nach FR-Informationen fordern Beschäftigte eine transparente, konsequente Aufarbeitung und die Übernahme von Verantwortung.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, sagte der FR: „Die kritische öffentliche Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel der Firmengeschichte wäre ein reichlich spätes, aber das einzig richtige Zeichen im Jubiläumsjahr der Sparkasse gewesen.“ Stattdessen würden Schlussfolgerungen unabhängiger Wissenschaftler in Zweifel gezogen und Versuche unternommen, unbequeme Kapitel in der Festschrift zu verhindern, „als ließe sich die braune Geschichte der Institution und ihr mangelnder Aufarbeitungseifer rückwirkend doch noch in ein helleres Licht setzen“. Mendel schließt sich der Forderung der Polytechnischen Gesellschaft nach einer großangelegten Studie an. Die Aufarbeitung der NS-Geschichte sei noch längst nicht abgeschlossen, wie auch die aktuelle Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt zeige.

„Die Jahre zwischen 1933 und 1945 gehören zur Geschichte der Sparkasse dazu“, teilt OB Peter Feldmann (SPD) auf Anfrage mit. Der Respekt vor den Opfern des Nazi-Terrors gebiete es, „sich dieser dunklen Vergangenheit zu stellen, auch und gerade im Rahmen der geplanten Festschrift zum 200-jährigen Bestehen“.

Norbert Birkwald von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten betont: „Aufarbeitung muss unabhängig vom Auftraggeber stattfinden.“ Dieser sei offenbar unzufrieden mit Ergebnissen gewesen, sagt Birkwald, der sich in der Kreisvereinigung Frankfurt engagiert. Aufklärung bei der Sparkasse und anderen Banken sei dringend notwendig und hätte schon vor Jahrzehnten geschehen müssen.

Axel Gerntke, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken im Landtag, sagt, der Vorgang erinnere an andere Institutionen, die problematische Gutachten zurückhielten. Die Landesregierung müsse sich für eine lückenlose Aufarbeitung einsetzen.

6.

Frankfurter Rundschau vom 21.3.2022

Von Thomas Stillbauer

Frankfurt: „Eine Märchenerzählung seit den 1950er Jahren“

Bankgeschichte

Die Sparkasse in der NS-Zeit – wie groß war ihre Schuld? Historiker streiten.

Die jüdische Witwe Johanna Sommer bezog eine kleine Rente, als sie 1938 von Hanau nach Frankfurt umzog: 93,10 Reichsmark brutto. 1941 verkaufte sie, vermutlich in Not, wie die Historikerin Angelika Rieber schreibt, Möbel für 325 Reichsmark und zahlte das Geld auf ihr Konto bei der Frankfurter Sparkasse ein. Worauf die Sparkasse aktiv wurde, „eifertig“, schreibt Rieber, und einen Vorschlag an die Devisenstelle machte: Sie solle eine Sicherungsanordnung für das Geld erlassen; bis dahin sperre die Sparkasse den Betrag.

Fortan durfte Johanna Sommer monatlich nur noch über 160 Reichsmark von ihrem eigenen Geld verfügen. Bis 1942. Dann wurde sie nach Theresienstadt deportiert, später in Auschwitz ermordet. Die 800 Reichsmark, die sich noch auf ihrem Konto befanden, überwies die Sparkasse „auf das Sonderkonto H 306180 der Jüdischen Kultusvereinigung Jüdische Gemeinde. (...) Das Sicherungskonto ist hiermit ausgeglichen“. Das Geld auf dem Sonderkonto kam aber keineswegs der jüdischen Gemeinde zugute. „Praktisch flossen die Mittel nach 1940 in die Vorbereitung und Durchführung der Deportation der Juden aus den deutschen Gemeinden in die Vernichtungslager im Osten“, schreibt der Historiker Ralf Roth.

Er hat das Beispiel von Johanna Sommer – eines von Tausenden, wie er sagt – in eine Arbeit übernommen, die gerade heftigen Streit ausgelöst hat. Roth hatte den Auftrag, einige Kapitel für die Festschrift der Frankfurter Sparkasse zu ihrem 200-jährigen Bestehen in diesem Jahr beizutragen: die Zeit von 1822 bis 1945. Dabei stieß er nach eigenen Angaben auf unerwarteten Widerstand. „Ich hätte nicht gedacht, dass die Frankfurter Sparkasse in diesem Grad in das nationalsozialistische System verwickelt war – und wie sehr sie das totgeschwiegen hat“, sagt er im Gespräch mit der FR. Die Sparkasse habe sich offenbar schnell in das Unterdrückerregime integriert, Juden aus der Belegschaft gedrängt und die Konten der Einleger überwacht: „Die Verwicklung geht über den ‚Normalfall‘ von damals hinaus.“

Das habe die Frankfurter Sparkasse von 1822, seit 1989 mit der Stadtparkasse Frankfurt vereinigt, aber bisher nicht in angemessener Form aufgearbeitet, sagt Historiker Roth, nach eigenen Angaben auf Unternehmensgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus spezialisiert. „Der Umgang mit den Vorgängen war später fast noch schlimmer“, urteilt er. „Es ist eine Märchenerzählung passiert seit den 1950ern bis in die 1980er Jahre.“

Als Beleg nennt er etwa den früheren Direktor Emil Emge. Er war Roth zufolge schon 1933 im Sparkassenvorstand verantwortlich für das Kerngeschäft, die Spareinlagen: „Er beteiligte sich damit direkt an der Repression gegenüber den Juden. Mehr noch, von 1939 bis 1945 stieg er zum geschäftsführenden Direktor der Frankfurter Sparkasse auf. Die Enteignung der

jüdischen und darüber hinaus auch vieler ‚nichtarischer‘ Sparer sowie ihre Beraubung auf der Fahrt in den Tod wurde von ihm geleitet.“ Besagter Emil Emge leitete von 1950 an wieder die Sparkasse – und ließ es sich nicht nehmen, anlässlich des 140-jährigen Bestehens 1962 „eine Viertelmillion Mark für ein Matisse-Bild zu spenden, das die Nationalsozialisten als ‚entartete Kunst‘ aus dem Städel hatten entfernen lassen und das später in Luzern versteigert worden war“, sagt Roth. Emge habe dazu gesagt, er und der Verwaltungsrat empfänden „die Spende als einen Dienst am kulturellen Leben von Frankfurt“, er wolle „zugleich nach seinen Kräften das zu revidieren versuchen, was eine ‚vergangene Epoche schlecht gemacht habe‘“.

Was den Historiker Roth umtreibt, sind nicht die Taten der Sparkassenchefs von einst, sondern jene der heute Zuständigen. Er sei vom Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF), das den Auftrag zur Festschrift gab, aufgefordert worden, seinen Text umzuschreiben und entscheidende Teile zu löschen. „Ein massiver Eingriff in die Wissenschaft“, sagt er und besteht darauf, dass die Sparkasse jüdische Kunden „systematisch zu Tausenden enteignet“ habe. Er sei nur der Überbringer der schlechten Nachricht, sagt Roth: „Die Sparkasse muss sich mit den Opfern in Verbindung setzen. Das ist die jüdische Gemeinde.“

Das IBF widerspricht. „Herr Roth hat keine Ahnung von Banken- und Sparkassengeschichte“, sagt Dieter Ziegler, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des IBF. Man erfahre darüber in seinem Text wenig, es gehe vor allem um die Verfolgungsgeschichte Frankfurter Juden, „allerdings ausgerechnet um den Aspekt, wo die Sparkasse nur wenig bis gar keinen Handlungsspielraum hatte“. Für den vorauseilenden Gehorsam in der NS-Zeit, den Roth der Sparkasse vorwirft, fehlten Belege. Roths Arbeit sei handwerklich unzureichend gewesen. Das Kapitel über die NS-Zeit werde er, Ziegler, nun selbst schreiben.

7.

Frankfurter Rundschau vom 22.03.2022 Thomas Stillbauer, / Gregor Haschnik

Historiker suspendiert – „Schaden für Bankenplatz Frankfurt“

Frankfurter Rundschau vom 22.03.2022 Thomas Stillbauer, / Gregor Haschnik

Institut beendet Zusammenarbeit an Sparkassen-Chronik zur NS-Zeit nach Kritik. Die 1822 will ihr „düsterstes Kapitel“ aufarbeiten.

Das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) hat die Zusammenarbeit mit dem Historiker Ralf Roth an einer Festschrift für die Frankfurter Sparkasse am Dienstag mit sofortiger Wirkung beendet. Anlass seien „irreführende Aussagen in maßgeblichen Medien“, die das IBF als schweren Vertrauensbruch wertet.

Zuvor hatte Roth dem Institut eine „Schmutzkampagne“ vorgeworfen. In einem Schreiben an den Vorstandschef der Frankfurter Sparkasse, Ingo Wiedemeier, das der FR ebenfalls vorliegt, kritisierte er erneut Sparkasse und Institut für ihren Umgang mit dem Entwurf für die Chronik zum 200-jährigen Bestehen: „Der Schaden für Ihr Haus, den Bankenplatz Frankfurt und überhaupt für das Ansehen der deutschen Historiker in der Welt ist groß.“

Roth hat Belege dafür gefunden, dass die Sparkasse in der NS-Zeit systematisch das Geld jüdischer Kontoinhaberinnen und -inhaber beschlagnahmt hatte. Vor allem kritisierte er, die Sparkasse von 1822 und die später mit ihr vereinigte Stadtsparkasse seien nicht angemessen mit ihrer Schuld umgegangen. Er begrüßte, dass Wiedemeier in der Bilanzpressekonferenz angekündigt hatte, die Sparkassengeschichte von unabhängigen Historikern untersuchen zu lassen. Das will nun auch das IBF in einer Fachtagung tun.

Der wissenschaftliche Beirat des IBF hatte Roth fehlende Sachkompetenz vorgehalten. „Sie können die Schmutzkampagne des IBF gegen mich sehr einfach beenden“, schrieb Roth an Wiedemeier: „Publizieren Sie die Festschrift. Sie ist fertig.“ Im Vorwort heißt es, besonders schwierig sei die Bearbeitung der NS-Zeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit gewesen. Dazu sei nur ein vorläufiges Ergebnis möglich gewesen; die Quellenlage erfordere ein vertiefendes Projekt.

Unterdessen hat die Presseabteilung der Sparkasse die Fragen beantwortet, die die FR tags zuvor wie gewünscht schriftlich eingereicht hatte. „Wir wissen, dass sich im Zusammenhang mit dem düstersten Kapitel der deutschen Geschichte auch Repräsentanten der Frankfurter Sparkasse schuldig gemacht haben“, heißt es darin. „Von der Chronik zu unserem 200-jährigen Bestehen erwarten wir uns gerade dazu wertvolle Erkenntnisse und Aussagen – objektiv und unabhängig.“

„Selbstverständlich“ stehe die Sparkasse zu ihrer Geschichte, die „eine große Erfolgsgeschichte“ sei – „aber wir stehen auch zu den dunklen Kapiteln dieser Geschichte“. Die Sparkasse gehe „fest davon aus, dass die NS-Zeit in der Chronik einen Schwerpunkt bilden muss und wird“. Beim IBF wisse man das Projekt in guten Händen. In Banken,

Sparkassen und anderen Unternehmen habe es „sehr lange an Kraft und Mut gefehlt“, sich der Vergangenheit zu stellen. „Unsere Chronik wird dazu einen Beitrag leisten.“

Wer diese Chronik vollenden werde, liege in den Händen des IBF. Der Sparkasse gehe es „ausschließlich um Objektivität und Wahrheit, nicht um eine Reinwaschung vom düstersten Kapitel der Geschichte dieses Hauses“.

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt teilt auf FR-Anfrage mit, sie beobachte zurzeit die Situation und wolle sich nur ungern zu einer Festschrift äußern, die sie noch nicht kenne. „Allerdings wäre es umso tragischer, hinterher auf viele Gründe zu stoßen, die zu einer Kritik berechtigen würden.“ Die Gemeinde hoffe, die Sparkasse sei sich ihrer Verantwortung bewusst. Das bedeute auch „die klare und ehrliche Auseinandersetzung mit ihrer Rolle in der NS-Zeit und möglichen Kontinuitäten ab 1945“. Zu einem Jubiläum gehöre die Vergegenwärtigung der gesamten Unternehmensgeschichte, selbst wenn diese in Teilen schmerzlich sei.

Uwe Becker (CDU), Antisemitismusbeauftragter des Landes, mahnt ebenfalls eine lückenlose Aufarbeitung an: Jede Firma sei gut beraten, wenn sie sich auch den dunklen Kapiteln ihrer Geschichte offensiv stelle, so der Staatssekretär, der bei der Sparkasse bis 2004 Personalreferent war. In der Unterscheidung zwischen damaliger Schuld und heutiger Verantwortung liege die Chance, auch moralisch Maßstäbe zu setzen. In Zeiten des „wieder wachsenden Antisemitismus“ sollte Aufarbeitung „umso ehrlicher und umfassend“ erfolgen.

Sparkasse 1822 streitet mit Historiker

IBF missfällt Jubiläums-Chronik – Ralf Roth arbeitet tiefe Verstrickung in NS-Zeit auf

Frankfurt – Das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) hat die Zusammenarbeit mit dem Historiker Ralf Roth an einer Festschrift zum 200. Jubiläum der Frankfurter Sparkasse am Dienstag mit sofortiger Wirkung beendet. Anlass seien „irreführende Aussagen in maßgeblichen Medien“, das sei ein schwerer Vertrauensbruch. Zuvor hatte Roth dem IBF eine „Schmutzkampagne“ vorgeworfen. In einem Schreiben an den Vorstandschef der Bank, Ingo Wiedemeier, kritisierte er erneut die Sparkasse und das IBF für den Umgang mit dem Entwurf für die Jubiläums-Chronik: „Der Schaden für Ihr Haus, den Bankenplatz Frankfurt und überhaupt das ganze Ansehen der deutschen Historiker in der Welt ist groß.“

Was Roth umtreibt, sind nicht Taten der Sparkassenchefs von einst, sondern jene der heute Zuständigen. Das IBF, das den Auftrag zur Festschrift gab, habe ihn aufgefordert, seinen Text umzuschreiben und Teile zu löschen. „Ein massiver Eingriff in die Wissenschaft“, sagt Roth und besteht darauf, dass die Sparkasse jüdische Kunden „systematisch zu Tausenden enteignet“ habe. Er sei nur der Überbringer der schlechten Nachricht: „Die Sparkasse muss sich mit den Opfern in Verbindung setzen. Das ist die jüdische Gemeinde.“

Das IBF widerspricht. „Herr Roth hat keine Ahnung von Banken- und Sparkassengeschichte“, sagt Dieter Ziegler, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des



Schwere Zeiten für die Frankfurter Sparkasse 1822. FOTO: PETER JÜLICH

IBF. Man erfahre darüber in seinem Text wenig, es gehe vor allem um die Verfolgungsgeschichte Frankfurter Juden, „allerdings ausgerechnet um den Aspekt, wo die Sparkasse nur wenig bis gar keinen Handlungsspielraum hatte“. Für den vorausseilenden Gehorsam in der NS-Zeit, den Roth der Sparkasse vorwirft, fehlten Belege. Seine Arbeit sei handwerklich unzureichend gewesen. Das Kapitel über die NS-Zeit werde er, Ziegler, selbst schreiben.

Roth hat Belege dafür gefunden, dass die Sparkasse in der NS-Zeit systematisch das Geld jüdischer Kontoinhaber beschlagnahmt hatte. Vor allem kritisierte er die Sparkasse von 1822 und die Sparkasse seien nicht angemessen mit ihrer Schuld umgegangen. Er begrüßte, dass Wiedemeier in der Bilanzpressekonferenz angekündigt hatte, die Sparkassengeschichte von unabhängigen Historikern untersuchen zu lassen. Das will nun auch das IBF in einer Fachtagung tun.

Roth schrieb dem Vorstandschef Wiedemeier: „Sie können die Schmutzkampagne des IBF gegen mich sehr einfach beenden: Publizieren Sie die Festschrift. Sie ist fertig.“ Im Vorwort heißt es, besonders schwierig sei die Bearbeitung der NS-Zeit und der unmittlerbaren Nachkriegszeit gewesen. Dazu sei nur ein vorläufiges Ergebnis möglich gewesen; die Quellenlage erfordere ein vertieftes Projekt.

Unterdessen erklärte die Presseabteilung der Sparkasse: „Wir wissen, dass sich im Zusammenhang mit dem düstersten Kapitel der deutschen Geschichte auch Repräsentanten der Frankfurter Sparkasse schuldig gemacht haben. Von der Chronik erwarten wir uns gerade dazu wertvolle Erkenntnisse und Aussagen – objektiv und unabhängig.“ Weiter:

„Selbstverständlich“ stehe die Sparkasse zu ihrer Geschichte. Die NS-Zeit müsse in der Chronik einen Schwerpunkt bilden. Beim IBF wisse man das Projekt in guten Händen. Der Sparkasse gehe es nur „um Objektivität und Wahrheit, nicht um eine Reinwaschung vom düstersten Kapitel der Geschichte dieses Hauses“.

Die jüdische Gemeinde Frankfurt erklärte, sie äußere sich nicht zu einer Festschrift, die sie nicht kenne. „Allerdings wäre es umso tragischer, hinterher auf viele Gründe zu stoßen, die zu einer Kritik berechtigten würden.“ Man hoffe, die Sparkasse sei sich ihrer Verantwortung bewusst. Das bedeute auch „die klare und ehrliche Auseinandersetzung mit ihrer Rolle in der NS-Zeit und möglichen Kontinuitäten ab 1945“. Zu einem Jubiläum gehöre die Vergegenwärtigung der ganzen Unternehmensgeschichte.

Uwe Becker (CDU), Antisemitismusbeauftragter des Landes, mahnt ebenfalls eine lückenlose Aufarbeitung an. In der Unterscheidung zwischen damaliger Schuld und heutiger Verantwortung liege die Chance, moralisch Maßstäbe zu setzen. In Zeiten des „wachsenden Antisemitismus“ sollte Aufarbeitung „umso ehrlicher und umfassender“ erfolgen.

Roth schlägt einen runden Tisch vor, an dem die Stadt, die Landesbank Hessen-Thüringen als Trägerin, die Polytechnische Gesellschaft als Gründerin und die Universität sich beraten.

THOMAS STILLBAUER/
GREGOR HASCHNIK

Frankfurter Sparkasse griff offenbar in Publikation zur NS-Geschichte ein

25.03.2022, 13.00 Uhr • aus DER SPIEGEL 13/2022

Die Behauptung der Frankfurter Sparkasse, sie habe »keinerlei Einfluss« auf eine geplante Festschrift zur Geschichte des Hauses genommen, entpuppt sich offenbar als falsch. Laut einer E-Mail des damit beauftragten Instituts für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) vom November 2021 hatte die Sparkasse »nach eingehender, den Vorstand einbeziehender Lektüre« »grundsätzliche Bedenken« am Manuskript. Die Korrekturwünsche betrafen demnach auch die Kapitel zur NS-Zeit und zur Nachkriegszeit, um die ein heftiger Streit entbrannt ist (SPIEGEL 12/2022). Laut der Mail betrachtete das IBF »die Überarbeitung bestimmter Passagen« als Voraussetzung für eine Veröffentlichung. Der Autor der Kapitel, der Historiker Ralf Roth, wirft dem Geldinstitut und dem IBF vor, sich vor einer umfassenden Darstellung der NS-Jahre zu drücken, etwa zur Enteignung jüdischer Sparer. Mittlerweile hat das IBF mitgeteilt, es werde sich von Roth trennen und keines seiner Kapitel mehr verwenden. Allerdings soll die Sparkasse nach wochenlangem Zögern nun bereit sein, auf einen Vorschlag ihrer früheren Eigentümerin einzugehen, der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt. Diese hatte angeregt, die NS-Zeit in einer separaten Studie gemeinsam aufzuarbeiten. Die Sparkasse wollte sich auf Anfrage nicht äußern. **S**

10.

Der Spiegel 26. 3. 2022

Ein Kommentar von Jürgen Dahlkamp

Es gibt immer noch Unternehmen, die nichts gelernt haben: Ein Historiker wird abserviert, nachdem er der Frankfurter Sparkasse Versäumnisse bei der Aufarbeitung ihrer braunen Jahre angelastet hat.

Vergangene Woche gab der SPIEGEL dem Historiker Ralf Roth eine Stimme, so laut, dass auch die Frankfurter Sparkasse nicht mehr so tun konnte, als höre sie nichts. Roth beklagte, wie die Sparkasse mit ihrer NS-Geschichte umgeht. Motto: ein bisschen an der Oberfläche kratzen, aber bloß nicht bohren.

Die Sparkasse, die fünftgrößte in Deutschland, hatte zu ihrem Jubiläum in diesem Jahr eine Festschrift bestellt, beim Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF). Die Länge der Firmenchronik gab sie vor: rund 200 Seiten für 200 Jahre. Mehr bitte nicht. Das IBF wiederum engagierte Roth für die Kapitel bis 1970. Als der aber nun öffentlich kritisierte, was der Sparkasse und dem IBF doch selbst hätte klar sein müssen, dass man die Verstrickung der Sparkasse in die Enteignung jüdischer Sparer der NS-Zeit nicht auf ein paar läppischen Seiten in einer 200-Jahr-Chronik abhandeln könne, dass es dazu noch einiges zu finden gebe und man deshalb eine eigene, umfassende Studie zu den braunen Jahren brauche, da machte das IBF was? Genau, es feuerte den Kritiker.

Zunächst hatte das IBF mitgeteilt, dass man seine Kapitel zur NS-Geschichte und Nachkriegsverdrängung von anderen Historikern neu schreiben lasse – angeblich weil Roths Kapitel schwere Mängel hatten. Nun, nach dem SPIEGEL-Bericht, wird deutlich, dass die angeblichen Mängel wohl gar nicht so entscheidend waren: Das IBF strich jetzt auch noch Roths Abschnitte über die Jahre bis 1933. Dabei hatte das IBF diese Kapitel schon mit kleineren Änderungswünschen akzeptiert. Und wie es scheint, war die Trennung auch ganz nach dem Geschmack des Geldgebers, der Sparkasse. Auf Anfrage sagt sie dazu nichts. Aber sie hätte ja eingreifen können.

Den lästigen Mahner erst an den Pranger stellen und dann abservieren lassen: Viel dümmer, viel verantwortungsloser kann sich ein Vorstand heute nicht mehr anstellen. Nicht nach Jahrzehnten, in denen zig Unternehmen, auch Geldhäuser wie die Deutsche Bank, ihre NS-Geschichte gründlich aufgeklärt haben. Wobei die Sparkasse ja behauptet, sie selbst habe mit dem Inhalt der Festschrift und all dem Zwist nichts zu tun gehabt; das alles sei allein Sache des beauftragten IBF.

Historie zum Hungerlohn

Wäre es wirklich so, müsste man von geplanter Verantwortungslosigkeit sprechen, was im Umgang mit der eigenen NS-Geschichte ebenso verantwortungslos wäre. Tatsächlich spricht aber einiges dafür, dass sich die Sparkasse nur hinter dem IBF versteckt und sehr wohl Einfluss genommen hat. So liegt etwa eine Mail des IBF vor, geschrieben nach einem Treffen mit der Sparkassen-Spitze. In der Runde, so heißt es, habe man nach »eingehender, den Vorstand einbeziehender Lektüre« über das vorgelegte Manuskript gesprochen. Demnach hatte die Sparkasse so einiges moniert. Laut IBF äußerte sie »grundsätzliche Bedenken« und machte die Veröffentlichung, so der Eindruck des IBF, von »der Überarbeitung bestimmter Passagen« abhängig. Zum Beispiel sei das Management »befremdet«, dass Roth wiederholt »anklageartig« Versäumnisse der Sparkasse in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit feststelle.

Das IBF, das seinem Auftraggeber offenbar näher steht als der Freiheit der Wissenschaft und der Aufklärung von NS-Verbrechen, machte denn auch Druck auf Roth, seinen Text anzupassen. Und ließ ihn fallen, als der sich nicht fügte. Besonders scheinheilig war dabei die Begründung, Roths NS-Kapitel seien mangelhaft. Er habe nicht gründlich genug gearbeitet, sich

Gänge in Archive gespart, Literatur zur NS-Zeit nicht angemessen eingeflochten. Selbst wenn das stimmen würde: Das IBF hatte selbst dafür gesorgt, dass sich Roth beschränken musste. Es hatte den Wissenschaftler für eine Summe nahe am Mindestlohn angeheuert, 26.000 Euro, und wäre Roth, wie vom IBF gefordert, noch tiefer in die NS-Geschichte

der Sparkasse eingestiegen, wäre es wohl nur noch ein Hungerlohn gewesen. Von einem »branchenüblichen Honorar« spricht das IBF auf Anfrage. Dass Historiker mit ihrem Verdienst eine Familie ernähren können, ist demnach offenbar nicht branchenüblich – selbst wenn sie am Ende für eine Sparkasse mit einer Bilanzsumme von 21 Milliarden Euro arbeiten, wo Vorstandsmitglieder im Jahr 2020 um die 500.000 Euro verdienten. Roth sollte die Nazi-Zeit aufklären, aber bitte schön billig. Auch so lässt sich sicherstellen, dass nicht allzu viel Schmutz hochkommt.

Erst jetzt, da der öffentliche Ansehensverlust eingetreten ist, müht sich die Sparkasse um Schadensbegrenzung. Sie verbreitet wolkige Erklärungen, die sich lesen wie aus einem Wort-Baukasten für Bewältigungsprosa. Man stehe zu dem »dunklen« Kapitel der eigenen Geschichte (und falls dunkel noch nicht dunkel genug war, auch zum »düstersten« Kapitel). Man wisse, Repräsentanten der Sparkasse hätten sich »schuldig« gemacht. Nein, man wolle sich da nicht »reinwaschen«. Die Festschrift werde einen »Beitrag« leisten und die NS-Geschichte einen »Schwerpunkt« darin einnehmen. Das alles sei doch aber beim IBF in »guten Händen«. Jenem IBF, das sich bisher damit zufrieden gegeben hatte, die NS-Verwicklungen auf 20, 30 Seiten zusammenzuraffen.

Keine Antwort. Keine Antwort. Keine Antwort.

Die Währung, die bei einer NS-Aufarbeitung wirklich zählt, ist dagegen weiter rar: Transparenz. Bis heute lässt die Sparkasse zum Beispiel die Frage offen, warum Roth keine Akten aus dem Hausarchiv bekam. Liegt nichts in den Kellern, und warum nicht? Wurden die Akten vernichtet, wie die Sparkasse mal angedeutet haben soll? Wann, von wem? Keine Antwort. Oder: Warum wurde angeblich vor einigen Jahren ein Künstler eingeladen, seine Ausstellung in den Räumen der Sparkasse abgesagt, als er die NS-Akten des Hauses studieren wollte? Keine Antwort. Und warum hat Sparkassen-Chef Ingo Wiedemeier auf den schockierenden Befund von Roth, dass sein Haus in den Holocaust verwickelt sei, dazu nur spröde reagiert? Von 28 Fragen des SPIEGEL in dieser Woche beantwortete die Sparkasse eine einzige. Und offen blieb damit auch: Warum blieb ein Angebot der Polytechnischen Gesellschaft Frankfurt, bis 2005 Eigentümerin der Sparkasse, wochenlang unbeantwortet? Die Polytechniker hatten angeregt, gemeinsam mit der Sparkasse die NS-Geschichte in einer separaten Studie gründlich aufzuarbeiten, mit Blick auf die Opfer.

Nun, nach Berichten in SPIEGEL, »FAZ« und »Frankfurter Rundschau«, nach schweren Vorwürfen von Historikern aus den USA, nun endlich hat Wiedemeier offenbar die Zeichen erkannt. Wiedemeier hat sich Anfang dieser Woche beim Präsidenten der Polytechnischen Gesellschaft gemeldet. Offenbar will er dem Vorschlag der gemeinsamen NS-Aufarbeitung folgen – ein Vorschlag, der, welch Ironie, auf einen Kontakt von Roth mit dem Chef der Polytechniker zurückgeht. Das alles wäre immerhin ein Fortschritt für die Sache und ein Fortschritt im Verständnis, welche Verantwortung eine Sparkasse der öffentlichen Hand hat. Dass man sich der Verantwortung für die Enteignung jüdischer Kunden aber offenbar nur stellt, weil andernfalls der Imageschaden noch größer würde, lässt grausen.

Streit über Frankfurter Sparkasse: „Es geht um Verantwortung“

Das Bankgeschichte-Institut IBF streicht das ausstehende Honorar für den 1822-Historiker. Eine jüdische Sparkassenmitarbeiterin äußert sich.

In der Auseinandersetzung um die Festschrift zum 200-jährigen Bestehen der Frankfurter Sparkasse hat das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) den Werkvertrag mit dem Historiker Ralf Roth inzwischen auch förmlich gekündigt.

Wie die Vorsitzenden des IBF-Vorstands und des wissenschaftlichen Beirats des Vereins mitteilten, soll Roth auch die ausstehenden Honorare nicht erhalten; weitere Ansprüche behalte sich das IBF vor. Anlass seien „irreführende Aussagen in maßgeblichen Medien“, die das IBF als schweren Vertrauensbruch werte.

Roth war bei seinen Recherchen auf zahlreiche Belege für die Verstrickung der Sparkasse in Verbrechen des NS-Staats gegen die jüdische Bevölkerung gestoßen. Diese seien nach 1945 nie angemessen aufgearbeitet worden, arbeitete er heraus. Weil das IBF nach Roths Auffassung diese Erkenntnisse nicht genügend in der Chronik oder in anderer Form veröffentlicht sehen wollte, ging er an die Öffentlichkeit.

Den Auftrag für die Arbeit über die Sparkasse hatte Roth vor mehr als zwei Jahren vom IBF erhalten. Er wies erneut darauf hin, dass er bereits im Juli 2021 die Sparkasse aufgefordert habe, sich den Befunden zu stellen und statt der Festschrift eine grundlegende Aufarbeitung zu veranlassen und sich außerdem mit der Jüdischen Gemeinde als Nachfolgerin der Opfer in Verbindung zu setzen.

Unterdessen hat eine Mitarbeiterin der Sparkasse, die der Jüdischen Gemeinde Frankfurt angehört, Stellung genommen. Elishewa Patterson-Baysal, Syndikusrechtsanwältin und Inklusionsbeauftragte der Frankfurter Sparkasse, äußerte sich betroffen und erschüttert. „Ich hatte mein erstes Sparbuch bei der Frankfurter Sparkasse, von dort meine erste Spardose bekommen und war stolzes Mitglied im Knaxx-Club“, berichtet sie der FR. Gleiches gelte für ihre Kinder. „Ich hätte und habe mir tatsächlich nicht vorstellen können, dass diese Sparkasse einmal von einem echten Nazi geführt wurde, der dann nach dem Krieg die Geschicke des Unternehmens sogar wieder lenken durfte.“ Gemeint ist der frühere Direktor Emil Emge, der nach Aktenlage maßgeblich an der Enteignung jüdischer Sparerinnen und Sparer in der NS-Zeit beteiligt war und 1950 zu allem Überfluss an die Spitze der Sparkasse zurückkehrte. „Dass die Banken und Sparkassen sich im Dritten Reich alle schuldig gemacht haben, war mir schon klar“, so Patterson-Baysal, „aber wenn es so nah einschlägt und mit solcher Wucht, dann haut einen das schon um.“

Es gehe bei der Aufarbeitung nicht um Schuld: „Die, die sich schuldig gemacht haben, leben alle nicht mehr.“ Es gehe vielmehr um Verantwortung – „und die tragen wir alle“.

Patterson-Baysal hatte sich persönlich an die Unternehmensführung gewandt und um die Übernahme von Verantwortung gebeten. Gleichzeitig kritisierte sie den Umgang mit dem Historiker Roth. In den letzten Tagen sei Bewegung in die Sache gekommen erklärt sie, der Vorstand stelle sich nun sehr viel klarer dieser Verantwortung. „Er hat sich hier sehr klar positioniert und deutlich erklärt, dass sich die damaligen Repräsentanten der Frankfurter Sparkasse schuldig gemacht haben und man sehr großen Wert auf die transparente und umfassende Aufarbeitung legt“, sagt sie. Sie vertraue daher darauf, „dass der Aufarbeitung dieses sehr belastenden Themas genug Raum eingeräumt wird“.

12.

FAZ 28.3.2022

Neue Autoren für Studie über Geschichte der Frankfurter Sparkasse

- Aktualisiert am 28.03.2022-20:20

Es gibt Ärger um die Aufarbeitung der Geschichte der Frankfurter Sparkasse, die in diesem Jahr 200 Jahre alt wird. Einem Autor wurde nun gekündigt, neue werden gesucht. Strittig ist die Darstellung der Jahre von 1933 bis 1945.

Frankfurt · Für die wissenschaftliche Aufarbeitung der 200 Jahre langen Geschichte der Frankfurter Sparkasse werden neue Autoren gewonnen. Wie das von der Bank beauftragte Institut für Bank- und Finanzgeschichte mitteilt, hat man sich von Ralf Roth, der ein Manuskript für die Jahre bis 1970 vorgelegt hatte, getrennt. Über die Darstellung der Vergangenheit des Kreditinstituts im Nationalsozialismus und der Auseinandersetzung mit dieser Zeit in den Jahren danach herrscht zwischen dem Autor, dem Institut und der Sparkasse Uneinigkeit. Drei Wissenschaftler, die das Manuskript begutachtet hatten, warfen Roth eine Reihe von handwerklichen Fehlern vor. Anlass für die Beendigung der Zusammenarbeit mit Roth waren nun dessen „irreführende Aussagen“ in „maßgeblichen Medien“, wie das Institut mitteilt. Nun sollen andere Historiker die Geschichte der Frankfurter Sparkasse aufarbeiten. Anschließend soll es, wie das Institut für Bank- und Finanzgeschichte weiter mitteilt, zum Nationalsozialismus eine Fachtagung geben. mak.

13.

Frankfurter Rundschau 31.03.2022 Christoph Manus, Thomas Stillbauer

Frankfurter Sparkasse-Chef: „Wir stellen uns der Geschichte“

Der Vorstandschef der Frankfurter Sparkasse, Ingo Wiedemeier, spricht im FR-Interview über die umstrittene Aufarbeitung der NS-Zeit seines Hauses.

Um die Chronik zum 200-jährigen Bestehen der Frankfurter Sparkasse gibt es Ärger: Der Historiker Ralf Roth, vom Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) mit der Festschrift beauftragt, kritisierte, er sei an der gründlichen Aufarbeitung der NS-Zeit behindert worden. Teile der verbrecherischen Bankgeschäfte zwischen 1933 und 1945 hätten verschwiegen werden sollen. Das sei keineswegs beabsichtigt, sagt Sparkasse-Vorstandschef Ingo Wiedemeier im Interview.

Herr Wiedemeier, war Ihnen eigentlich bewusst, wie sehr die Frankfurter Sparkasse in die Verbrechen des Nationalsozialismus verwickelt war?

Dass dieses ein düsteres Kapitel in der Geschichte unserer Sparkasse war, ist doch jedem klar. Wir haben entschieden, wenn wir zum Jubiläum eine Chronik erstellen lassen, können und wollen wir nicht ganze Jahrzehnte, die traurigsten zumal, ausblenden. Wenn wir das hätten versuchen wollen, hätten wir sicherlich keine Chronik beauftragt. Wir wollten und werden diese Zeit gründlich aufarbeiten.

Andere Unternehmen haben große Untersuchungen über ihre eigene NS-Geschichte vorgelegt – das wurde von der Öffentlichkeit honoriert. Warum nicht die Frankfurter Sparkasse?

Ich bin jetzt eineinhalb Jahre hier im Haus und kann nur für diese Zeit sprechen. Ein Jubiläum ist immer eine gute Gelegenheit, so etwas aufarbeiten zu lassen. 2019 den Auftrag für diese Arbeit anhand der Festschrift zum 200-jährigen Bestehen zu erteilen, war die richtige Entscheidung.

Ist eine Jubiläumsfestschrift das geeignete Medium, um diese dunkle Phase gebührend aufzuarbeiten?

Die Chronik soll 200 Jahre beinhalten. Dass es da auch dunkle Zeiten gab, ist klar. Wir können und wollen uns nicht nur mit den guten Jahren beschäftigen. Die NS-Zeit ist ein Schatten, der nicht nur die Frankfurter Sparkasse, sondern viele Einrichtungen aller Art betroffen hat. Chronik heißt 200 Jahre, von der Gründung bis heute, und selbstverständlich ist die NS-Zeit ein Teil davon. Dass dieser Abschnitt so umfangreich wird und nachgearbeitet werden muss, hat sich aus der Arbeit an der Chronik ergeben. Dem werden wir uns stellen.

Es gibt jetzt den Plan, diese Phase auszulagern und zum eigenen Thema zu machen.

Das ist die logische Konsequenz, die wir nach den Diskussionen der letzten Wochen gezogen haben. Die NS-Zeit wirklich gründlich untersuchen zu lassen, dafür reicht eine 200 Seiten-Chronik nicht aus. Daher beabsichtigen wir eine parallele Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945.

Wie beurteilen Sie aktuell das öffentliche Bild der Sparkasse und des Umgangs mit ihrer NS-Vergangenheit? Es steht der Vorwurf im Raum, es hätten Details unterdrückt werden sollen.

Das Ganze war natürlich sehr schade! Aber wir haben uns für eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Bank- und Finanzgeschichte entschieden, dessen Kompetenz wir schätzen. Wir hätten es natürlich lieber gesehen, wenn sich das IBF und Professor Roth verständigt hätten. Aber wir können es inhaltlich nicht bewerten und vertrauen auf die Fertigstellung der Chronik. Mich schmerzt der Eindruck, dass wir Inhalte vorenthalten wollten. Dies liegt mir fern.

Nun soll statt des unabhängigen Historikers Ralf Roth ein Mitglied des wissenschaftlichen IBF-Beirats den Abschnitt über die NS-Zeit in der Chronik verfassen.

Dafür hat sich das IBF entschieden, wir akzeptieren das. Wir haben übrigens seinerzeit keinen Einfluss auf die Auswahl der Autoren genommen, das tun wir jetzt auch nicht. Wir stellen inhaltlich auch nichts infrage – wir sind keine Historiker, wir sind Banker. Dass das IBF zu anderen Ergebnissen gekommen ist, war nicht unsere Entscheidung.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und dem IBF besteht aber weiterhin?

Das IBF hat ein umfangreiches Netzwerk an Historikern. Der Auftrag für die Chronik ist nach wie vor erteilt und muss noch vollendet werden.

Wann könnte das soweit sein? Das Jubiläumsjahr läuft ...

Das Jahr ist schon zu einem Viertel vorbei. Wir hoffen, dass die Chronik noch vor dem Jahresende erscheinen wird. Der Jubiläumstermin ist der 12. Juni 2022, bis dahin wird es nicht zu schaffen sein. Wir haben für uns die Konsequenz gezogen, dass die NS-Zeit gesondert aufgearbeitet werden muss und wollen damit nicht warten, bis die Chronik vorliegt. Deshalb wird das parallel laufen. Wir befinden uns derzeit mit möglichen Partnern im Gespräch, um eine gründliche und transparente Aufarbeitung auf den Weg zu bringen.

14.

9.4.2022

Andreas Voitun



Zum 200-jährigen Bestehen der Frankfurter Sparkasse am 12. Juni soll eine Festschrift herausgegeben werden. Gern würde man stolz auf seine Vergangenheit zurückblicken, wenn da nicht die Zeit des Nationalsozialismus gewesen wäre.

Vor mehr als zwei Jahren hatte der Historiker Herr Dr. Ralf Roth, Professor für Neuere Geschichte und Experte für Unternehmensgeschichte im »Dritten Reich«, an der Goethe-Universität Frankfurt, den Auftrag bekommen, einen Teil dieser Festschrift (die Ära von 1822 – 1970) zu erstellen. Der Auftrag lief über das Institut für Bank- und Finanzgeschichte e. V. (IBF). Dieses Institut vermittelt und fördert seit über 50 Jahren finanzhistorische Forschung mit finanzieller Unterstützung der Kreditinstitute und versteht sich dabei als Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaftlern und Managern aus der Finanzindustrie.

Herr Prof. Dr. Roth informierte im November den Vorstand der Sparkasse, dass das Institut sich aktiv am Holocaust beteiligt und sich dazu bisher nie öffentlich geäußert hatte. Dieses unangenehme Thema sollte nun in der Festschrift mehr oder weniger weggekürzt werden. Daher hatte im März das IBF Herrn Prof. Dr. Roth den Auftrag entzogen. Stattdessen soll der Bochumer Wirtschaftshistoriker Dieter Ziegler die Epoche des Dritten Reiches beleuchten.

Auch bei anderen namhaften Firmen wurden unangenehme Passagen ihrer Geschichte weggebügelt. Dieser Umgang mit der eigenen Geschichte stößt bei zahlreichen Persönlichkeiten im In- und Ausland auf Entsetzen. Ein Reputationsschaden für das IBF, den Sparkassensektor und Frankfurt war ins Leben gerufen worden.

Während der Nazizeit entstand bei der Sparkasse eine neue Kontoart, die Geschichte schrieb: das sogenannte Sicherungskonto auf dem Geld jüdischer Sparer eingefroren wurde, bis die Eigentümer umgebracht worden waren und damit das Geld dem NS-Staat zur Verfügung gestellt werden konnte. Nach ersten Schätzungen sollen etwa 17.000 bis 19.000 solcher Konten bei den beiden Vorgängerinstituten der Frankfurter Sparkasse (Frankfurter Sparkasse von 1822 und Stadtparkasse Frankfurt) existiert haben. Die Frankfurter Sparkasse galt ab 1940 als »NS-Musterbetrieb«. Der Leiter der Sparabteilung, Herr Emil Emge machte in der Sparkasse eine steile Karriere, die durch den Sieg der Alliierten nur kurzzeitig unterbrochen wurde.

Der Vorstandschef der Frankfurter Sparkasse berichtete in einem Interview, dass eine Unterdrückung der NS-Vergangenheit nicht beabsichtigt sei. Der Abschnitt der NS-Zeit sei so umfangreich und müsse daher parallel nachgearbeitet werden. Daher soll dieses Kapitel ausgelagert und zu einem eigenen Thema werden, das eventuell sogar noch vor der Chronik veröffentlicht wird.

Herr Prof. Dr. Roth könnte einigen Riedbergern von seinem Vortrag am Riedberg bekannt sein. Dieses Event wurde 2017 veranstaltet vom damaligen Culture Club im Gymnasium Riedberg, zum Thema „Frankfurt im 19. Jahrhundert“.

15.

Die Frankfurter Sparkasse stellt sich ihrer NS-Geschichte

Frankfurter Rundschau 24.05.2022

Thomas Stillbauer

Die Fraspas und die Polytechnische Gesellschaft beauftragen das Fritz-Bauer-Institut mit Studien zu ihrer Vergangenheit unter dem Hitler-Regime.

Wie sehr war die Frankfurter Sparkasse in den Nationalsozialismus verstrickt? Dem monatelangen Streit über die Aufarbeitung dieser Frage folgte am Dienstag die Mitteilung: „Die Frankfurter Sparkasse und die Polytechnische Gesellschaft Frankfurt (PTG) haben das Fritz-Bauer-Institut gemeinsam damit betraut, die Geschichte beider Institute während der NS-Zeit in eigenen Forschungsprojekten näher aufarbeiten zu lassen.“

Damit endet das Rätselraten, wie die Sparkasse konkret dem Vorwurf begegnen will, sie habe versucht, Teile ihrer Geschichte unter Verschluss zu halten. Ursprünglich sollte eine Festschrift zum 200-jährigen Bestehen der Frankfurter Sparkasse von 1822 die NS-Zeit mit abdecken. Über die Arbeit des Historikers Ralf Roth gab es jedoch Streit. Roth war darauf gestoßen, dass Zehntausende jüdischer Konten gesperrt und ihre Inhaber enteignet worden waren – und dass Täter nach dem Krieg weiter in führender Position bei der Fraspas tätig waren. Roth beschuldigte das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF), das die Festschrift in Auftrag gegeben hatte, Erkenntnisse zurückhalten zu wollen. Daraufhin entzog ihm das IBF den Auftrag, und die Sparkasse kündigte an, unabhängig von der Festschrift eine Studie zu ihrer NS-Zeit vorzulegen.

Gemeinsame Erklärung

Die wird nun das renommierte Fritz-Bauer-Institut übernehmen, wie Fraspas-Vorstandsvorsitzender Ingo Wiedemeier und der Präsident der Polytechnischen Gesellschaft, Volker Mosbrugger, mitteilten.

Die Polytechnische war 1822 Gründerin der Sparkasse und Trägerin bis 2005. Ihre eigene Geschichte unter dem NS-Regime ließ sie bereits 2010 untersuchen. Es gehe nun darum, sie um ein wichtiges Kapitel zu ergänzen, „einerseits das Schicksal der ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder zu erforschen und andererseits die Verantwortlichkeit der PTG als damaligem Träger der Sparkasse 1822 zu untersuchen“. PTG-Präsident Mosbrugger hat darin Erfahrung. Vor vier Jahren ließ er, damals noch Senckenberg-Generaldirektor, die Rolle der Naturforscher-Gesellschaft in der NS-Zeit untersuchen. Heraus kam unter anderem die frühe und teils willfährige Anpassung an das Hitler-Regime. Die Offenheit und das Bekenntnis, aus der Vergangenheit lernen zu wollen, brachten Senckenberg allseits Anerkennung.

Das Fritz-Bauer-Institut, benannt nach dem hessischen Generalstaatsanwalt, der die Frankfurter Auschwitz-Prozesse in den 1960er Jahren anstieß, begrüßte die Initiative von Sparkasse und Polytechnischer Gesellschaft.

Gebündelte Forschung

„Es ist wichtig und richtig, diesen Teil der Geschichte intensiver zu beleuchten, als das bisher geschehen ist“, sagte Institutsleiterin Sybille Steinbacher. Eine Vorstudie werde zunächst die Quellenlage erschließen. „Mich interessiert das Vorhaben auch deshalb besonders, weil wir

am Fritz-Bauer-Institut gegenwärtig ein Forschungsprojekt zur ‚Arisierung‘ in Frankfurt betreiben, insbesondere zum Raub von Grundstücken und Immobilien aus jüdischem Besitz.“ Sie erwarte Synergieeffekte mit Blick auf die Erforschung der Rolle der Sparkassen in der NS-Zeit.

Den Beteiligten gehe es besonders um die Opferperspektive bei der Aufarbeitung, sagte Mosbrugger. Wiedemeier ergänzte, zudem sei die Betrachtung der Nachkriegsjahre wichtig. Er kündigte „ein wichtiges und unmissverständliches Zeichen“ an, „dass wir es ernst meinen mit unserer Verantwortung zur Aufarbeitung unserer Geschichte“.

Lieber gründlich als schnell

Wann Ergebnisse vorliegen werden, ist offen. Steinbacher: „Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit müssen Vorrang vor Schnelligkeit haben.“

Elishewa Patterson-Baysal, Syndikusrechtsanwältin und Inklusionsbeauftragte der Frankfurter Sparkasse, die Kritik am Vorgehen des Instituts geäußert hatte, sagte am Dienstag: „Ich freue mich über diese Entwicklung und danke dem Vorstand dafür, dass er sich seiner Verantwortung stellt.“

Eine 1822-Festschrift solle trotz der Verzögerung noch im Jubiläumsjahr erscheinen, sagte Fraspa-Sprecher Bernd Jenne. Daran arbeite das Institut für Bank- und Finanzgeschichte.

Kommentar

Gut beratene Fraspa

Die Frankfurter Sparkasse beauftragt das Fritz-Bauer-Institut mit der Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit – eine weise Entscheidung.

Was macht man, wenn man sich in die Nessel gesetzt hat und nicht recht weiß, wie man da wieder herauskommt? Richtig: Man sucht sich einen starken Partner, der einem die Hand reicht. Die Frankfurter Sparkasse hat nach ihrem bemerkenswerten Irrweg im Umgang mit der eigenen Geschichte nun einen ebenso bemerkenswerten Ausweg gefunden.

Das Fritz-Bauer-Institut mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus zu beauftragen, ist genau die Idee, die es in der verfahrenen Situation gebraucht hat: eine Einrichtung, die über jeden Zweifel in Sachen NS-Folgen erhaben ist.

Dass die Polytechnische Gesellschaft mit dabei ist, half gewiss erheblich. Deren Präsident Volker Mosbrugger ließ schon als Generaldirektor der Senckenberg-Gesellschaft die wahrlich nicht glorreiche Nazizeit der Naturforscher vorbildlich aufarbeiten.

Der Prozess, der nun beginnt, wird sicher schmerzlich werden. Die Sparkasse hat einst schwere Schuld auf sich geladen. Aber die Aufklärung wird auch Wunden heilen – die frischen. Die Narben aus der NS-Zeit vergehen nie.

FAZ 25.5.2022

Fraspa lässt forschen

FRANKFURT Die Frankfurter Sparkasse und die Polytechnische Gesellschaft haben das Fritz-Bauer-Institut beauftragt, ihre Geschichte in den Jahren von 1933 bis 1945 aufzuarbeiten. Das haben beide Institutionen am Dienstag mitgeteilt. Genau genommen geht es um drei Institutionen, denn damals hatte Frankfurt noch zwei Sparkassen, die von der Polytechnischen Gesellschaft 1822 gegründete Frankfurter Sparkasse und die Städtische Sparkasse. Sie fusionierten erst 1989. Die Studie soll unabhängig von der Festschrift erscheinen, für die sich nun mit den Jahren des Nationalsozialismus der Bochumer Historiker Dieter Ziegler befassen wird, nachdem es über ein erstes Manuskript, das der Frankfurter Geschichtswissenschaftler Ralf Roth verfasst hatte, eine Auseinandersetzung gegeben hatte.

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Ingo Wiedemeier, äußerte am Dienstag, für das Institut sei es wichtig zu klären, wie seinerzeit mit jüdischen Mitarbeitern und Kunden sowie deren Vermögen umgegangen worden sei. Die Polytechnische Gesellschaft möchte, dass sich das Fritz-Bauer-Institut unter anderem mit dem Schicksal der seinerzeit ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder befasst. Sybille Steinbacher, Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts, wies darauf hin, dass diese Einrichtung gegenwärtig über die „Arisierung“ in Frankfurt forsche, insbesondere über den Raub von Immobilien aus jüdischem Eigentum. mak.

„Gewiss die wohltätigsten Folgen“

FRANKFURT Über nahezu ein Jahrhundert hatte Frankfurt nicht nur eine Sparkasse, sondern zwei. Die eine davon, die nun 200 Jahre alt ist, wurde nicht von der Stadt, sondern von Bürgern gegründet.

Von Manfred Köhler

Soll niemand sagen, heute dauere alles so lange, niemand wolle sich entscheiden, es sei immer so kompliziert. Die Gründung der Frankfurter Sparkasse beanspruchte von der ersten Idee bis zu ihrem ersten Öffnungstag nicht weniger als 13 Jahre, und das ist nun zwei Jahrhunderte her.

[...]

So schildert Friedrich Lauf in seiner Chronik der Frankfurter Sparkasse „Im Zeichen des Bienenkorbs“ aus dem Jahr 1983 die Gründung des Instituts. Es ist die bisher ausführlichste Aufarbeitung seiner Geschichte – der Plan, zum 200-Jahre-Jubiläum in diesem Jahr eine wissenschaftliche Festschrift vorzulegen, ist wegen eines Zerwürfnisses mit einem der beiden Autoren über die Darstellung der Jahre zwischen 1933 und 1945 gescheitert. Die Veröffentlichung soll später nachgereicht werden. Dass es die Geschichte eines besonderen Kreditinstituts ist, wird allerdings auch schon aus Laufs Werk mehr als deutlich. Denn es war eben keine kommunale Gründung, es handelte sich um eine „freie“ Sparkasse, getragen von einem Verein, eben jener Polytechnischen Gesellschaft, die von Frankfurtern Bürgern ins Leben gerufen worden war und vieles auf den Weg gebracht hatte: neben der Sparkasse auch die schon erwähnte Sonntagsschule.

[...]

zur Städtischen Sparkasse Frankfurt. Zwei Sparkassen in einem Ort – ein eigentümliches Nebeneinander, das über die Wirren des 20. Jahrhunderts hinweg mit seinen zwei Weltkriegen und zwei Währungsschnitten Bestand haben sollte, auch in den Jahren des „Dritten Reiches“, über die auch in dem Buch Laufs einiges zu erfahren ist, die aber erst von ~~Friedrich Lauf~~ ~~in seiner Chronik~~ ~~„Im Zeichen des Bienenkorbs“~~ ~~aus dem Jahr 1983~~ ~~wissenschaftlich aufgearbeitet~~ ~~wurden~~ und nun abermals Wirtschaftshistoriker beschäftigen sollen.

Nach allem, was sich bisher sagen lässt, wurde nach 1933 das Führungspersonal durch Nationalsozialisten ersetzt, waren beide Sparkassen an der Ausgrenzung jüdischer Mitarbeiter beteiligt und

durch Befolgung der neuen, perfiden Vorschriften auch an der Enteignung der jüdischen Kunden, indem etwa das Geld bei dem Reich verfiel, kaum dass die Juden deportiert waren. Bereitwillig machten die Kreditinstitute mit: „Schö-

ner noch und hoffnungsvoller aber liegt die Zukunft vor den Männern der Polytechnischen Gesellschaft und der Sparkasse im Aufblick zu dem über ihnen flatternden Hakenkreuzbanner“, hieß es 1942 in einer Veröffentlichung.

Das alles wurde nach Kriegsende verdrängt, man blickte nach vorn, die Jahre des Wirtschaftswunders waren eine Blütezeit für Frankfurt wie seine Kreditinstitu-

[...]

FAZ 11.6. 2022 (1. Teil)

I „Wenn es der Region gut geht, geht es auch der Sparkasse gut“

INTERVIEW 1822-Chef Wiedemeier blickt auf 200 Jahre Firmengeschichte zurück

Nur wenige Unternehmen haben eine derart lange Geschichte: Die Frankfurter Sparkasse kann dieses Jahr ihr 200. Jubiläum feiern. Was eine solche Tradition heute bedeutet und wie das Haus mit den aktuellen Herausforderungen umgeht, darüber sprach unser Redakteur Thomas Baumgartner mit Ingo Wiedemeier. Der 50-Jährige ist seit September 2020 Vorstandschef des Instituts.

200 Jahre Frankfurter Sparkasse – welche Relevanz hat solch ein Jubiläum heute noch?

Es ist schön, wenn man solche Zeitpunkte nutzen kann, um in die Vergangenheit zurückzublicken. 200 Jahre sind in der Tat eine lange Zeit; das werden wir entsprechend mit zahlreichen Veranstaltungen, Vertriebsaktionen mit Sonderkonditionen und Spenden feiern. Zudem haben wir den Anlass genutzt, um in einer Chronik diese Geschichte aufarbeiten zu lassen. Vor rund 200 Jahren wurden zahlreiche Sparkassen gegründet, die in erster Linie kommunale Institute waren, wie auch in Frankfurt die Stadtsparkasse von 1860. Parallele Gründungen – wie bei uns die 1822 durch die Polytechnische Gesellschaft – gab es jedoch in vielen Städten. Wir sind dann ins Umland hinein gewachsen und identifizieren uns mit dem Ballungsraum Rhein-Main – mit seiner unterschiedlichen Kaufkraftsituation vom Taunus bis nach Offenbach und den differenzierten Kaufpreisen bei Immobilien. Ich bin froh über diese Spannweite, da diese deutlich mehr Chancen bietet, Produkte und Dienstleistungen anzubieten.

Auch in Kooperation mit anderen Häusern aus der Region, wie das etwa Taunus Sparkasse und Frankfurter Volksbank praktizieren?

Wir haben in der Regel eine große Filiale in den großen Städten im Umland – etwa in Hanau, Offenbach, Bad Vilbel oder Oberursel. Wir sind mit dieser Aufstellung ganz zufrieden, da gibt es keine Notwendigkeit zu kooperieren. Das mag anders sein bei Instituten, die in kleinen Ortsteilen Filialen betreiben.

Ist es nicht unglücklich, dass es ausgerechnet um die Jubiläums-Chronik – genauer um die Darstellung der Sparkasse während der Zeit des Nationalsozialismus – zu Irrita-

Das ist auch für uns total ärgerlich und mehr als unglücklich. Wir haben keinen Einfluss auf die Auswahl der Autoren genommen und stellen inhaltlich auch nichts infrage – auch nicht die Notwendigkeit, die NS-Zeit nochmals tiefer recherchieren zu lassen. Die allgemeine Chronik hoffen wir bis Jahresende vorlegen zu können. Mit dem Fritz-Bauer-Institut haben wir ein renommiertes Institut gefunden, welches wir mit der Polytechnischen Gesellschaft mit der Erforschung dieses Zeitraums beauftragt haben. Die NS-Phase bedarf einer tieferen Analyse. Ich gehe davon aus, dass hier vor Ablauf des Jahres 2025 nichts Druckfertiges vorliegen wird. Das Institut – wie die Auftraggeber – legt Wert auf eine gründliche Aufarbeitung, so dass Schnelligkeit an dieser Stelle unangebracht ist.

Also müssen wir uns bei diesem besonders spannenden Thema bis 2026 gedulden?

Vermutlich. Da ist viel Forschungsarbeit notwendig. Wir selbst haben keine Archive mehr aus dieser Zeit. Die Sparkasse hat seit 1879 ihren Hauptsitz an der Neuen Mainzer Straße und war im Zweiten Weltkrieg ausgebombt; da ist viel verloren gegangen.

tachles

Das jüdische Wochenmagazin

FRANKFURT AM MAIN 24. Juni 2022

Aufarbeitung oder Rolle rückwärts?

Ein Konflikt um die Festschrift überschattet den 200. Geburtstag der Sparkasse Frankfurt – dem Historiker wird gekündigt, nachdem er die Rolle der Bank in der NS-Zeit anprangerte.

Am Erscheinungstag dieser tachles-Ausgabe begeht die Frankfurter Sparkasse ihren 200. Geburtstag mit einem Festakt im Palmengarten der Main-Metropole. «Das Motto für das 200-jährige Jubiläum ‹Miteinander. Füreinander.› passt ebenso gut zur Geschichte wie zur Gegenwart des regionalen Kreditinstituts», heisst es in einer Grussbotschaft des Vorstands an die Kundinnen und Kunden, die auf der Sparkassen-Website zu lesen ist.

Der Anlauf zu den Feierlichkeiten war dagegen monatelang und nicht unwesentlich von einem Gegeneinander geprägt. Ursache des Konflikts: die Rolle der Bank in der Zeit des Nationalsozialismus und das Kapitel dazu in der Festschrift, die man eigens beim Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) bestellt hatte. Beauftragt wurde damit – und mit der weiteren Geschichte des Unternehmens von der Gründung 1822 bis 1970 – Ralf Roth, als Professor für Neuere Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt tätig, der einst beim Aufbau des Deutsche-Bahn-Archivs zur Zwangsarbeiterfrage recherchierte.

Sparkasse und der Holocaust

«Ich rate Unternehmen seit 30 Jahren: Es gibt diese zwölf Jahre, und es ist das beste, damit offen umzugehen. Damit bin ich immer offene Türen eingermannt. Das ist jetzt anders», blickt Roth auf das vergangene Jahr zurück. Im Juni 2021 vertiefte sich der Spezialist für Frankfurter Stadtgeschichte in die Rolle der Sparkasse während der Zeit des Nationalsozialismus (NS). Im Juli war er fertig mit dem Kapitel, nahm Kontakt auf mit dem Vorstandsvorsitzenden, um ihn auf seinen Befund aufmerksam zu machen, die Sparkasse habe sich aktiv am Holocaust beteiligt. Roths Fazit: «Eine stärkere Verwicklung, als man gemeinhin annimmt. Es gibt Unternehmen, die liefen mit, und andere, die warfen sich der Macht an den Hals und wurden Mittäter.»

Zu welcher Kategorie der Professor die Sparkasse rechnet, ist deutlich. Im Gespräch mit tachles erwähnt er «eine Spende an den Gauleiter in Höhe eines Viertels des Jahresgewinns». Vor allem aber stiess Roth auf die grossflächige Enteignung jüdischer Sparerinnen und Sparer im Zuge von deren Auswanderung und Deportation in Vernichtungslager. «Durchschnittlich befanden sich auf einem Konto Anfang der 1930er-Jahre 400 Reichsmark», rechnet er vor. Es gab etwa 12 000 Konten aus 5000 bis 6000 jüdischen Haushalten. Das ergibt knapp fünf Millionen Reichsmark.»

Konkret bezieht sich Roth auf die Sperrung der Konten jüdischer Auswanderer ab 1938, deren Einlagen abgesehen von einem Freibetrag von 150 Reichsmark konfisziert wurden. Auch mit der Reichsfluchtsteuer, gegen Ende der Weimarer Zeit zur Vermeidung von Steuerflucht eingeführt, nahm man ausreisenden jüdischen Bürgern grosse Teile ihres Vermögens ab. Schliesslich wurde das Eigentum der Deportationsopfer beschlagnahmt. Roth betont, diese Praxis sei von allen Banken

und Geldinstituten betrieben worden. Der Sparkasse, die den Zahlungsverkehr überwachte, wirft er freilich vor, sie habe dies bislang verschleiert und ihre Geschichte nicht aufgearbeitet.

Deportation und Ermordung

Inzwischen ist Roth dazu übergegangen, sich im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden durch Teile der insgesamt 37 000 Akten zu arbeiten, welche die Devisenstelle Frankfurt betreffende Enteignungen dokumentieren. Er hat anhand dieser Aufzeichnungen die Etappen wirtschaftlicher Verfolgung als Vorstufe von Deportation und Ermordung rekonstruiert – bis zum Vermerk, die betreffende Person sei nach Osten evakuiert worden.

«Man kann die Repression in all ihren Facetten aus diesen Dokumenten entnehmen», fasst der Professor zusammen. Sein Plan: ein Modell für mit dem Buchstaben A beginnende Nachnamen zu erstellen, um einen ersten – geschätzten, wie er betont – Richtwert über den Umfang der pro Bank geraubten Summen zu bekommen. Dass weiterhin eine tiefgehende wissenschaftliche Studie nötig sei, empfahl Roth auch Ingo Wiedemeier, dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse. Die Antwort war ablehnend: Roths Anregungen gingen «deutlich über den ursprünglichen Auftrag hinaus».

Seine derzeitigen Forschungen betreibt er nun freilich nicht mehr im Rahmen der Festschrift. Im März dieses Jahres nämlich wurde dem Professor der Auftrag entzogen, nach monatelangem Streit mit Sparkasse und IBF. Letzteres hatte ihm zunächst nahegelegt, eine neue Version mit einer Reihe von Änderungen zu erstellen. «Essenzielle Teile waren darin komplett gestrichen. Man las zum Beispiel nichts über die Verordnung, jüdische Konten zu sperren», so Roth zu tachles.

Spielraum der Banken

Auf einen Teil der Vorgaben ging er ein, auf andere nicht. Der Konflikt schwoll an. Das IBF gab ein Gutachten bei drei externen Historiker-Kollegen in Auftrag, die Roths Manuskript heftig kritisierten. Einer von ihnen, der auf Unternehmensgeschichte spezialisierte Dieter Lindenlaub, nennt es in der «Frankfurter Rundschau» «vorurteilsbehaftet und fehlerhaft», etwa, weil Auswanderersperrkonten nicht nur das Geld jüdischer, sondern auch «arischer Auswanderer» enthalten hätten. Roth hätte zudem die Handlungsspielräume der Sparkasse untersuchen müssen, bevor er sie beschuldige.

Auf Letzteres weist auch Dieter Ziegler hin, der Lehrstuhlinhaber für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ebenso am Gutachten beteiligt. Er ist selbst Autor einer Studie über die 150-jährige Geschichte der Commerzbank sowie des Bandes «Die Dresdner Bank und die deutschen Juden», der sich im Rahmen einer Serie zur NS-Geschichte des Unternehmens auf den Holocaust spezialisiert.

«Die Banken hatten keinen Handlungsspielraum», so Ziegler im Gespräch mit tachles. «Sie handelten auf Anweisung und verdienten nichts an Sperrkonten. Das einzige, was sie interessierte, war Rechtssicherheit, um nicht regresspflichtig zu werden.» Anders sehe es dagegen mit der Arisierungsvermittlung aus, an der die Sparkasse mittels Hypotheken und Personalkrediten «wahrscheinlich viel verdient» habe und dies ihr durchaus vorzuwerfen sei. Die aber habe Roth nicht erwähnt.

Dass er dessen Manuskript für «nicht veröffentlichungsfähig» hält, begründet er aber in erster Linie mit technischen und fachlichen Mängeln. «Von bankspezifischen Dingen hat Roth keine Ahnung. Um die Geschichte der Sparkasse zu schreiben, braucht man betriebswirtschaftliche oder bankspezifische Kenntnisse. Man muss Bilanzen lesen können, was ein normaler Historiker aber nicht kann.» Sein Fokus auf die Konfiszierungen sei von Halbwissen geprägt, etwa terminologisch, wenn er ein «beschränkt verfügbares Sicherheitskonto» schlicht «Sicherheitskonto» nenne. Auf Anfrage der IBF übernimmt Ziegler nun das Kapitel zur NS-Zeit. Bis Ende August muss es fertig sein. Die Sparkasse hofft, die Festschrift Ende des Jahres zu veröffentlichen.

Dass dieses Projekt nun ohne seinen Frankfurter Kollegen stattfindet, habe allein mit dessen inhaltlichen Unzulänglichkeiten zu tun, und nicht mit Ambitionen der Sparkasse, ihre Vergangenheit zu verschleiern, betont Ziegler. «Früher gab es eine Generation von Managern, die ihre Vorgänger und Förderer aus der Anfangszeit ihrer Karriere schützen wollten. Aber das ist lange vorbei.» Dass, wie Roth es einschätzt, die Sparkasse noch immer befürchtet, mit Resitutionsforderungen belangt zu werden, kommentiert er bestimmt: «Unsinn, das Thema ist durch.»

Affirmative Geschichtsschreibung

Ganz anders sieht Roth die Lage. Nicht nur die Beschädigung seines Rufs kümmert ihn, sondern die Entwicklung in seinem Fach, die kritische Aufarbeitung von Unternehmensgeschichte im Nationalsozialismus, die sich erst in den letzten gut 20 Jahren etablieren konnte. «Man wollte eine Erneuerung der Diskussion. Ein anderer Ansatz als die affirmative Unternehmensgeschichte war das Ziel.» Stellvertretend nennt er die Studien zu Degussa, VW, «Die deutsche Bank und die Arisierung» von Harold James oder eine Veröffentlichung des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts von 2004, «Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen».

Andererseits gebe es noch immer Fallstudien wie die der Landesbank Bayern (2005) oder Landesbank Nord (2018), die Roth als «Rolle rückwärts» bezeichnet und in denen Vermögensenteignungen mit keinem Wort erwähnt wurden. Insofern lässt sich die Auseinandersetzung mit und Aufarbeitung der eigenen Geschichte als permanent umkämpftes Gebiet verstehen, auf dem das in den letzten Jahrzehnten Erreichte immer wieder neu verteidigt werden muss. Das jüngste Vorgehen des IBF mache deutlich, dass eine «affirmative Geschichtsschreibung» weiter möglich sei.

Für die Frage, in welche Richtung sich diese entwickelt, ist der aktuelle Fall womöglich richtungsweisend. Ende Mai nämlich machte die Sparkasse Frankfurt bekannt, man werde das Fritz-Bauer-Institut mit einer Untersuchung der eigenen NS-Geschichte beauftragen. Die Dauer ist auf drei Jahre angelegt, erklärt Bernd Jenne, der Ressortleiter Vorstandsstab/Kommunikation/Recht, auf Anfrage: «Die Prämisse ist klar: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir haben uns bewusst zu diesem Schritt entschieden.»

Neue Studie

Sybille Steinbacher, die Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts, sieht dazu durchaus Handlungsbedarf. «Es ist wichtig und richtig, diesen Teil der Geschichte intensiver zu beleuchten, als das bisher geschehen ist. Wir als Fritz-Bauer-Institut werden diese verantwortungsvolle Aufgabe und wissenschaftliche Arbeit gerne angehen und zunächst im Rahmen einer Vorstudie die Quellenlage erschliessen.»

Der Konflikt um die umstrittene Festschrift ist damit aber keinesfalls gelöst. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, nennt die Begründung für die Zurückweisung von Roths Manuskript «sehr fragwürdig». Die jüdische Gemeinde erklärt: «Wir hoffen, dass die Sparkasse Frankfurt sich ihrer Verantwortung bei der Erstellung dieser Jubiläumsausgabe bewusst ist. Dies bedeutet auch die klare und ehrliche Auseinandersetzung mit ihrer Rolle in der NS-Zeit und möglichen Kontinuitäten ab 1945. Zu einem Jubiläum gehört nun einmal die Vergegenwärtigung der gesamten Unternehmensgeschichte, selbst wenn diese in Teilen schmerzlich ist. Nur so kann eine Festschrift mehr als eine Festbeilage sein und künftig als lehrreiche Dokumentation dienen.»

Tobias Müller

JÜDISCHE GEMEINDE SAUER

Historiker-Streit bei Fraspa

Frankfurt – **Mit einer Festschrift wollte die Frankfurter Sparkasse (Fraspa) ihre 200-jährige Geschichte würdigen. Doch die Feierstimmung ist dem Fraspa-Vorstand vergangen.**

Der mit dem Verfassen der Festschrift beauftragte Frankfurter Historiker Prof. Ralf Roth legte besonderes Gewicht auf die Rolle des Geldinstituts in der NS-Zeit, die erfolgreiche Bewerbung der Fraspa „als NS-Musterbetrieb“ und die systematische Enteignung emigrierter, deportierter und ermordeter Juden, bei der zwischen 1933 und 1945 alle deutschen Geldhäuser auf Anweisung NS-staatlicher Stellen und Ämter mitwirkten.



Dieses dunkle Kapitel bekam dem Fraspa-Vorstand in der Festschrift offenbar zu viel Raum. „Es gab ein Feilschen um Formulierungen. Dabei darf es beim Holocaust keine faden Kompromisse geben“, sagte Prof. Roth, den die Jüdische Gemeinde zum Gastvortrag eingeladen hatte.

Roth quittierte seine Mitarbeit. Die Fraspa beauftragte andere Historiker. Und das Kapitel NS-Zeit in der Firmenge-

schichte soll nun in einer eigenen Studie von Historikern des Fritz-Bauer-Instituts aufbereitet werden.

„Sie wollten feiern, aber sie wollten sich nicht entschuldigen“, hielt Prof. Roth dem Fraspa-Vorstand vor. Benjamin Graumann, Vorstand der Jüdischen Gemeinde, ist bestürzt und wirft dem Fra-

spa-Vorstand „fehlende Empathie“ und die Begünstigung einer „Kultur des Schweigens“ vor.

Die Fraspa auf BILD-Nachfrage: „Wir stellen uns dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte mit maximaler Offenheit. Doch eine Festschrift gibt diesem wichtigen Thema nicht den angemessenen Raum.“ Deshalb beauftragte die Fraspa das Fritz-Bauer-Institut mit einer Studie.



Der Vortrag „Vertuschen, Verschleiern, Aussitzen. Der traurige Umgang mit der Aufarbeitung der Verbrechen der Nazis an den jüdischen Menschen“ des Historikers an der Goethe-Uni

Fotos: Fredrik von Erichsen

21.

Jüdische Allgemeine 12.07.2022

Die B'nai B'rith Loge lud zu einem Vortragsabend über die Rolle der Frankfurter Sparkasse in der NS-Zeit

Für Ralf Roth ist klar: »Die Frankfurter Sparkasse wollte ihren 200. Geburtstag feiern, aber sie wollte sich nicht entschuldigen.« Zweieinhalb Jahre hat der Historiker recherchiert, Daten aus vielen Quellen zusammengetragen und seine Ergebnisse in einer 150 Seiten umfassenden Festschrift festgehalten. Beauftragt hatte ihn das Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) im Namen der Frankfurter Sparkasse (Fraspa).

Zum monatelangen Streit kam es jedoch über die 20 Seiten zur NS-Zeit und die Jahre danach. Roth hatte recherchiert, dass Tausende jüdische Konten gesperrt und jüdische Sparer enteignet worden waren. Er war auf Einzelschicksale gestoßen, die er namentlich benannte und auch auf den Fall eines jüdischen Bankmitarbeiters, der zunächst unerkant weiterarbeitete, später angezeigt und in der darauffolgenden Haft starb.

ZUSAMMENSPIEL Und er verwies in seiner Arbeit darauf, dass Täter und NS-Linientreue nach dem Krieg in Führungspositionen bei der Fraspa blieben. Er habe aufgezeigt, »wie der Staat im Zusammenspiel mit Finanzämtern und Geldinstituten Juden enteignete und ausraubte«, so Roth beim Vortragsabend in der Frankfurter B'nai B'rith Loge am Montag.

Den Auftraggebern im Institut und Sparkassen-Vorstand war das nicht recht. Sie hatten den Zugang zu hauseigenen Überlieferungen nicht freigegeben, empfohlen, eine hauseigene Studie eines früheren Mitarbeiters zu nutzen und sich vor allem auf die Nachkriegszeit zu konzentrieren. Der Historiker wollte hingegen Aufklärung leisten: Roth recherchierte in Quellen der Oberfinanzdirektion Kassel und in den rund 34 000 Akten der Devisenstelle Frankfurt im Hessischen Hauptstaatsarchiv.

Ralf Roth stieß bei seiner Recherche auch auf Verstrickungen mit dem NS-Machtapparat.

Die Devisenstellen der Finanzämter waren daran beteiligt, »jüdische Vermögen in Volksgut zu verwandeln«, so Roth. Zunächst war Juden der Zugriff auf ihre Konten begrenzt worden, später mussten Erlöse aus Immobilien oder Verkäufe auf Sicherungskonten einbezahlt werden. Die Akten der Devisenstelle sind laut Roth Quellen, die für sich selbst sprechen. »Man muss sie nur lesen.«

SPENDEN Roth stieß bei seiner Recherche auch auf Verstrickungen mit dem NS-Machtapparat etwa in Form üppiger Spenden der Sparkasse an den Gauleiter in Höhe von 100.000 Reichsmark. »Das war ein Viertel des Gewinns.« Er förderte Dokumente zu Tage, die die Fraspa als NS-Musterbetrieb auswiesen – »im Sinne einer ordentlichen Arbeit bei der Enteignung der Juden«, berichtete er beim Logenabend vor viel Prominenz aus Politik und Stadtgesellschaft.

Zum Eklat kam es bei der Abgabe der Festschrift: Die nach Auskunft von Ralf Roth teilweise massiven Interventionen, Eingriffe und Löschungen in seinem Manuskript durch das Institut wollte er nicht akzeptieren. Roth spricht von Zensur und einem Politikum, die Auftraggeber von haltlosen Vorwürfen statt akademischer Begutachtung.

Nach monatelangem Streit haben die Fraspa und die Polytechnische Gesellschaft, Gründerin und Trägerin der Sparkasse bis 2005, nun das Fritz Bauer Institut mit einer Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit beauftragt. Ralf Roth sieht seinen wissenschaftlichen Ruf geschädigt, zudem wurden Teile seines Honorars nicht gezahlt. Er will jetzt klagen.

GEWISSENHAFTIGKEIT Ralph Hofmann, Präsident der Frankfurter B'nai B'rith Loge, zeigte sich über die Vorgänge »erschüttert«. Rüdiger Helmold Freiherr von Rosen, ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Börse und Ex-Präsident der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wirtschaft, lobte Roth als gewissenhaften Historiker, mit dem die Gesellschaft Jahrzehnte zusammengearbeitet habe.

Andrea Schneider-Braunberger, Geschäftsführerin der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, betonte, dass es eine Vielzahl an Unternehmen heute gebe, die »ihre Vergangenheit nicht schönschreiben wollen«. Sie vermutete, dass die Fraspa sich als Handlanger sehe, die gemäß damaliger Gesetze Geld jüdischer Sparer an staatliche Stellen überwiesen habe.

Die Frankfurter Sparkasse habe massiv an Glaubwürdigkeit verloren, sagte Benjamin Graumann.

Benjamin Graumann, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, sprach von »einem exemplarischen Beispiel für Verweigerung und eine Kultur des Schweigens«. Der Fall zeuge von fehlender Empathie, Gleichgültigkeit und mangelndem Geschichtsbewusstsein. »Nur wer ehrlich ist, ist glaubwürdig.«

Die Frankfurter Sparkasse habe massiv an Glaubwürdigkeit verloren, sagte Graumann. Träger des Bankhauses sei heute die Helaba, die Landesbank Hessen Thüringen. Auch dort fehle es offenbar an Bereitschaft.

Dass nun das renommierte Fritz Bauer Institut die NS-Vergangenheit der Sparkasse und Polytechnischen Gesellschaft aufarbeiten soll, tröstet Ralf Roth keineswegs. Da das Institut vielbeschäftigt sei, werde es sicherlich lange dauern, bis ein Ergebnis vorliege. An ihm selbst klebe nun der Makel, schlecht gearbeitet zu haben. Auch deshalb will er sich anwaltlich dagegen wehren.

Power-Point-Folien (Auszüge)

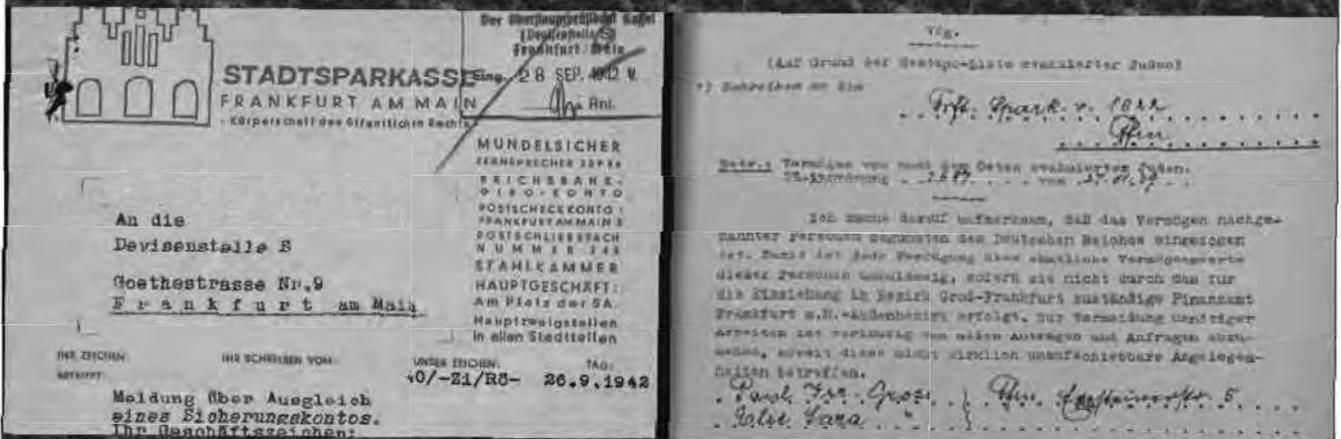
Vortrag Prof. Dr. Roth

Zur Auseinandersetzung über die Frankfurter Sparkassen in der NS-Zeit

**Affirmativer Umgang mit der NS Vergangenheit
von Unternehmen im Bankenbereich**

**Vortrag in den B'nai B'rith Logen in Frankfurt
Prof. Dr. Ralf Roth
4. Juli 2022**

Affirmativer Umgang mit der NS Vergangenheit von Unternehmen im Bankenbereich



Vortrag in den B'nai B'rith Logen in Frankfurt
 Prof. Dr. Ralf Roth
 4. Juli 2022

Teil I:

Die Akteure und die Festschrift



CENTER FOR
 FINANCIAL
 STUDIES

VORSTAND



Claudia Hillenherms (Vorsitzende), WIBark, Offenbach
 Professor Dr. Bernd Rudolph (Stellvertretender Vorsitzender), Ludwig-Maximilians-Universität München | Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard H. Schmidt (Senior Advisor), Goethe-Universität, Frankfurt am Main.



Miteinander. Für einander.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT



Professor Dr. Bernd Rudolph (Vorsitzender), Ludwig-Maximilians-Universität München
 Professor Dr. Joachim Scholtz (Stellvertretender Vorsitzender), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
 Professor Dr. Mark Spoerer, Universität Regensburg
 Professor Dr. Dieter Ziegler, Ruhr-Universität Bochum



Unerwartete Einschränkung der Arbeit an der Festschrift

FRIEDRICH LAUF

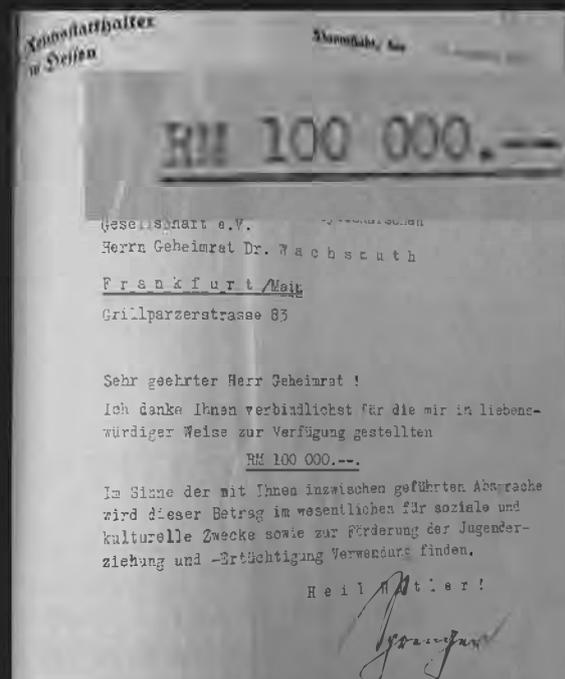
- Kein Zugang zur hauseigenen Überlieferung
- Empfehlung, sich auf die hauseigene Studie zu stützen
- Kurzfassen und Konzentration auf die Darstellung der Geschichte in der Nachkriegszeit



Chronik der Frankfurter Sparkasse von 1822
(Polytechnische Gesellschaft)
1822–1981

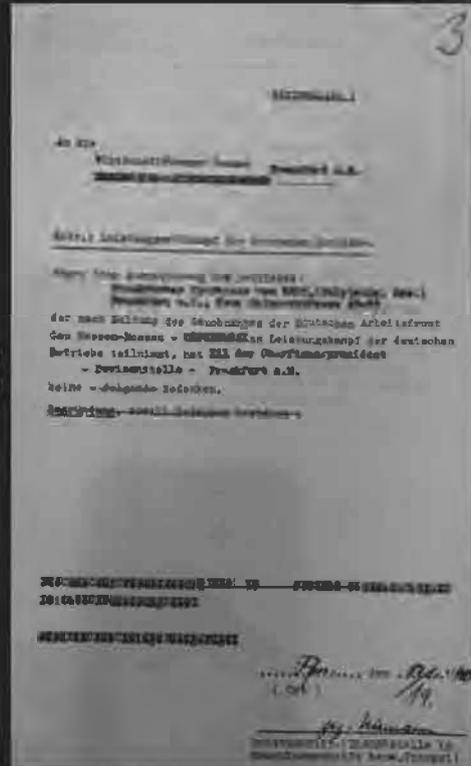
Die Ergebnisse aus der Zusammenfassung für den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse – Spende und Entlassungen jüdischer Mitarbeiter

- „Die Frankfurter Sparkasse hat sich den Wünschen des Regimes gefügt und bereitwillig dem Wunsch nach einer umfassenden Arierisierung des Instituts zugestimmt. Das ist für sich keine Besonderheit, sondern betraf viele Unternehmen Die Sparkasse aber hat darüber hinaus die Nähe zur Macht gesucht und **gesetzeswidrig der Gauleitung ein Viertel ihres Jahresgewinns (100.000 RM)** zur persönlichen Nutzung gewährt und zwar gegen den Widerstand des Eigentümers der Polytechnischen Gesellschaft, ausführlich dargestellt in der Studie zur Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft von 2016.
- Sie hat nachweislich jüdische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verfolgt (Arierierungsbeschluss) und in einem Fall dokumentiert die Verfolgung aktiv betrieben, was mittelbar zum Tode des **Defensivführers**



Die Ergebnisse aus der Zusammenfassung für den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse – die erfolgreiche Bewerbung um den Titel Nationalsozialistischer Musterbetrieb

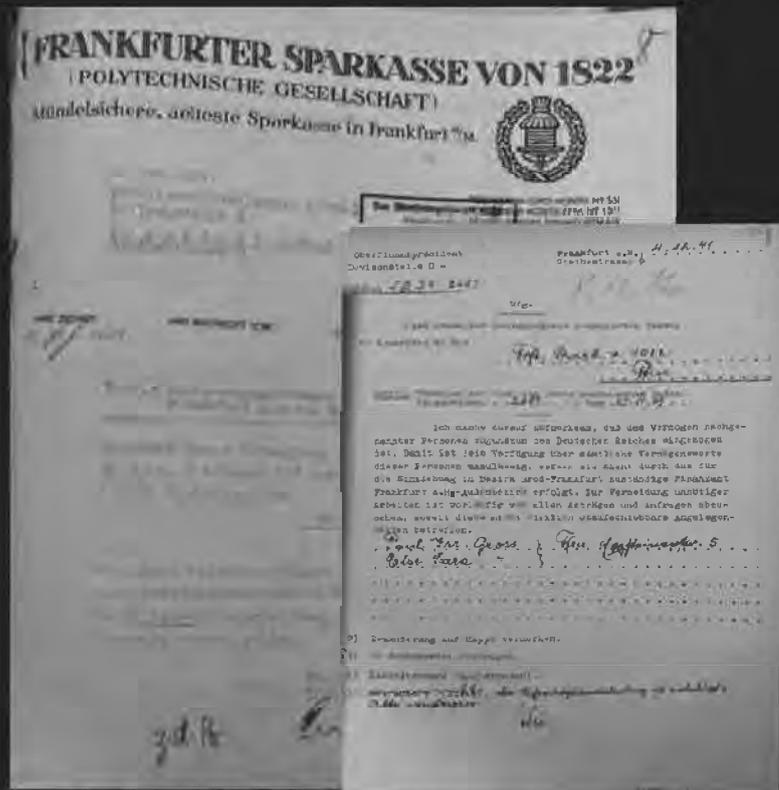
„Über das Maß der üblichen Einbindung in das Regime hinaus geht auch die Bewerbung um eine Auszeichnung als NS-Musterbetrieb, zu der die zuständige Stelle explizit das Votum der Devisenstelle in Kassel einholte. Danach durfte die Frankfurter Sparkasse ihre Schriftstücke mit einem goldenen Hakenkreuz verziern. Diese Auszeichnung ging explizit auf Kosten der Juden und anderer Nichtarier.“



Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse, Dr. Ingo Wiedemeier, vom 6. Dezember 2021
 NS Musterbetrieb: Hessisches Hauptstaatsarchiv, Abt. 519/3, Nr. 23.700, und Institut für Stadtgeschichte, Depositum der Polytechnischen Gesellschaft, W/24, Nr. 409

Die Ergebnisse aus der Zusammenfassung für den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse – die Enteignung im Zuge der Deportation

„Die Frankfurter Sparkasse (und Stadtparkasse Frankfurt, RR) hat sich als Institut an der Repression gegenüber ihren jüdischen Sparern beteiligt (ausführendes Organ der Devisenstelle in Kassel). Sie hat sich als Institut an der Enteignung der jüdischen Sparer, die in die Vernichtungslager nach Osteuropa deportiert wurden, beteiligt (nach nur stichpunktartiger Sichtung exemplarisch dokumentiert in einem Dutzend von Einzelfällen).“



Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse, Dr. Ingo Wiedemeier, vom 6. Dezember 2021
 Quelle: Einzelfallakte Johanna Sommer, HHStAWi Abt. 519-3, 31246, und Einzelfallakte zu Paul und Elisa Gross, HHSIAWi Abt. 519-3, 1724

Die Ergebnisse aus der Zusammenfassung für den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse – vorgetäuschte

Wiedergutmachung

„Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Sparkasse seit Jahrzehnten einer professionellen Aufarbeitung ihrer Geschichte verweigert und stattdessen in mindestens zwei Fällen nicht haltbare Positionen der Öffentlichkeit präsentiert hat:

Die angebliche Wiedergutmachung an Dingen, die früher schlecht gelaufen seien (Emil Emge 1962), mit einem expressionistischen Gemälde, das aus den Frankfurter Kunstinstituten geraubt worden war. Diese vorgebliche Wiedergutmachung in Form einer Kunstrestitutions und das Verschweigen der eigentlichen Opfer bedürfen dringend der Aufklärung.“

Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse, Dr. Ingo Wiedemeier, vom 6. Dezember 2021
Henri Matisse, Blumen und Keramik (1913). <https://sammlung.staedelmuseum.de/de/werk/blumen-und-keramik>



Die Ergebnisse aus der Zusammenfassung für den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse – vorgetäuschte Geschichtsaufarbeitung

„Nicht weniger defizitär in der Aufklärung ist die voluminöse Studie von Friedrich Lauf von 1984, in der der Autor die Sparkasse als Opfer des Regimes stilisiert, keine einzige Zeile den Opfern der Sparkasse widmet und das Institut nicht als Mittäter identifiziert. Auch dies muss in eine umfassende Aufklärung einbezogen werden.“

Zwei Ratschläge in einem Gespräch Ende Juli 2021

Darüber mit dem Vorstandsvorsitzenden am 25. Juli 2021 gesprochen und nach Vorlage der Quellen geraten: 1. offen damit umzugehen und die Befunde von unabhängigen Historikern untersuchen lassen. 2. auf die Jüdische Gemeinde Frankfurt zuzugehen.



Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse, Dr. Ingo Wiedemeier, vom 6. Dezember 2021

Die Intervention des Vorstandes der Sparkasse Mitte November 2021

Fertigstellung des Manuskripts der Festschrift bis Ende August 2021

Anfang September haben es die Leitung des IBF und ich einvernehmlich an die Vorstandsabteilung der Frankfurter Sparkasse geschickt.

Statt der Druckfreigabe kam Mitte November der Einspruch:

„Was befremdet, ist die mehrfache Wiederholung der anklageartigen Feststellung von Versäumnissen (in der bisherigen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit) in einem Buch, dem doch gerade an einer fundierten Darstellung der eigenen Geschichte gelegen ist. Kritisiert wird auch, dass Wertungen zum Teil auf Mutmaßungen aufsetzen (die Mutmaßungen an sich sind, soweit diese plausibel sind, vermutlich akzeptabel) und dadurch Interpretation als Tatsache erscheint. Eine sachliche Darstellung der nach jetzigem Stand bekannten Fakten, versehen mit einem Hinweis darauf, welche Quellengruppen von Nöten wären, um Details aufzuklären (aber offenbar nicht vorhanden sind), wären für die Sparkasse unserem Eindruck nach vertretbar, nicht jedoch die wiederholten, wertenden Passagen, die ohne Einordnung in ein Gesamtbild (Verhalten der Branche insgesamt, Handlungsspielräume usw.) erfolgen. Auch hält man an der ein oder anderen Stelle Wertungen für ahistorisch. So erscheint der Vorwurf der verpaten Chance an die Chronik von Lauf überzogen (in dem Sinne, sie habe das Thema 'Drittes Reich' nicht 'angemessen' thematisiert. Gemessen an dem, was zeittypisch war, ist die Chronik in der Ausführlichkeit, in der sie auf diesen Zeitraum eingeht, durchaus fortschrittlich, auch wenn sie manches schuldig bleibt.)“

Die Nichtaufarbeitung der Verbrechen der Sparkasse in den letzten 70 Jahren sei nicht schlimm, der Historiker dürfe nicht werten und Quellen seien nicht vorhanden

Protokoll der Geschäftsführerin des IBF zum Gespräch zwischen der Vorstandsabteilung der Sparkasse und dem Vorstand des IBF vom 13. November 2021

Die Intervention wurde später bestritten

„Wir stellen inhaltlich auch nichts infrage – wir sind keine Historiker, wir sind Banker.“ 31. März 2022

„...inhaltlich hätten wir das, was der Historiker geschrieben hat, genauso akzeptiert.“ 24. Juni 2022

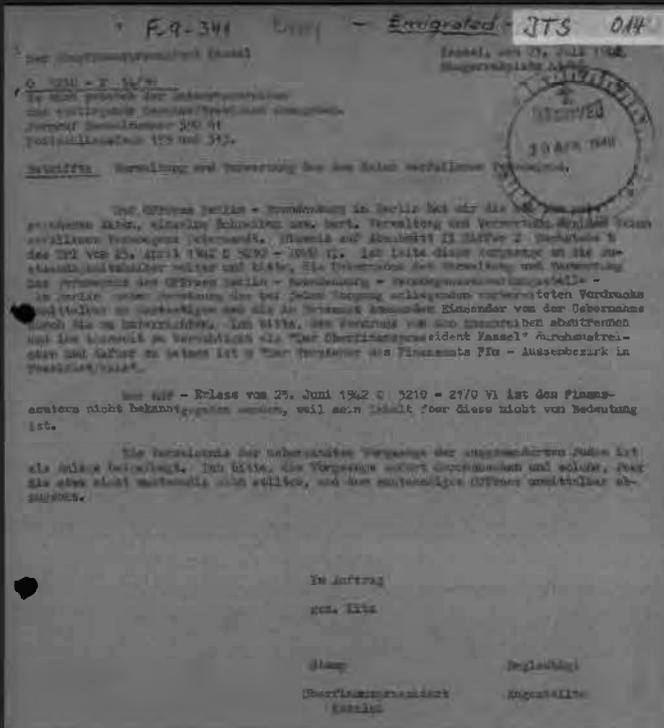
den. Das ist etwas unglücklich gelaufen. Aber inhaltlich hätten wir das, was der Historiker geschrieben hat, genauso akzeptiert. Nur hatten wir eben den Wunsch, diese Zeit noch etwas intensiver anzuschauen,



Dass es zum Konflikt kam, liegt in erster Linie an der Intervention des Vorstandes der Frankfurter Sparkasse im November 2021

Ingo Wiedemeier, Vorstandschef der Frankfurter Sparkasse, in einem Interview mit Christoph Manus und Thomas Stillbauer, Frankfurter Sparkasse-Chef: „Wir stellen uns der Geschichte“, einem Interview mit der Frankfurter Rundschau v. 31. März 2022, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurter-sparkasse-chef-wir-stellen-uns-der-geschichte-81448908.html>, und „Filialen sind extrem wichtig“, Frankfurter Allgemeine Zeitung 24. Juni 2022

Neue Quellenfunde im Januar 2022



No.	Name	Vorname	Geburtsort	Strasse
199.	Verhulst	Alexander	6.5.1875	Erststr. 1
200.	Türk	Martha Isola	19.2.1885	Waldstr. 40
201.	Bauer	Edward	14.6.1884	Friedbergwäldstr. 21
102.	Zoser	Paul Theodor Wilhelm	21.2.1885	Kornstr. 5
203.	Yassiel	Yassiel Jakob	7.7.1885	Waldgasse 41
204.	Seckel geb. Friedländer	Gertrud		Baumstr. 18
205.	Zoevithal geb. Hermann	Hermann	27.9.1870	Bücherbinder Anlage 22
206.	Türk	Bertha	26.9.1886	Waldstr. 40
207.	Kribs	Karl	12.1.1883	Sevignystr. 25
208.	Friedmann	Milca	6.1.1876	Kornstr. 5
190.	Klimmfeld	Gerhard Max	8.3.1906	Baumstr. 18
190.	Eloch	Herst	17.6.1881	Waldgasse 30
211.	Finner	Erna	21.1.1890	Bödenheimerlandstr. 72
212.	Gahn	Harlow Max	20.7.1907	Bödenstr.
213.	Woll	Leak	2.4.1899	
214.	Wolfgang	Herman	1.4.1886	300Waldstr. 22
215.	Wolf	Julius	25.6.1886	Offenbacherlandstr. 295
216.	Verhulst	Leak	31.7.1859	Luchstr. 4
217.	Verhulst geb. Friedländer	Friederike	15.4.1888	In Fritz 13
218.	Kalstein	Sally	16.8.1878	Bödenstr. 62
219.	Wolf	Willy	3.10.1891	Gartenstr. 18
220.	Sprengel	Mathilde	22.11.1881	Waldstr. 20
221.	Bismann geb. Passberg	Reia	20.9.1899	Rueckstr. 45
222.	Ebert	Erwig	26.7.1867	Gauststr. 73a
223.	Adler	Max	22.7.1900	
224.	Adler geb. Jochana	Jochana	6.8.1879	Baumstr. 48
225.	Gottstein	Martin	29.9.1882	Marlstr. 17
226.	Schulz	Digna	12.2.1902	Sevignystr. 47
227.	Neumann	Edith	12.1.1908	Horst Waldstr.
228.	Thurnau geb. Strauss	Theresa	5.1.1888	Gasse - str. 16
229.	Kleber	Martin	26.4.1908	Elisabethstr. 51
230.	Stilling	Paula	28.1.1875	Feldstr. 4
231.	Bergmann	Gert	19.11.1874	Pfaffenbergr. 17a
232.	Schwarz	Julius	17.9.1872	Sackweg 8
233.	Wenzel	Arthur	16.10.1898	Mühlstr. 1
234.	Wenzel	David	14.7.1871	Sevignystr. 2a
235.	Wenzel	Richard	12.5.1873	Kornstr. 116
236.	Wenzel	Johanna	10.12.1880	Kornstr. 25
237.	Wenzel	Dora		Parkstr. 55
238.	Adler geb. Adler	Fanny	6.5.1859	Kornstr. 17
239.	Ameringer	Max	25.10.1864	Schumannstr. 47
240.	Wenzel Dr.	Priska	20.8.1900	
241.	Wenzel	Darwin Leo	30.7.1884	Schumannstr. 10
242.	Wenzel	Johanna	22.7.1902	Baumstr. 3
243.	Wenzel geb. Wenzel	Paula	6.3.1881	Alt Kornstr. 10
244.	Wenzel	Carl	8.5.1874	Hausstr. 9
245.	Wenzel	Edith	28.10.1899	Kornstr. 39
246.	Wenzel	Leak	5.9.1884	Sackweg 28
247.	Wenzel	Wenzel	21.7.1888	Waldstr. 11

Arolsen Archives

Statt Auseinandersetzung Trennung per Pressemitteilung

14. März 2022

5. MÄRZ 2022 · NR. 62 · SEITE 35

Fraspa-Autor wird ersetzt

Kritik an Manuskript über Zeit nach 1933

FRANKFURT Mit der Geschichte der Frankfurter Sparkasse im Nationalsozialismus soll sich ein weiterer Historiker befassen. Das Kreditinstitut hatte aus Anlass seines 200-Jahre-Jubiläums in diesem Jahr das Institut für Bank- und Finanzgeschichte mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner Vergangenheit beauftragt, womit dieses wiederum für die Jahre bis 1970 Ralf Roth betraut hatte, der Professor an der Goethe-Universität ist. Nach der Vorlage des Manuskripts hatte es über die Frage, wie die Jahre nach 1933 darzustellen seien, einen Streit gegeben; daraufhin hatte das Institut drei Historiker gebeten, den Text Roths zu beurteilen. Diese kamen, wie das Institut am Montag mitteilte, zu dem Ergebnis, dass das Manuskript erhebliche fachliche Mängel aufweise. Es sei handwerklich unzureichend. So sei der Forschungsstand nicht genügend berücksichtigt worden, es mangle an der Fundierung durch in öffentlichen Archiven verfügbare Quellen, und es fehle zentrale Aspekte.

Stattdessen will das Institut die Aufarbeitung des Zeitraums vom Ersten Weltkrieg bis zum Wirtschaftswunder neuerlich an andere Historiker vergeben. Den Abschnitt von 1933 bis 1945 wird der Bochumer Wirtschaftshistoriker Dieter Ziegler übernehmen, der schon an einer mehrbändigen Studie über die Dresdner Bank in jener Zeit beteiligt war. Er zählte zu den drei Gutachtern des Manuskripts von Roth. Vom Institut hieß es am Montag weiter, man weise den Vorwurf zurück, die Kritik am Manuskript entspringe der Absicht, etwas über die Vergangenheit der Sparkasse vertuschen wollen.

Roth wollte sich am Montag nicht äußern, ihm seien die Gutachten noch nicht zugegangen, sagte er. Auch von der Frankfurter Sparkasse gab es keine über die Nachricht hinausgehende Stellungnahme. Der Historiker Ralf Roth hatte sich mehrfach in Studien mit der Frankfurter Stadtgeschichte befasst. mak.



Die Fortsetzung des Streits in der Öffentlichkeit

Unter Räuubern

Frankfurt am Main: Die Sparkasse 1822, ein Wahrzeichen der Stadt, steht im Zentrum des Streits um die Rolle der Bank in der NS-Zeit.

Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Sparkasse 1822
 Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

tachles

Das tägliche Wochenmagazin
 FRANKFURT AM MAIN, 21.03.2022

Aufarbeitung oder Rolle rückwärts?



Ein Konflikt um die Fortschrittübersicht des IIG, Geburtsort der Sparkasse Frankfurt: dem Historiker wird gekündigt, nachdem er die Rolle der Bank in der NS-Zeit angesprochen hat.

Ein Konflikt um die Fortschrittübersicht des IIG, Geburtsort der Sparkasse Frankfurt: dem Historiker wird gekündigt, nachdem er die Rolle der Bank in der NS-Zeit angesprochen hat. Der Historiker, der die Rolle der Sparkasse in der NS-Zeit kritisiert hat, wurde von der Sparkasse entlassen. Dies hat zu erheblichen Diskussionen über die Aufarbeitung der NS-Zeit in der Sparkasse geführt.

Renate Hoyer

21.03.2022 19:05

Bankgeschäft

Frankfurt: „Eine Märchenerzählung seit den 1950er Jahren“



„Es geht um Verantwortung“

Bank für Justiz spricht Historiker für 1922 Historiker

Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.



Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Historiker kritisiert

Bank, als sei 1938 vom Hausmacht der Sparkasse in der NS-Zeit die Scham und zahlte das Geld auf für diese abzu- wurde, „eifrig“.



Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Die Sparkasse 1822 ist ein Wahrzeichen der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde im Jahr 1822 gegründet und ist die älteste Sparkasse in Deutschland. In der NS-Zeit wurde sie von den Nationalsozialisten als Instrument zur Verfolgung der Juden eingesetzt. Die Sparkasse wurde gezwungen, die Vermögenswerte der Juden zu beschlagnahmen und in den Reichsfluchtsteuerfonds zu investieren. Dies war ein wichtiger Schritt zur Enteignung der Juden in Deutschland.

Die Gründe der Trennung: haltlose Vorwürfe statt akademischer Begutachtung

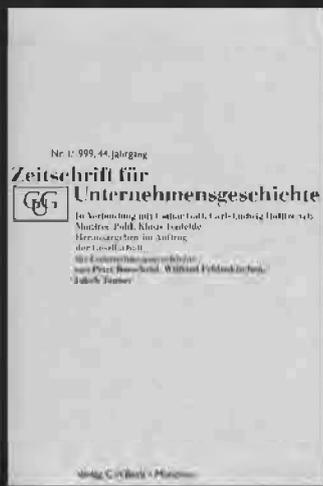
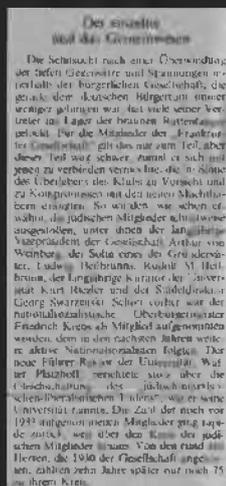
- Das Ms sei „vorurteilsbehaftet und fehlerhaft“, etwa, weil Auswanderersperkkonten nicht nur das Geld jüdischer, sondern auch arischer Auswanderer enthalten hätten.“ Dieter Lindenlaub (Emeritus Goethe-Universität Frankfurt, Ehem. Leiter des Geldmuseums der Deutschen Bank)
- „Ich habe dem IBF daher dringend geraten, ein Manuskript, das den Begriff der Anisierung so stark überdehnt/verwässert, auf keinen Fall zu veröffentlichen oder zur Veröffentlichung zu empfehlen.“ Mark Sporer (Universität Regensburg)
- „Auch die übergreifende Literatur zum politischen System des Nationalsozialismus – von Karl Dietrich Bracher über Klaus Hildebrand und Michael Grüntner bis zu Norbert Frei – fehlt, was ebenfalls ein Hinweis darauf ist, dass der Verfasser mit den Strukturen und Mechanismen des NS-Maßnahmenstaats mit seinen Bereicherungsstrategien für die Aufrüstung nicht genügend vertraut ist.“ Joachim Scholtz (Universität Bonn)
- „Der Autor macht sich bei seiner Darstellung der Beteiligung der Frankfurter Sparkasse an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden, etwa den beschränkt verfügbaren Sicherungskonten oder der Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden bei der Reichsfluchtsteuer oder der „Judenvermögensabgabe“, nicht die Mühe zu ergründen, welchen Handlungsspielraum die Sparkassenteilung gehabt hätte, wenn sie das Unrecht als Unrecht erkannt hätte (was zwar unwahrscheinlich ist, aber unbedingt thematisiert gehört).“
- Dass er dessen Manuskript für «nicht veröffentlichungsfähig» hält, begründet er aber in erster Linie mit technischen und fachlichen Mängeln. «Von bankspezifischen Dingen hat Roth keine Ahnung.“ Dieter Ziegler (Ruhr-Universität Bochum)
- „Die Kritik am Kapitel zum Zeitraum 1933 bis 1945, aus der im Folgenden in erster Linie Aussagen zu den prinzipiellen Problemen zitiert werden, gilt insbesondere der unzulänglichen Berücksichtigung bzw. Einordnung in den Forschungsstand und der mangelnden Fundierung durch in öffentlichen Archiven verfügbare Quellen, die in zumutbarem Rechercheaufwand hätten einbezogen werden können.“ Bernd Rudolph em. Wirtschaftswissenschaftler der Exzellenzuniversität München und ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Bayerischen Landesbank



II. Teil

Die Erneuerung der Unternehmensgeschichte seit 1997

- Vorgeschichte: Die Frankfurter Gesellschaft und ihr Jubiläum 1995
- Neuausrichtung der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte und der 1976 gegründeten Gesellschaft für Unternehmensgeschichte
- Tagung „Unternehmen im NS“ im IG Farbenhaus 1997



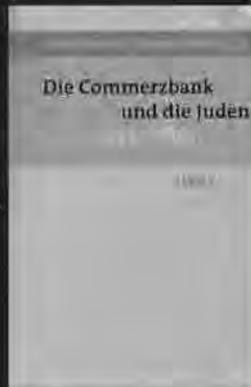
Lothar Gall, Frankfurt eine Polis der Moderne. Über bürgerliche Gesellschaften. Aus Anlass eines beispielhaften Jubiläums, in: FAZ 16. Februar 1995

Die Erneuerung der Unternehmensgeschichte 1. Etappe: Bedeutung der Studien zu Bankunternehmen in der Zeit des NS 2000-2004

Offene Thematisierung der Beteiligung an den Verbrechen des NS-Staats. Die Arisierung von jüdischen Unternehmen und Kunden. Die Aufdeckung des Systems der Devisenkontrolle und seine Rolle bei dem Raub der jüdischen Kontenvermögen und Sparbucheinlagen

Die Deutsche Bank 1870-1995

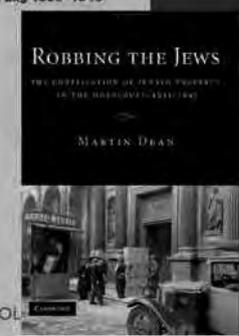
Lothar Gall, Harold James, Ludolf Herbst, Hans-Joachim Lauth



- Lothar Gall et al., Die Deutsche Bank 1870-1995. Beck 1995, Banken und nichtarische Unternehmen, 344ff. „Mit ihrer Beteiligung an der „Arisierung“ lud die Bank eine schwere moralische Schuld auf sich.“ 351
- Harold James, Die Deutsche Bank und die Arisierung. Beck 2001, Kapitel Jüdische Bankkonten, 195-203
- Harold James, Die Deutsche Bank im Dritten Reich. Beck 2003, Kapitel Jüdische Bankkonten, 196-205
- Ludolf Herbst, Die Commerzbank und die Juden 1933-1945. Beck 2004, darin: Hannah Ahlheim, Die Commerzbank und die Einziehung jüdischen Vermögens, 138-172.

Die Erneuerung der Unternehmensgeschichte 1. Etappe: Die Diskussion um den Raub an den Juden und die Rolle der Finanzämter – Legalisierter Raub 2000 bis 2009

Intensive Beschäftigung mit der Vermögensenteignung der Juden und hier insbesondere die Rolle der Devisenstellen der Finanzämter in Kooperation mit den Banken



Susanne Meinel und Jutta Zwilling zum Handlungsspielraum der Banken bei der Kooperation mit dem Staat 2002

Fluchtsteuer oder ausstehenden Steuerschulden, belohnend.
 Das Handeln der Banken beruhte durchaus nicht nur auf wirtschaftlichem Kalkül, sondern auch aus politischem: Spätestens seit 1933 saßen in den Chefetagen gerade der kommunalen Banken und Sparkassen regionale Parteigrößen; manche Bank wie beispielsweise die »Frankfurter Sparkasse von 1822« war ein mit goldenem Emblem beworbener »Nationalsozialistischer Musterbetrieb«, in dessen Vorstand der Gauwirtschaftsbeisitzer Eckardt zu finden war.⁴⁷ Ein guter Kontakt der Banken und im Falle der Großbanken der jeweiligen Filialleitungen zu den NS-Parteifunktionären war im Wertlauf um die profitabelsten Ariansierungsobjekte unerlässlich.
 kop bis zu dreifachen Gewinn:

Doch besaßen die Banken durchaus Handlungsoptionen, die sich bei entsprechender Bereitschaft auch zugunsten der Juden, vor allem der Emigranten oder der Erben im nicht-nationalsozialistischen Ausland, hätten auswirken können. So war vor der Einführung der Zwangsnamen »Sara« und »Israel« 1939 nicht ersichtlich, ob es sich um ein »jüdisches Konto« handelte, zumal bei Guthaben und Wertpapiereinlagen, deren Besitzer oder Erbherrschte seit längerer Zeit im Ausland lebten.

Streichung des Hinweises auf Meinel und Zwilling im Ms. 2021

⁴⁴Zum System der Devisenkontrolle und der Rolle der Oberfinanzdirektion mit ihrer Devisenstelle vgl. Susanne Meinel und Jutta Zwilling: Legalisierter Raub – Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen – Frankfurt am Main und New York 2004.

Dieter Ziegler 2022

«Die Banken hatten keinen Handlungsspielraum», so Ziegler im Gespräch mit tacheles. «Sie handelten auf Anweisung und verdienten nichts an Sperrkonten. Das einzige, was sie interessierte, war Rechtssicherheit, um nicht regresspflichtig zu werden.»

Meinel und Zwilling, Legalisierter Raub, 61f. Tobias Müller, Aufarbeitung oder Rolle rückwärts, in: tacheles 24, Juni 2022.

Die Erneuerung der Unternehmensgeschichte. 2. Etappe :

Empirische Ausweitung und viele Fallbeispiele ... Dieter Ziegler

- Trotz eines riesigen Aufwandes wurden die Möglichkeiten der Quellenrecherche nicht ausgeschöpft – Konzentration auf die Akten der Wiedergutmachungsämter
- Keine systematische Erschließung der Quellen zur Dimension des Raubs über die Akten der Devisenstellen
- Merkwürdige Abstinenz zu der sich damals entfaltenden Forschung über das Raubsystem an den Juden. Keine Literatur dazu



... aber Vermeidung der wichtigsten Quellengattung über die damals intensiv diskutiert wurde

Klaus Dietmer Henke, Die Dresdner Bank im Dritten Reich, 4 Bde. Oldenbourg 2006
Bd. 2; Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden. Oldenbourg 2006

Die Dresdner Bank und die deutschen Juden

unter Mitarbeit von
Maren Janetzko, Ingo Köhler
und Jörg Osterloh

„Der gesamte Abschnitt X des zweiten Bandes setzt sich mit der Beteiligung der Dresdner Bank an den verschiedenen Spielarten der Konfiskation privater Vermögen auseinander. Diese große Bandbreite der Maßnahmen, die ja schon seit der Machterlangung eingesetzt, galt es wissenschaftlich auszuloten und möglichst detailliert darzustellen. Da geht es thematisch den Bogen von der Reichsfluchtsteuer bis zur sog. Silberabgabe und den weiteren (staatlich initiierten) Bereubungsmaßnahmen zu spannen, bei deren Schnittstellen die Dresdner Bank mit NS-Behörden agierte. Bei der Liste, die Sie für S. 391 erwähnen, handelt es sich um ein Gesamtverzeichnis der Berliner Depositenkassens des "Vermögensverfalls" nach der 11. VO, d.h. der an die Finanzverwaltung weitergegebenen Werte, die 1941 noch auf der Konten lagen. Wie sie in der Quellenangabe sehen, sind zur Analyse und Gegenvergleich auch die Restitutionsakten ausführlich herangezogen worden. Daneben konnten wir ähnliche Listen für Leipzig und part. off. Augsburg recherchieren. In den gesamten vier Bänden finden Sie zudem eine wirkliche Vielzahl von Fallbeispielen jüdischer Verfolgter, deren Bereubung detailliert analysiert wurden. Hierzu haben wir in jahrelanger Arbeit aufwändig sämtliche Akten aus der Unternehmensebene, der Finanzverwaltung, den NS-Behörden sowie der sog. Wiedergutmachungsunterlagen zusammengetragen.“ Ingo Köhler, Historisches Wirtschaft Archiv und Mitverfasser der Studie in einer E-Mail an den Autor 2. Juli 2022

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Neben diesen augenscheinlichen Geschäftserfolg der Kreis-Sparkasse bis 1939 dürften aber auch dunklere Seiten ihrer Geschichte in dieser Zeit nicht verschwiegen werden. Hierzu zählt z.B. die Tatsache, daß die Kreis-Sparkasse sich dazu lustig machte, bei der Einziehung von jüdischen Konten mitzuwirken. Mit einem Rundschreiben des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbands vom 12. August 1943 wurde den Verbands-Sparkassen mitgeteilt, daß das Vermögen derjenigen Juden, die ab dem 9. Juli 1943 starben, aufgrund der nachstehenden Verfügung dem Reich verfällt, wenn es nicht schon vorher zum Beispiel wegen Auswanderung ... oder wegen Abschiebung innerhalb des Reichs gelichtet ... dem Reich gehört ...? Abgesehen von der zynisch-kabalen Sprache dieser Verfügung bedeutete dies, daß die Konten von verstorbene[n] oder verschollene[n] Juden bei den Sparkassen eingezogen und die auf ihnen ruhenden Vermögenswerte auf Konten bei Finanzämtern oder reichsgeheime[n] Kreditinstitute[n] transferiert wurden – vielfach auf Konten der Seehandlung (unter diesem Namen firmierte im Schriftverkehr zwischen Institutionen der Reichsregierung und den Sparkassen immer noch die Preussische Staatsbank) im Archivmaterial der Kreis-Sparkasse Bielefeld lassen sich verschiedene Listen von jüdischen Kunden finden, mit denen Konten so verfahren wurde. Eine Liste nennt die Namen von 28 Juden, die bei der Kreis-Sparkasse Sparkonten, Scheckkonten und Wertpapierdepots unterhielten, die verschollene waren und deren Guthaben und Effekten transferiert wurden. In anderen Aufstellungen wurden die Namen von 13 jüdischen Inhabern von Devisenkonten genannt, deren Guthaben an die Oberfinanzkasse in Münster oder das Finanzamt Aachen überwiesen worden sind. Eine zweite Liste dieser Art umfaßt 11, eine dritte 21 Namen. In einer anderen Aufstellung sind die Namen von 13 Wertpapierinhabern enthalten. Zu konzedieren ist, daß die Kreis-Sparkasse bei diesen Transfers unter dem Druck der politischen Machthaber stand. Gleichwohl hat sich das Institut an diesen wenn auch formalrechtlich legalen, doch moralisch zu verwerfenden Überweisungen beteiligt, wodurch es auch direkt in Unrecht gegenüber seinen jüdischen Kunden verwickelt wurde. Sie dürfte jedoch

... gilt auch für Zieglers Schüler, Harald Wixforth, Auch er vermied es, Akten der Devisenstelle Münster zu benutzen, sondern vertraute allein der spärlichen Überlieferung der Sparkasse Bielefeld

Harald Wixforth

BIELEFELD UND SEINE SPARKASSEN

nicht die einzige Sparkasse aus Bielefeld gewesen sein, die solchermaßen handelte, nur lassen sich bisher für die Stadt-Sparkasse und die Sparkasse in Brackwede keine derartigen Belege finden. Dieser Sachverhalt zeigt die ambivalente Rolle der Sparkassen im Nationalsozialismus. Einerseits ließen sie sich für die Zwecke der nationalsozialistischen Macht- und Rassenpolitik nutzen, andererseits durchliefen sie eine Phase ausgesprochen erfolgreicher Geschäftspolitik.

Harald Wixforth
Deutscher Sparkassen- und Giroverband
5/364, Brief des
Britische Zone
Konteninhaber

Die Erneuerung der Unternehmensgeschichte. 3. Etappe : Die Rückkehr der Affirmation in der Unternehmensgeschichte



Johannes Häußler: Die Geschichte der Bayern LB (Piper 2009)

Beauftragung: Bernd Rudolph (LMU München) und Aufsichtsratsmitglied der Bayern LB, Durchführung: Mitglied des Lehrstuhls Werner Plumpe (Goethe-Universität)

Lotte Hagelböling (Hr. V. Vom Leyhaus zur Sparkasse: Appelmannverlag 2016)

Durchführung: z. B. Harald Wixforth Lehrstuhl Ziegler, Begutachtung: Joachim Scholtyseck (Universität Bonn), Dieter Ziegler (Ruhruniversität Bochum), Dieter Lindenlaub (Goethe Universität Frankfurt), Mark Spoerer (Universität Regensburg)

Stephan Paul, Friederike Sattler, Dieter Ziegler: 150 Jahre Commerzbank (Siedler 2020)

Durchführung: Dieter Ziegler (Ruhruniversität Bochum), Mitglied des Lehrstuhls Werner Plumpe (Goethe-Universität)

Joachim Scholtyseck: Die Nationalbank (Beck 2021)

Durchführung: Scholtyseck Universität Bonn

... Trotz aufwendiger und kostenintensiver Forschung und einer ganzen Schar von Schülern, die wichtige Positionen im Forschungsbereich Unternehmen besetzen, blieben umfassende Forschungsdefizite.

Beteiligte Lehrstühle der letzten 20 Jahre: Karl Dietmar Henke (Universität Dresden), Dieter Ziegler (Ruhruniversität Bochum), Werner Plumpe (Goethe Universität Frankfurt), Joachim Scholtyseck (Universität Bonn)

Allen Studien nach 2005 ist gemeinsam:

- Das System wird gar nicht oder wieder - wie um 2000 - nur abstrakt beschrieben.
- Die Akten der Devisenstellen werden nicht benutzt.
- Es gibt keine Referenz zur immer umfangreicher werdenden Literatur über den Raub an den Juden.
- Es gibt nach 20 Jahren keinen Fortschritt in Bezug auf die Dimension der Verbrechen und keine vertiefende Betrachtung der verschiedenen Facetten der Repression

Dabei wäre dies leicht möglich, wenn die Primärüberlieferung endlich in die Forschungen einbezogen werden würden

III. Teil

Warum sind die Akten der Devisenstellen der Finanzämter von so zentraler Bedeutung?

Dresdener Bank Filiale München,
Konto 71254 Mk 89.549,15
Guthaben 2.310,25
Sparbuch 1,49

Mk 91.860,89

Dokument der Devisenstelle München zur Enteignung von David Bachmann. Heute: Arolsen Archives

Kategorie III. Form. 6
Gemeinde Amstergerecht München
Anzahl der Angehörigen 175 367
Todesstag 21. 8. 42
Name David
Geburtsort Prissen, Böh. A.
Geburtsdatum 13. 11. 06
Nationalität Deutschland-Linde
Geburtsort Kronach.
Nationalität Deutsches Reich
Geburtsdatum 1906

Der Rickind besitzt nach Mitteilung des Nachbarnfliegers aus: Bestand an Todestage
Wespaubank, Filiale München, Konto 71254 Mk 89.549,15
Athalen 2.310,25
Sparbuch 1,49

Mk 91.860,89
Nachlassverwalter
Kwilen 15.717,00
Nachlass an Mk 76.143,33
sowie der in der Anlage ersichtliche Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände.

VI 1634/42.
INVENTAR-NUMMER 1007
1. 8. 1957

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter - Gesamtbild

Die Devisenstellen der Finanzämter bildeten ab 1933 und bis 1943 neben der Anwendung von Gewalt und der Beugung des Rechts das zentrale Repressionsinstrument, um alle Missliebigen – politisch Verfolgte, Nichtarier mit der größten Gruppe der Juden – in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz zu Treffen. Die Akten spiegeln den Alltag dieser Unterdrückung wie keine andere Quelle.

- Sie gewähren Einblick in die Etappen der Repression von anfangs einzelnen Enteignungen und Abschöpfungen bis hin zur nahezu vollständigen Beraubung aller Mitglieder Jüdischen Gemeinde im Zuge von Emigration und Deportation.
- Es lassen sich die beteiligten Geldinstitute genau ermitteln
- Es lässt sich ziemlich genau bestimmen, welches Mitglied der Gemeinde von welcher Bank beraubt wurde
- Es lässt sich die Summe der Enteignungen recht genau feststellen
- Es lassen sich die Demütigungen und Eigentumsverluste bei der Auswanderung nachvollziehen
- Es lassen sich die Demütigungen beschreiben, wenn die Besitzer auf ihr Geldvermögen oder Spareinlagen zuzugreifen versuchten.
- Ebenso die Demütigungen beim Verkauf von Besitz und der Raub des Verkaufserlös
- Die Verarmung zahlreicher Mitglieder Gemeinde wird deutlich sichtbar

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter zur Auswanderung

JÜDISCHES VERMÖGEN WIRD



Auflistung des gegenwärtigen Vermögens des Auswanderers und der mit ihm zusammengehörigen Personen (siehe Familie)

1. Bankguthaben, Postk. Heilbrunn	RM	455.60	Dreschner Hans, Zeil
2. Wertpapiere	RM		
3. Hypotheken	RM		
4. Aktienbesitz von Privatpersonen	RM		
5. Grundbesitz, Grundbesitzbesitzer, Pacht an Grundbesitzer (siehe Hypotheken)	RM		
6. Zinsleistungen	RM		
7. Einjährige Sparkassen	RM	500.-	Paul Bender, Bad Nauheim/Böckel
Gesamtwertung der Güter	RM	955.60	

abzüglich:
Schulden und sonstiger Verbindlichkeiten (siehe hierzu die Vermögensaufstellung des Auswanderers)

Reinvermögen: RM 1009.60

Über angeführte Forderung von RM 600.- ist als fällig einbringlich zu bewerten.

Frankfurt a.M. 4. April 1941

Handwritten notes and stamps, including a date stamp 'April 6, 1941' and a reference number 'HHSIAW 519/3, 26432'. The text includes 'Auftrag zur Abnahme' and 'Auftrag zur Abnahme'.

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter zur Einschränkung des Zugriffs auf die Vermögen - Sicherungsanordnungen

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Goethestrasse Nr. 9

FRANKFURTER SPARKASSE VON 1822
(POLYTECHNISCHE GESELLSCHAFT)

Mündelsichere, älteste Sparkasse in Frankfurt a.M.

Goethestr. 18

110 WPSM
M. Nr. 1511
GAJIMAN
LEHRGANG SAM ME Nr. 20251

24 ZWEGSTELLEN

FRANKFURT AM MAIN
NEUE MAINERSTRASSE 49-53

UNSERE ZEICHEN: 407-Me/Rd- TAG: 17. November 1941 IPR-NACHRICHT VON: 305/A/No. UNSERE ZEICHEN: 305/A/No. TAG: 16.8.1938

JS 34 - 844
Sicherungsanordnung gegen
Frau Helene Sara Heilbrunn,
Pfm., Kantstrasse Nr. 5, II
Sparkonto Nr. 7864 Zeil

Botr.: Sicherungsanordnung gemäß § 37a DevG.

Aus einer Mitteilung der Zollfinanzstelle Frankfurt a.M. haben wir uns bemerkt, daß die Sicherung der bei uns geführten Sparkonten

Nr. 69512 H/ Adolf ADLER & Frau Hilda geb. Schott, Frankfurt a.M., Wolfgangstraße 2 / Guthabenstand: RM 2.697.61 /

Nr. 58725 H/ Hilda ADLER geb. Schott, Frankfurt a.M. / Guthabenstand: RM 35.94 /

nach § 37a DevG. bevorsteht. Bis dahin ist es den Kontoinhabern gestattet, monatlich RM 200.- insgesamt den beiden Sparkonten zum Lebensunterhalt und für kleinere Ausgaben zu entnehmen.

Ihre Entscheidung bleiben wir noch erwartend.

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Adler, Adolf (1938) Eheleute Frankfurter Sparkasse Deutsche Effekten und Wechselbank, Nassauische Landesbank, Auswanderersperkonto p34 (1938) HHSIAW, 519/3, 02

11/44

52361/38

Ad A

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter zur Einschränkung des Zugriffs auf die Vermögen - Verkäufe

Ackermann, Bella (1939) geb. Cahn, Grundstücksverkauf April 39, SAO Konto Deutsche Bank, SAO Dez 40, Genehmigung Abhebungen April 41 bis Mai 42 danach Dep Okt 42 HHSIAW, 519/3, 786

Adler, Adolf (Rosa) (1939) Grundstücksverkauf, Streil um Kaufvertrag Apr 39, Deutsche Bank, SAO Jan 41, Erledigung Dez 41 Deportation HHSIAW, 519/3, 800

Frankfurt a.M., den 22.6.1939
 Abbestellung
 Frankfurt a.M.
 Laut beiliegender Unterschriftsaufgabe wurden mir aus einem Hausverkauf für meinen Anteil RM 1.076,69 durch die Deutsche Bank Filiale Frankfurt (Main) Depositen-Konto Nr. 96, gutgeschrieben.
 Da ich mit meiner Familie (4 Personen) die Auswanderung betriebe, bitte ich mir zur Bestreitung der Kosten obigen Betrag freizugeben, da ich über andere Bar-mittel nicht verfüge.
 Hochachtungsvoll
 Rosa Maria Adler

Devisenstelle 8
 Frankfurt/Main
 Aus dem Verkauf meines Hauses in Mainz am 2 wurden auf mein Konto 1/11083 bei der Deutschen Bank Filiale Frankfurt a.M., RM 10.210,54 überwiesen. Ueber diesen Betrag kann nur mit Ihrer Genehmigung verfügt werden.
 Für meinen Lebensunterhalt einschließlich Kosten für Arzt und Diät infolge Zuckerkrankheit bitte ich ab 1. Juni 1939 um Freigabe von monatlich RM 500.--
 Frankfurt a.M., 27. Mai 1939
 Rosa Adler Rosa (Chkarsun)

Der Oberfinanzpräsident
 (Devisenstelle 8 Frankfurt a.M.)

18811 - E 597/39

Freu. 1.6.39

56347

1) Informieren an: Bella Rosa Ackermann
 für

Zeit 1939
 bei der Deutschen Bank, Frankfurt, können bis zum
 RM 500.- monatlich freigegeben

2) Wkt. 1/10/39

for.
 Ma

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter zum Anteil der Banken und Sparkassen

Sample 300 Einzelakten ca. 1 Prozent des Gesamtbestandes

Commerz- und Privatbank	4,30%	1.290 Fälle	13
Deutsche Bank - Filiale Frankfurt	18,00%	5.400 Fälle	54
Deutsche Effecten- und Wechselbank	8,70%	2.610 Fälle	26
Dresdner Bank - Filiale Frankfurt	11,30%	3.390 Fälle	34
Frankfurter Bank	8,00%	2.400 Fälle	24
Mitteldeutsche Kreditbank	1,66%	500 Fälle	5
Postscheck Frankfurt	2,00%	600 Fälle	6
Heute bei der Hessische Landesbank	15,00%	4.500 Fälle	45
Nassauische Landesbank	5,75%	1.725 Fälle	17
Frankfurter Sparkasse 1822	6,75%	2.025 Fälle	19
Stadtparkasse Frankfurt	3,00%	900 Fälle	9
Sonstige			30
Von den 300 Personen hatten 79% Konten bei Frankf. Geldinstituten			237

Die Akten der Devisenstellen der Finanzämter zur Enteignung bei den Deportationen

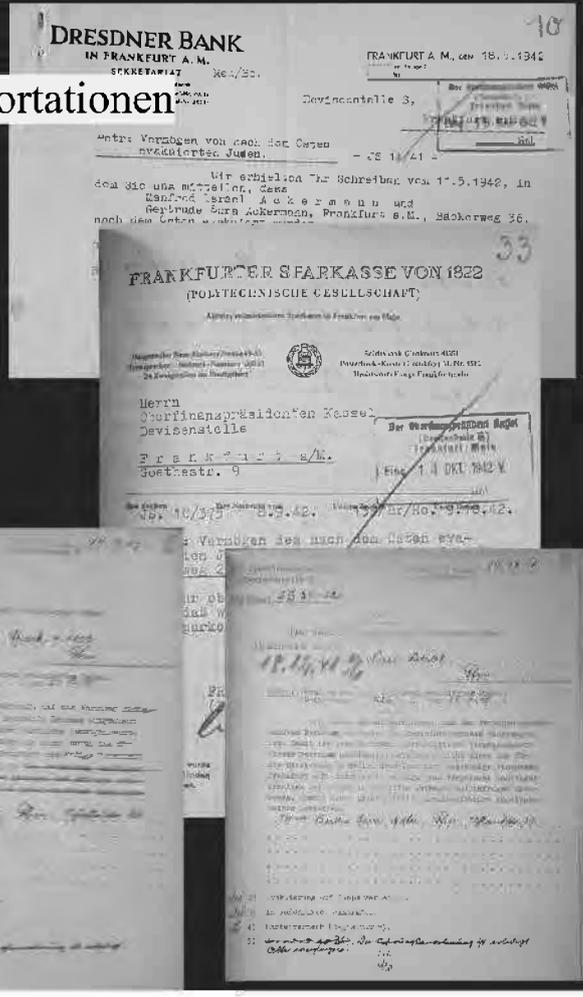
Ackermann, Manfred (1940) und Getrude geb. Kahn. JS Anordnung Jan 1941, SAO Jan 41, Dresdner Bank, Freibetrag 100 RM, Deportation Mai 42, Korresp Bank an Finanzamt bis Mai 43: „Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 21.4.43 überweisen wir das für den Juden Manfred Israel Ackermann Frankfurt am Main, Obermain-Anlage 29 bei uns noch bestehende Guthaben in Höhe von RM 159,- auf ihre Postscheck-Kto. Frankfurt a. M. HHStAW, 519/3, 29532

Abt, Rosa (1940) geb. Löwenthal. JS Anordnung April 1940, Recherche Wohnaufenthalt, schreiben Röschen Abt, dass Zahlungen nur noch auf Konto bei der Stadtparkasse Nov 1940, SAO Nov 1940 = 4355 RM, Umzugsmeldung Feb 1941, Meldung Stadtparkasse, Überweisung Guthaben 3.900 RM an Jüdische Kultusvereinigung Konto Deutsche Bank Sept 42, Deportation Okt 1942, zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Vermerk, 25. April 1962, Betr. Berechnung der Entschädigung für jüdische Ruhestandsbeamte... HHStAW, 519/3, 506

Adler, Bertha (1940) geb. Kallheim, JS Anordnung april 40, SAO Apr 40, Nassauische Landesbank, Schreiben an Devisenstelle über Rente Juli 41, Deportation Dez 41, HHStAW, 519/3, 487

Adler, Emanuel (1940). JS Anordnung Dez 1940, SAO Jan 41, Frankfurter Sparkasse 201 RM, Freibetrag 300 RM, Deportation Juli 42, „zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen“. HHStAW, 519/3, 703

Andorn, Israel (1938) Verkauf Grundbesitz, SAO März 39, Kreissparkasse Gmünden, Devisenstrafverfahren April 39, neue SAO Juni 39, Schreiben Andorn, sept 39, Genehmigung Auszahlung von freibetrag an Andorn sep: 39, Verlegung Wohnstz nach Frankfurt sept 39, Bitte um Freibetrag für Lebensunterhalt Nov 39, Genehmigung Jan 40, Aufhebung frühere SAO feb 40, neue SAO Okt 40, Antrag Übertrag auf Frankfurter Sparkasse Mai 41, Deportation sept 42, okt 42 Sparkasse meldet nicht Existenz eines Kontos, Irritation Nov 42, HHStAW, 519/3, 364



Die Metamorphose der kritischen zur affirmativen Unternehmensgeschichte und ihre Stellung in den derzeitigen internationalen Auseinandersetzungen um die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen



They celebrate their anniversaries

and They Aren't Apologizing

WARSAW—The earth bears traces of the death were slaughtered at Treblinka, making it the second-largest Jewish killing field... Mr. de Jong is a former reporter for Bloomberg News and the author of 'Nazi Billionaires: The Dark History of Germany's Wealthiest Dynasties,' from which this... advertising to ensure they are thought of this way. They spend less money and energy on discussing their roots. These corporations can trace their success directly back to...

Anhang

Gutachten zu Adolf Messer

**Kritik an dem Gutachten zu
Adolf Messer**

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften
apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer

Fachbereich 04
Erziehungswissenschaften

Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
Forschungsstelle NS-Pädagogik
apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer
Senator der Goethe-Universität
Senckenberganlage 31 -33 Post-Fach 96
60325 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0)69 798 22091
E-Mail BOrtmeyer@t-online.de
Raum 511 (Juridicum)

**An die Mitglieder des Senats und
die interessierte Öffentlichkeit.**

26.2.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Debatte über Adolf Messer und die nach ihm benannte Stiftung sowie zur Umbenennung der Adolf-Messer-Stiftungs-Lounge - die in einer Senatskommission bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen wurde, aber im Senat selbst noch am 21. März debattiert und beschlossen werden muss - füge ich meine kurze Stellungnahme zu den Kurzgutachten dreier Historiker der Goethe-Universität bei.

Mit freundlichen Grüßen



Benjamin Ortmeyer

Goethe-Universität Frankfurt am Main
FB08 • Historisches Seminar • 60629 Frankfurt am Main

**FB 08 • PHILOSOPHIE UND
GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN**
HISTORISCHES SEMINAR
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE

DR. JÖRG LESCZENSKI

Tel.: (069) 798-32617
E-mail: Lesczenski@em.uni-frankfurt.de

Sekretariat: Katrin Seebode
Tel: (069) 798-32613
Fax: (069) 798-32614
E-mail: seebode@em.uni-frankfurt.de

Datum: 14. Februar 2016

Kurzgutachten „Adolf Messer und der Nationalsozialismus“

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir, Dr. Jörg Lesczenski, Prof. Dr. Werner Plumpe

Am 10. Februar 2016 wurden wir von Frau Susanne Honnef (Goethe-Universität, Private Hochschulförderung, Referentin Fundraising/Sponsoring) gebeten, für den Senat der Goethe-Universität ein Kurzgutachten zum Thema „Adolf Messer und der Nationalsozialismus“ zu erstellen. Das Gutachten greift folgende Themen auf: Die politische Haltung Adolf Messers, die Unternehmenspolitik der Adolf Messer GmbH in der NS-Zeit, das Entnazifizierungsverfahren Adolf Messers, seine öffentlichen Auszeichnungen und sein gesellschaftliches Engagement, sowie die Gründung und Finanzierung der Adolf Messer-Stiftung.

Dem Gutachten liegt die 2007 erschienene Publikation „100 Prozent Messer. Die Rückkehr des Familienunternehmens, 1898 bis heute“ (Jörg Lesczenski) zugrunde. Für das Kapitel „NS-Zeit“ wurden seinerzeit die ältere Literatur zur Unternehmensgeschichte, interne Materialien der Messer Group GmbH und Quellenbestände des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden eingesehen. Die Ergebnisse des Kurzgutachtens werden unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstands zur Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte 1933 bis 1945, der sich mittlerweile alles in allem als sehr gut charakterisieren lässt, thesenhaft eingeordnet.

Die politische Haltung Adolf Messers

Die ausgewerteten Materialien lassen so gut wie keine quellengesättigten Aussagen zur politischen Grundhaltung Messers und zur Entwicklung seiner politischen Überzeugungen seit dem späten 19. Jahrhundert zu. Einschlägige politische Statements sind nicht überliefert. Eine Rekonstruktion seiner politischen Auffassungen ist allenfalls mit Hilfe vereinzelter Indizien und mit Hilfe allgemeinerer Überlegungen zu seiner Biographie möglich. Ein kohärentes Bild ergibt sich allerdings nicht.

Adolf Messer verstand sich in erster Linie als Ingenieur und gehörte bis 1933 keiner Partei an. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten trat er – früher als andere Unternehmer – der NSADP bei, die er nach eigenen Angaben finanziell über seine Mitgliedsbeiträge hinaus nicht

Hausanschrift:
Campus Westend, Grüneburgplatz 1, D-60323 Frankfurt am Main
Raum 3.457, 3. OG, V4

www.geschichte.uni-frankfurt.de/mng/WSG/index.html

unterstützt hat (siehe „Entnazifizierungsverfahren“). Die Parteimitgliedschaft alleine taugt als Beleg für eine auch ideologische Nähe zum Nationalsozialismus freilich wenig. Politisch aktive Unterstützung erhielt die NS-Bewegung im wirtschaftsbürgerlichen Milieu in erster Linie von jüngeren und noch nicht etablierten Unternehmern, die sich in von der NS-Diktatur Aufstiegschancen erhofften. Zu beiden Gruppen gehörte der 1878 geborene Adolf Messer nicht. Die Betriebspolitik Messers korrespondierte auf den ersten Blick noch am offensichtlichsten mit den gesellschaftspolitischen Prämissen des nationalsozialistischen Systems. Die Unternehmensleitung richtete u.a. ein Kameradschaftshaus ein, um den betriebspolitischen Idealen „Schönheit der Arbeit“ und „Kraft durch Freude“ zu genügen. Im Dezember 1936 wurde dem Unternehmen wegen der „vorbildlichen Berufserziehung“ das Leistungsabzeichen der DAF zuerkannt. Ob sich die betriebliche Sozialpolitik als ein Bekenntnis zu den politischen Zielen des Nationalsozialismus interpretieren lässt, ist fraglich. Adolf Messer stärkte – so zumindest das Ergebnis der älteren Literatur – regimekritischen Betriebsangehörigen bisweilen den Rücken und bewahrte sie durch seinen persönlichen Einsatz vor Repressalien des NS-Staats. So beschäftigte u.a. er den Sozialdemokraten (und ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden) Peter Eisenacher gegen den Willen der örtlichen Gauleitung weiter.

Die Unternehmenspolitik der Adolf Messer GmbH in der NS-Zeit

Grundsätzlich gilt: Ein Unternehmen kann seine politische Umwelt nicht frei wählen. Wie alle Unternehmen musste sich auch die Firma Messer gegenüber den Ansprüchen des NS-Systems, konkret: gegenüber dem Primat der Politik und den zahlreichen staatlichen Eingriffen in die Preisbildung, den Außenhandel, in die Arbeitsmärkte, die Distribution von Rohstoffen etc., positionieren. Wie für andere Unternehmer ging es dabei auch für Adolf Messer nicht darum *ob*, sondern *wie* er sich mit der nationalsozialistischen Diktatur arrangiert.

Die Messer & Co. GmbH bewegte sich seit der Verkündung des zweiten Vierjahresplans im September 1936 zusehends im Fahrwasser der forcierten Rüstungspolitik, die für Bestellungen etwa des Heereswaffenamts sorgte, das mehrere Aufträge für die Konstruktion von Sondermaschinen erteilte. So wurden mit Hilfe von Elektroschweißgeräten Messers Panzerwannen gefügt, die Widerstandsschweißtechnik verbessert, um Druck- und Hohlkörper gasdicht zu verschließen, oder eine Raumkurven-Brennschneidemaschine entwickelt, die es ermöglichte, gepresste Panzerkuppeln für Panzerkampfwagen dreidimensional zu bearbeiten. Des Weiteren war das Unternehmen in die Forschungsarbeiten zum Bau von Raketenwaffen eingebunden und lieferte vier Großanlagen nach Peenemünde, die der Erzeugung von Flüssigsauerstoff dienten. Das Unternehmen partizipierte auch während der Kriegsjahre an der Rüstungsproduktion und konstruierte u.a. kleine mobile Dissousgas- und Sauerstoffanlagen, die auf Lastwagen montiert wurden und mit denen die Truppenverbände unmittelbar an ihrem Einsatzort Schweißgase produzieren konnten.

Für Adolf Messer ergaben sich auch über seine Arbeit in den Fachverbänden Berührungspunkte zu Organisationen des NS-Staats. Im „Kleinen Rat“ des Deutschen Verbands für Schweißtechnik und Acytelen e.V. vertrat er die Interessen der Schweißgeräte-Produzenten.

Mit der reichsweiten Einberufung zahlreicher Betriebsangehöriger zur Wehrmacht standen zu Beginn der Vierzigerjahre faktisch alle Unternehmen vor der Aufgabe, die personellen Lücken mit neuen Arbeitskräften schließen zu müssen. Die ersten militärischen Niederlagen im Winter 1941/42 führten zur weiteren Aushebung wehrpflichtiger Arbeitskräfte und auch in Frankfurt am Main zu einer sprunghaften Zunahme der Zwangsarbeiter. Zu den etwa 250 Unternehmen, die sich seit 1942 ausländischer Arbeitskräfte bedienten, um die Produktion aufrecht zu erhalten, gehörte auch Messer. Über die Anfänge der Zwangsarbeit bei Messer ist ebenso wie über das

Zusammenspiel von Unternehmen, dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, der DAF und den Arbeitsämtern bei der Rekrutierung von Ausländern nichts bekannt. Allerdings lässt sich festhalten, dass die Firma Messer in der Hanauer Landstraße 314 unmittelbar neben dem Werksgelände ein Lager für Zwangsarbeiter unterhielt, in dem am 23. März 1944 196 ausländische Insassen untergebracht waren (105 russische Frauen, 40 russische Männer, 15 holländische Männer, elf polnische Frauen, neun polnische Männer, 13 litauische Frauen, zwei litauische Männer sowie ein Flame). Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte und die Größe des Lagers waren zwar deutlich von den Dimensionen in einem Industriekonzern entfernt, erreichten aber das Ausmaß von Sammellagern, die in Frankfurt unter Federführung eines Unternehmens betrieben und von mehreren Firmen genutzt wurden.

Hinweise auf eine Beteiligung Adolf Messers an der „Arisierung“ jüdischen Eigentums oder auf ein geschäftliches Engagement in den von der Wehrmacht besetzten Territorien ließen sich in den ausgewerteten Dokumenten nicht finden.

Das Entnazifizierungsverfahren

Dem Entnazifizierungsverfahren Adolf Messers lagen die Bestimmungen des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 zugrunde. In seinem Meldebogen gab Messer seine Mitgliedschaften in der NSDAP sowie in der Deutschen Arbeitsfront, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und dem Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik an. Bis auf seine monatlichen Mitgliedsbeiträge in Höhe von 8,30 RM habe er die NSDAP nicht finanziell unterstützt. Ferner seien ihm vom Staat, der NSDAP oder wirtschaftlichen Organisationen keine Titel-, Dienstränge oder Dienstbezeichnungen verliehen worden.

Der „Minister für politische Befreiung“ im Hessischen Staatsministerium reihte Adolf Messer in seinem „Sühnebescheid“ vom 22. Mai 1948 in die Kategorie „Mitläufer“ ein. Gleichzeitig wurde er zu einem „Sühnebetrag“ von 1.500 RM verurteilt. Überdies sollte er die Verfahrensgebühr in Höhe von 90.000 RM sowie das Porto und die Auslagen des Prozesses übernehmen. Adolf Messer erhob gegen die Berechnungsgrundlage des Bescheids, namentlich gegen den zugrunde gelegten Streitwert von 1,8 Mio. RM, mit Erfolg Einspruch. Mit Bescheid vom 16. Juni 1948 ermäßigte die Spruchkammer in Bad Homburg die ursprünglich auferlegte Verfahrensgebühr auf 15.570 RM. Das Entnazifizierungsverfahren Adolf Messer steht in vieler Hinsicht exemplarisch für die Lebensläufe von Unternehmern nach 1945. Überzeugte Nationalsozialisten wie z.B. Paul Pleiger (vormals an der Spitze der Reichswerke Hermann Göring), oder Walther Roland (Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke) erlebten ihr Karriereende und waren auch innerhalb der Wirtschaftselite diskreditiert. Die Mehrheit der Unternehmer setzte ohne durchgreifende Sanktionen ihre Geschäfte fort. „Mitläufern“ einmalige Geldzahlungen als Sühnemaßnahme aufzuerlegen, gehörte zu den üblichen Praktiken.

Öffentliche Auszeichnungen und gesellschaftliches Engagement

Für sein Lebenswerk als Unternehmer und Ingenieur hatte die TH Berlin-Charlottenburg Adolf Messer bereits 1922 den Titel eines Ehrensensors verliehen. Zwischen 1949 und 1953 folgten weitere Auszeichnungen, die seine hohe Reputation in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft dokumentierten. Im Juni 1949 verlieh ihm die TH Darmstadt auf Antrag der Fakultät für Maschinenbau die Würde eines Ehrendoktors, da er auch nach seinem Studium immer enge Beziehungen nach Darmstadt gepflegt habe. Der Verein Deutscher Ingenieure zeichnete ihn ebenfalls 1949 mit der Ehrenplakette des Frankfurter Bezirksvereins und ein Jahr später mit dem

Ehrenzeichen des Vereins aus. Die TH Karlsruhe ernannte Adolf Messer 1952 zum Ehrensenator, die TH Hannover 1953 zum Ehrenbürger.

Anlässlich seines 75. Geburtstags rief Adolf Messer die „Adolf Messer Unterstützungseinrichtung GmbH“ ins Leben, die langjährigen Mitarbeitern mit kleineren und mittleren Einkommen neben der Rente zusätzliche Versorgungsleistungen einräumte.

Gründung und Finanzierung der Adolf Messer-Stiftung

Am 6. April 1978, 100 Jahre nach der Geburt Adolf Messers, wurde mit einem Stiftungskapital von einer Million DM in Königstein/Taunus die Adolf Messer-Stiftung gegründet und rund zwei Jahre später vom Regierungspräsidium in Darmstadt genehmigt. Das Gründungskapital brachten offenkundig Hans Messer (Sohn Adolf Messers) und seine Familie sowie die Messer Griesheim GmbH auf (das sollte noch einmal genauer geprüft werden).

Die gemeinnützige Stiftung verfolgt karitative Ziele (Unterstützung der Behinderten-, Jugend- und Altenpflege in der Stadt Frankfurt und Umgebung) und unterstützt vor allem die naturwissenschaftliche Forschung und Lehre. Die engen Beziehungen der Adolf Messer-Stiftung und der heutigen Messer Group GmbH zur Goethe-Universität sind hinlänglich bekannt (jährliche Verleihung eines Stiftungspreises in Höhe von 25.000 Euro an eine Nachwuchswissenschaftlerin/einen Nachwuchswissenschaftler der Goethe-Universität, Ernennung von Stefan Messer – einem Enkel Adolf Messers – zum Ehrensenator der Goethe-Universität, etc.)

Fazit

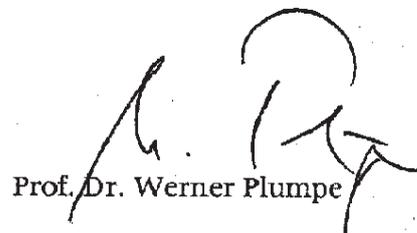
Die Verhaltensformen deutscher Unternehmer gegenüber der Ideologie und dem Wirtschaftssystem des NS-Staats waren vielfältig. Aus unternehmenshistorischer Perspektive spiegeln die Haltung Adolf Messers und seine unternehmenspolitischen Strategien gleichwohl in vieler Hinsicht das Verhalten zahlreicher (mittelständischer) Betriebe in der NS-Zeit wieder. Die Chancen, die der NS-Staat gerade kriegswichtigen Unternehmen bot, wurden genutzt, ohne dass die Eigentümer und Manager in jeder Hinsicht konform mit der NS-Ideologie gehen mussten (von Staatsunternehmen oder der NSDAP nahe stehenden Betrieben einmal abgesehen). Der Geschäftspolitik Messers lagen augenscheinlich keine primär ideologisch motivierten Überlegungen zugrunde. Sein Verhalten lässt sich eher als eine Form des „Alltagsopportunismus“ (Werner Plumpe) interpretieren, die Entscheidungsfindungen im Unternehmen folgten zu allererst einer ökonomischen Eigenlogik, die sich vordringlich am Ziel der „Bestandswahrung“ der Firma orientierte.



Prof. Dr. Andreas Fahrmeir,



Dr. Jörg Lesczenski,



Prof. Dr. Werner Plumpe

Frankfurt am Main, 13. Dezember 2017

Antrag zur Umbenennung der „Adolf Messer Stiftung Lounge“

Argumente für die Umbenennung der „Adolf Messer Stiftung Lounge“

Auf der Grundlage des Gutachtens vom 14. Februar 2016 (FB 08) sowie der unstrittigen Tatsachen lässt sich festhalten:

- Adolf Messer war seit 1933 (früher als andere) Mitglied der NSDAP
- Adolf Messer hat Zwangsarbeiter in einem firmeneigenen Lager (Bewertung: in schändlicher Weise) genutzt und unter anderen so in der Kriegsproduktion große Profite erzielt.
- Adolf Messer wurde noch 1948 „als Mitläufer“ eingestuft.

Schlussfolgerung:

1. Adolf Messer ist in keiner Weise ein Vorbild für Studierende und Lehrende der Goethe-Universität.

2. Geldspenden sind kein Argument in diesem Zusammenhang. Geldgeber der Stiftungsuniversität haben die strikte Auflage, sich nicht in die Angelegenheiten der Universität einzumischen. Sollte die Stiftung nach einer Umbenennung des Raumes ihre Unterstützung einstellen, so wäre das ein deutliches Anzeichen, dass mit Geld die „Ehre“ einer Raumbenennung erkaufte wurde – ein dem Selbstverständnis der Goethe-Universität widersprechendes Verhalten.

Aus diesen Gründen plädieren wir entschieden für eine Umbenennung des Raumes, zurück in „Common Room“. Die Bedeutung dieser Frage im Hinblick auf das Renommee der Goethe-Universität in Frankfurt, Deutschland und weltweit kann kaum hoch genug eingestuft werden.

Die Senatskommission zur Benennung von Gebäuden, Straßen und Plätzen möge beschließen, dass die "Adolf Messer Stiftung Lounge" am Campus Riedberg in "Common Room" umbenannt werden soll.

Newal Dicle Yalcin (Grüne Hochschulgruppe Frankfurt am Main)

Der Antrag wurde mit einer Enthaltung einstimmig angenommen

Kurze Stellungnahme von Benjamin Ortmeier (26.2.2018),

zum „Kurzgutachten ‚Adolf Messer und der Nationalsozialismus‘ von Prof. Dr. Andreas Fahrmeir, Dr. Jörg Lesczenski, Prof. Dr. Werner Plumpe

Vorbemerkung

Als Senator der Goethe Universität war ich auf Einladung von Vizepräsident Professor Dr. Prof. Dr. Schubert-Zsilavec und Herrn Dr. Maaser, obwohl ich nicht Mitglied der Senats-Kommission „Benennung von Straßen und Räumen“ bin, eingeladen worden.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war der Antrag von Frau Newal Yalcin für die Umbenennung einer Lounge auf dem Campus Riedberg, die nach der Adolf-Messer-Stiftung benannt wurde.

Anwesend war auch Prof. Dr. Jörg Lesczenski, der das Buch „100% Messer“ 2007 verfasste und nun - zusammen mit zwei Kollegen - für den Senat ein Kurzgutachten (vier Seiten) erstellt hat.

Zwei Punkte sind mir aus der Sitzung im Gedächtnis geblieben und dürften wohl auch von den anderen Mitgliedern der Kommission bestätigt werden:

Erstens: Einleitend zur Vorstellung des Gutachtens erklärte der Verfasser, dass man den Fragenkomplex mit der „**Unternehmerbrille**“ betrachten müsse. Er wiederholte dies auf meine Nachfrage, da ich dachte, ich hätte einen Hörfehler, noch einmal.

Zweitens: Auf meine Nachfrage, ob es in Ordnung sei, dieses Kurzgutachten auch anderen Historikern zukommen zu lassen, erklärte Prof. Dr. Jörg Lesczenski eindeutig, dass dies sehr gerne geschehen könne.

Zur Gutachten selbst:

I. Zum Abschnitt „Die politische Haltung Adolf Messer“

Zunächst sei festgehalten: Das ganze Gutachten beweist durch alle Windungen und Wendungen hindurch, dass Adolf Messer ein Nazi-Profiteur war, für den der Raubkrieg der Nazis ein glänzendes Geschäft war. Gegen seine Intention zeigt das Gutachten deutlich, dass Adolf Messer weder als Mensch noch als Unternehmer Vorbildcharakter im humanistischen Sinne hatte.

Im Einzelnen:

Dieser Teil enthält 2 Absätze. Im 1. Absatz auf Seite 1 wird lediglich festgehalten, dass im Grunde nichts zur politischen Grundhaltung gesagt werden kann, wobei unklar bleibt, was eine „politische Grundhaltung“ im Wechsel vom Kaiserreich, Weimarer Republik, der NS-Zeit und der Bundesrepublik Deutschland sein könnte. Möglicherweise ist es schon falsch einen solchen Begriff überhaupt in Anschlag zu bringen, da es durchaus mehr als genug Beispiele dafür gibt, dass wichtige Persönlichkeiten keine politische Grundhaltung haben, sondern sich dem jeweiligen politischen System anpassen, »mit den Wölfen heulen« und politische Opportunisten aus Prinzip sind.

Der 2. Absatz dieses Teiles (der sich von Seite 1 bis auf das obere Teil der Seite 2 zieht) hat insgesamt zehn Sätze in 20 Zeilen.

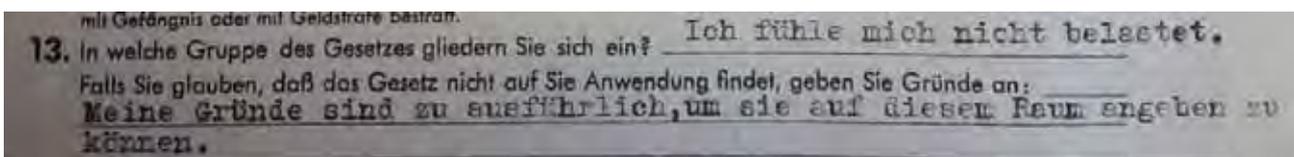
1. Kritik: „in erster Linie als Ingenieur“

Bereits im 1. Satz dieses Absatzes wird sich in subjektivistisch-hermeneutischer Weise in die Person Adolf Messer hinein versetzt, und ihm attestiert, dass er sich selber „*in erster Linie als Ingenieur*“ verstanden habe. Das mag im Hinblick auf starkes politisches Engagement sicherlich stimmen, aber zumindest zeigt die Geschichte des von ihm geführten Unternehmens, dass er sich möglicherweise doch auch in erster Linie als *profitorientierter Unternehmer* verstanden hat. Das Gutachten schließt diese Möglichkeit gar nicht erst in seine Überlegungen ein.

2. Kritik: Adolf Messer: „Ich fühle mich nicht belastet.“

Auch der zweite Satz (der Seite 1 unten beginnt) mischt Tatsachen mit der Selbstdarstellung von Adolf Messer nach 1945. Harter Fakt ist nun einmal, dass Adolf Messer bereits im Jahre 1933 der verbrecherischen Partei NSDAP beigetreten und bis 1945 Mitglied geblieben ist.¹

Der in diesem Verfahren verwendete Fragebogen enthält den klaren Satz von Adolf Messer: „*Ich fühle mich nicht belastet.*“ Und auf die Frage: „Falls Sie glauben, dass das Gesetz nicht auf die Anwendung findet, geben Sie Gründe an:“ antwortete Adolf Messer: „*Meine Gründe sind zu ausführlich, um sie auf diesem Raum abgeben zu können.*“ Die Möglichkeit einer Anlag oder Zusatz-Notiz schlug Adolf Messer offensichtlich (möglicherweise in doch arrogantem Tonfall?) aus.



(Staatsarchiv Wiesbaden)

3. Kritik: Die NSDAP-Mitgliedschaft von Adolf Messer wird bagatellisiert („freilich wenig“)

Der 3. Satz dieses größeren Abschnittes (S.2 oben, 1. und 2. Zeile) soll vollständig zitiert werden:

„Die Parteimitgliedschaft alleine taugt als Beleg für eine auch ideologische Nähe zum Nationalsozialismus freilich wenig.“

In diesem Satz, der eine Halbwahrheit enthält, sind ganz offensichtlich bei der schrittweisen Konstruktion der Apologie von Adolf Messer durch das Gutachten zwei Probleme eingebaut.

¹ Nur nebenbei sei angemerkt, dass in der Geschichtswissenschaft auch der Begriff „Machtergreifung“ ideologiekritisch hinterfragt wird.

Problem Nummer 1 ist, dass nun nicht die Frage der politischen, ökonomischen oder unternehmerischen Unterstützung, sondern die Frage der „ideologischen Nähe“ angeschnitten wird. Das ist insofern geschickt, dass wir selbst bei führenden verbrecherischen Persönlichkeiten des NS Staates nicht wissen, ob sie wirklich ideologisch die Konstruktion etwas von „Ariern“ oder eines „Wotan“ ernst genommen haben, weil in Ideologie eben diese Dinge nur ein Mittel zum Zweck war. Diese subjektiv schwer feststellbare Frage nach der ideologischen Nähe ist im Rahmen dieses Gutachtens ganz offensichtlich ein Ablenkungsmanöver von dem, was Adolf Messer handfest praktisch in der NS-Zeit getan hat.

Das Problem Nummer 2 besteht in der Frage, welche Bedeutung die Mitgliedschaft in der NSDAP im Jahre 1933 hat. Hier handelt es sich um eine der berühmten Halbwahrheiten, die schlimmer als ganze Lügen sind: die offensichtlich nicht sehr valide Kategorie „freilich wenig“ lässt ja nun die Frage offen, was für Interpretationsmöglichkeiten es dafür gibt, dass ein am Profit orientierter Unternehmer bereits im Jahre 1933 in die NSDAP eintritt. In der Tat muss es nicht zwingend ideologische Nähe sein, was aber bei einem großen Teil der Eintritte 1933 auch nicht gerade ausgeschlossen werden kann. Vielmehr war es sogar der NSDAP-Führung klar, dass viele Menschen aus sehr egoistischen Gründen als Anpassungsvorleistung - gemischt möglicherweise mit Begeisterung und Zustimmung - 1933 in die NSDAP eingetreten sind, denn es wurde rasch ein Aufnahmestopp beschlossen. Die zu untersuchende Frage „Adolf Messer und der Nationalsozialismus“ dreht sich ja ganz offensichtlich darum, ob ein Mann wie Adolf Messer ein Vorbild für Studierende der Goethe-Universität und überhaupt sein kann, so dass eine Stiftung oder auch ein Raum in der Goethe-Universität mit seinem Namen in Zusammenhang gebracht werden soll. Dabei ist es nicht nur die Frage nach der so-wieso kaum zu beweisenden „ideologischen Nähe“ zur NSDAP das entscheidende Problem, sondern **welche Handlungen Adolf Messer** in dieser Zeit begangen hat.

4. Kritik: Was sind nach Ansicht des Gutachtens die „gesellschaftspolitischen Prämissen des nationalsozialistischen Systems“?

Der 4. und 5. Satz mit wolkigen, spekulativen Einschätzung über das „*wirtschaftsbürgerliche Milieu*“ und der schräg verklausulierten Andeutung, dass Adolf Messer nicht zu denen gehört habe, die sich „*von der NS-Diktatur Aufstiegschancen erhofften*“, da das Unternehmen nicht jung und eben schon etabliert sei, sollen hier nur als eristische Kniffe zur Apologie von Adolf Messer knapp festgehalten werden. Wichtiger ist der folgende Satz:

„Die Betriebspolitik Messers korrespondierte auf den ersten Blick² noch am offensichtlichsten mit den gesellschaftspolitischen Prämissen des nationalsozialistischen Systems.“

Aus diesem Satz ergeben sich zwei Fragen. Zunächst wird die Spannung erzeugt, was denn nun aus Sicht der Gutachter die „gesellschaftlichen Prämissen“ des NS-Systems sind?

² Diese Passage ist fast wortwörtlich dem Buch 100 % Messer (S. 38 entnommen, es wurde jedoch hinzugefügt „auf den ersten Blick“. In diesem Buch heißt es dann auf S. 39: „*möglicherweise entsprach die Idee der Betriebsgemeinschaft aber auch seinem Selbstverständnis als sozial verantwortungsvoller, Fürsorgepflichtiger, auf eine enge Kooperation mit den Arbeitnehmern bedachten Unternehmer.*“ Bitte? Wohl gemerkt, es geht um die Nazi-Idee der „Betriebsgemeinschaft“. Das ist eine in keiner Hinsicht akzeptable Verknüpfung.

- Die Ermordung Inhaftierung der führenden Köpfe der Parteien und Gewerkschaften die sich gegen das NS System ausgesprochen haben? Abschaffung aller demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte?
- Die Arisierung des jüdischen Eigentums, die Diskriminierung Vertreibung und schließliche Ermordung der jüdischen Bevölkerung?
- Den Aufbau der Rüstungsindustrie, Kriegsvorbereitung und Überfall, andere Länder, Raubkrieg gegen andere Länder in Europa?

Es genügt diese Frage aufzuwerfen, um angesichts des bisherigen Gutachtens festzuhalten, dass diese sehr realen Punkte offensichtlich vom Gutachten nicht als die „gesellschaftlichen Prämissen“ des NS Systems angesehen werden.

Abgezielt wird im Gutachten dagegen auf »Kraft durch Freude« und »Schönheit der Arbeit«. Die weiteren Ausführungen legen ja nun wirklich - nicht nur auf den ersten Blick – nahe, dass in dieser Hinsicht der Messer-Betrieb einer Art Nazi-Vorzeigebetrieb geworden ist. Klar wird, dass die DAF weitgehend im Detail das Sagen hat, so dass ein Nazi-Preis 1936 von der DAF der Messer-Fabrik (Genauer Adolf Messer GmbH) zuerkannt wurde.

Die Frage, was die Formulierung „auf den ersten Blick“ bedeuten soll, lässt sich klären. In der gängigen Rhetorik bedeutet diese Formulierung, dass der ersten Blick getrübt sei. Die Fakten zeigen aber die völlige Übereinstimmung mit den Betriebsprämissen des NS-Systems auf den ersten und den zweiten Blick..

5. Kritik: Vertuschung der Zustimmung zur Aufrüstung im Angriffskrieg / V2 Raketen

Der nächste Satz (11. Zeile von Seite 2) verknüpft wiederum tendenziös ein wirkliches Problem mit der Apologie von Adolf Messer. Es heißt:

„Ob sich die betriebliche Sozialpolitik als ein Bekenntnis zu dem politischen Zielen des Nationalsozialismus interpretieren lässt, ist fraglich.“

In der Tat besteht hier kein Automatismus. Und einen solchen Automatismus hat auch niemand behauptet. Die Frage in Hinblick auf die „politischen Ziele des Nationalsozialismus“ ist in der Tat eine andere Frage in Hinblick auf die verschärften Ausbeutungsmöglichkeiten, die die Politik der Nazis durch die DAF in Betrieben ermöglichte. Die politischen Ziele waren spätestens seit 1933 **vor allem Kriegsziele**. Es ist in der Tat eine neue, entscheidende Frage, ob Adolf Messer sich aktiv **gegen** diese Kriegsziele eingesetzt hat, oder ob er durch die schon vorher durchgeführte Aufrüstung und die vermehrten Aufträge durch den Krieg, die er ausgeführt hat, diese politischen Ziele aktiv unterstützt und **gleichzeitig enorm davon profitiert** hat. Beides ist klar zu bejahen. Das Gutachten vermeidet zwar den Begriff V2, aber zwischen und in den Zeilen lässt sich durchaus auf Seite 2 des Gutachtens lesen, das „Anlagen nach Peenemünde“ geliefert wurden und es um „Forschungsarbeiten zum Bau von Raketenwaffen“ ging. Nicht erwähnt wird in diesem Gutachten, worum es eigentlich ging: um die V2 Raketen. Vor allem nicht erwähnt wird, dass die gelieferten Großanlagen nach Peenemünde schließlich seit August 1943 Zulieferung für KZ-Sklavenarbeiter im KZ Mittelbau-Dora waren. Dort schufteten ab Sommer 1943 ungefähr 60 000 KZ-Sklavenarbeiter, von denen 20 000 diesen mörderischen Lebensbedingungen in diesem „Arbeitslager der Waffen-SS“ erlagen.

6. Kritik: Persilscheinlogik mit ominösen Quellen

Die beiden letzten Sätze in diesem Gesamtabschnitt (S. 2, Zeile 13 ff) enthalten nun ohne valide Quellen, nur vom Hörensagen eine Schilderung, dass Adolf Messer „*regimekritischen Betriebsangehörigen*“ geholfen habe „*durch seinen persönlichen Einsatz*“. Als Argument wird die Weiterbeschäftigung eines ehemaligen Sozialdemokraten und Betriebsratsvorsitzenden, verwendet. Quellenangaben hierfür sind im Gutachten nicht vorhanden, aber hier wie an anderer Stelle muss das Buch „100 % Messer“ herangezogen werden. Dort werden ominöse „Erinnerungen“ benannt, und in der DNB nicht vorhandenen Materialien bemüht. Das genannte, von Messer Griesheim 1993 herausgegebene Buch „Ein Unternehmen im Wandel der Zeit - Messer Griesheim“ von Ernst Koch ist die Hauptquelle. Hier ist mehr als Skepsis angebracht, da Ernst Koch vom Hörensagen berichtet und keine Quellen angibt. Es sind die üblichen »Persilscheingeschichten« und es ehrt das Gutachten immerhin, dass es das Märchen von der „Unterstützung von befreundeten jüdischen Mitbürgern in Frankfurt“ (ohne Namensnennung und Quellen im Buch Ernst Koch, dort S.106) nicht auch noch weiter verbreitet. Kurz, die sicherlich vorhandenen Querelen um Arbeitskräfte in der NS-Zeit werden so dargestellt, als habe Adolf Messer eine Art Widerstand geleistet.³ Deutlich aber ist, was - anders als noch im Buch „100% Messer“ – im Gutachten zudem *weggelassen* wurde, wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden wird

II. Zum Abschnitt „Die Unternehmenspolitik der Adolf Messer GmbH in der NS-Zeit“

7. Kritik: Vertuschung der elenden Lage der ZwangsarbeiterInnen⁴



Im Abschnitt „Die Unternehmenspolitik der Adolf Messer GmbH in der NS-Zeit“, geht es auch um die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in der Messer-Fabrik. Und hier wird entscheidendes weggelassen. Doch vor der apologetischsten Behandlung der Frage der Zwangsarbeit wird das Gutachten noch einmal ganz grundsätzlich und klärt auf, von welchem Selbstverständnis die Gutachter ausgehen. „**Grundsätzlich gilt: ein Unternehmen kann seine politische Umwelt nicht frei wählen.**“

³ Der Sinn eines vorne im Buch „100% Messer“ abgedruckten „Stammbaum der Familie Messer“ seit 1852 erklärt sich nicht, da dort die sonst in Apologien übliche angebliche oder wirkliche „jüdische Urgroßmutter“ als Entlastungsargument nicht zu finden ist.

⁴ Alle **Dokumente** aus der Akte Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 520/Frankfurt (A-Z);Messer, Adolf

(S.2, 1. Satz des Abschnittes). Und weiter wird grundsätzlich - Hervorhebung im Original - klargestellt:

„Wie für andere Unternehmer ging es dabei auch für Adolf Messer nicht darum ob, sondern wie er sich mit der nationalsozialistischen Diktatur arrangiert.“
(S. 2, 3. Satz des Abschnittes)

Es ist wieder einer dieser Halbwahrheiten, die grundlegend das Gutachten durchziehen: Gedanken wie »jeder muss doch mit den Wölfen heulen«, es komme darauf an, wie man mit den Wölfen heult und Ähnliches. Das ist die Einstimmung für die Darstellung der Kriegsindustrie und die Einstimmung zur Darstellung einer auch die Messer-Fabrik betreffende *„sprunghaften Zunahme der Zwangsarbeiter“* (S. 2, 3. Zeile von unten). Durch den Krieg galt es, so wird formuliert *„die personellen Lücken mit neuen Arbeitskräften“* zu schließen und irgendwie kam es dann zu einer *„sprunghaften Zunahme der Zwangsarbeiter“*. Gegenüber anderen Firmen, so betont das Gutachten, war zwar

Messer & Co.	
Apparate und Werkzeuge für die autogene Metallverarbeitung; Hanauer Landstraße 314 - 326	
* Hanauer Landstraße 314-326, Barackenlager auf dem Werksgelände (die Zahlen für 1943 schließen die unten genannten Lager ein)	
1942:	18 Russen, 27 Weißruthenen, 50 Litauer
1943:	83 Russinnen (36 Männer), 20 Weißruthenen, 47 Litauer, 5 Bulgaren, 120 Franzosen (8 Frauen), 3 Wallonen, 22 Flamen, 46 Holländer (2 Frauen), 7 Italiener
bis Sept.	
1944:	145 Russinnen (40 Männer), 20 Polinnen (9 Männer), 15 Litauerinnen (2 Männer), 1 Flamen, 15 Holländer
ab Okt.	
1944:	101 Russen (47 Frauen), 28 Litauer (2 Frauen), 73 Franzosen, 11 Belgier (2 Frauen), 65 Holländer
* Kärmerstraße 1 (Gebäude "arisiert", ehem. Rechnerstraße, Altstadt, verlief parallel zur Fischerfeldstraße auf dem heutigen Arbeitsamtsgelände)	
1942:	4. Litauer, 10 Italiener
1943:	siehe oben
* Uhlandstraße 44 - 48 (Gemeinschaftslager für Ostarbeiter)	
Es ist unklar, wieviele der Zwangsarbeiter von Messer hier untergebracht waren.	
1943:	siehe oben



die Zahl der Zwangsarbeiter deutlich unterschieden, hatte nur das „Ausmaß von Sammellagern“, so wird relativierend berichtet. Nun sind die Dokumente zur Zwangsarbeit in Frankfurt auch bei der Messer-Fabrik seit langem gut bekannt, insbesondere ist auch gut dokumentiert, worauf wenigstens im Buch „100 % Messer“ noch hingewiesen wurde, dass ein französischer Zwangsarbeiter, der entflohen ist, von der Messer-Fabrik gemeldet und in einem genau dokumentierten Verfahren dann als Räuber diffamiert und denunziert von der Gestapo-Justiz zum Tode verurteilt wurde.

Um es knapp anzudeuten: Ein 54 jähriger deutscher Mann traf auf zwei entflozene französische Zwangsarbeiter und eine entflozene französische Zwangsarbeiterin. Die dreißig Jahre jüngere Frau im Alter von 24

Jahren sollte offensichtlich von dem älteren deutschen Mann in seiner Wohnung abgeschleppt werden, was einer der beiden französischen Zwangsarbeiter – der Freund der jungen Frau mit dem Namen **Raymond Petitjean** – unter Einsatz seiner Körperkraft verhinderte. Dafür wurde er dann des angeblichen »Raubes« angeklagt und schließlich zum Tode verurteilt. Dabei spielte auch die Flucht aus dem Zwangsarbeiter-Lager der Messer-Fabrik eine Rolle. Über diese Angelegenheit wird im Gutachten offensichtlich - aus welchen Gründen auch immer - nicht berichtet. Diese Auslassung passt in die Gesamtintention des Gutachtens. Die Akten im Hessischen Staatsarchiv in Wiesbaden sind bekannt. Messer & CO

Aus der Aussage des ermordeten französischen Zwangsarbeiter

Die Daniel ging auch mit Kuster zusammen fort, ich wusste, dass sie in die Wohnung des Kuster gehen wollten, zum Zwecke des Geschlechtsverkehrs. Ich ging mit dem Petitjean, dem Kuster und der Daniel nach, denn ich hatte Angst, dass er Kuster die Daniel einschliesst und ihr etwas antut. Als beide im Hauseingang angekommen waren und Kuster die Haustüre zumachen wollte, bin ich in den Hausgang und habe Kuster am Hals gefasst, und habe ihn gewürgt. Er Kuster fiel hierauf zu Boden. Ich bestreite, Kuster, als er auf dem Boden lag, mit dem...

ERMORDUNG

Strafgefängnis Pfa. -Freungesheim		FRANZOSE	
Eingeliefert - XXXX		(Nachname)	(Vorname)
am 31. 10. 44	libr	Raymond Charles	Petitjean
U. Haftanst. Pfa.		geb. am 27. 4. 1920	in Epinal
		beruf.	Arbeiter

al Ort und sonst mögl. die Dauer vom Antritt der Strafe bis zu vollendeter Strafe, (Tagezahl der Sicherung u. Befreiung oder sonstigen Freiheitsentziehung bei Ungültigkeit der Strafbefreiung)	Straf- oder Verbauungszeit	
	Beginn Tag und Tageszeit	Ende Tag und Tageszeit
	zum Tode	libr
	MN	MN

8. Kritik: Keine Hinweise zur „Arisierung“?

Abschließend heißt es:

„Hinweise auf eine Beteiligung Adolf Messers an der „Arisierung“ jüdischen Eigentums oder auf ein geschäftliches Engagement in den von der Wehrmacht besetzten Territorien ließen sich in den ausgewerteten Dokumenten nicht finden.“ (S. 3, 2. Abs. von oben)

In der leicht zugänglichen Broschüre von Sven Beckert: „Bis zu diesem Punkt und nicht weiter“, Frankfurt/M 1990, findet sich die weiter oben faksimilierte folgende Zusammenstellung auf S. 185:

*** Kammereistraße 1 (Gebäude "arisiert", ehem. Rechneistraße, Altstadt, verlief parallel zur Fischerfeldstraße auf dem heutigen Arbeitsamtsgelände)**
1942: 4. Litauer, 10 Italiener
1943: siehe oben

Hier ist von einem arisierten Gebäude die Rede, und zwar in der Kammereistraße 1, die nach den Angaben dieses Autors von der Messer-Fabrik zusätzlich für die

Unterbringung von Zwangsarbeitern genutzt wurde. Dies ist auf jeden Fall ein Hinweis, dem seriöser Weise nachgegangen werden müsste. Zudem: Den höheren Anteil von über 350 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Jahre 1943 wird nicht erwähnt.

Die weitere Darstellung des Gutachtens schildert das Entnazifizierungsverfahren als Erfolgsgeschichte des „Mitläufers“ Adolf Messer, der gegen Strafzahlungen Einspruch erhob und in der damaligen Atmosphäre, in der die Verfahren an deutsche Personen übergegangen waren und nicht mehr direkt in der Hand der Alliierten lag, auch hier Erfolg hatte.

Die Darstellung der Fülle von Ehrungen sowie der großen Leistung der Adolf Messer-Stiftung, einschließlich der Ernennung von Stefan Messer, einem Enkel Adolf Messers, zum Ehrensensator der Goethe Universität, rundet dann dieses in der Grundtendenz apologetischsten Gutachten ab.

Interessant sind noch die Zusammenfassung und das Fazit in den letzten zwei Absätzen des Gutachters.

III. Zum Abschnitt „Fazit

9. Kritik: Der NS-Staat als „Chance“ für „kriegswichtige Unternehmen“

Die rhetorische Grundfigur ist, das sich eigentlich sehr viele Menschen wie Adolf Messer als Unternehmer verhalten hätten, was gewiss richtig ist, aber für eine positive Wertung eines solchen Verhaltens keinesfalls eine valide Grundlage ist. Festgehalten werden soll die offensichtlich ebenfalls nicht als problematisch angesehene These: *„Die Chancen, die der NS-Staat gerade kriegswichtigen Unternehmern bot, wurde genutzt“* (S. 4, 2. Absatz von unten). Und es wird wiederholt, dass eine solche Haltung, - die in der politischen Polemik als Haltung von „Kriegsgewinnlern“ bezeichnet und verurteilt wird - halt eher eine Form des Alltags-Opportunismus sei. Immerhin. Ansonsten: Moral und Ethik als Kriterium tauchen nicht auf.

10. Kritik: „ökonomischen Eigenlogik“ / „Bestandswahrung der Firma“

Der letzte Satz dieses Gutachtens ist von besonderem Interesse. Dort heißt es, dass

„die Entscheidungsfindungen im Unternehmen folgten zu aller erst einer ökonomischen Eigenlogik, die sich vordringlich am Ziel der Bestandswahrung der Firma orientierte.“

Dieser letzte Satz wird ganz offensichtlich **nicht als Anklage gegen die Ausbeutung der Zwangsarbeiter** betrachtet. Zudem ist es offensichtlich, dass die erhebliche Ausdehnung des Profits des Unternehmens durch den Krieg weit über einer „**Bestandswahrung**“ der Firma Messer hinausging.

Zusammenfassung

Der Antrag auf eine Umbenennung der Adolf-Messer-Stiftung-Lounge auf dem Campus Riedberg, damit sie nicht mehr Adolf Messer Stiftung Lounge heißt und die Entfernung der entsprechenden Tafeln und Hinweise ist überzeugend und zwingend. Es wäre der Adolf Messer Stiftung anzuraten ihren Namen zu ändern, sich zur historischen Verantwortung zu stellen und sich nach dem von Messer Griesheim denunzierten französischen Zwangsarbeiter umzubenennen in **Raymond Petitjean Stiftung** und sich endlich mit der Stiftung an der Entschädigung der beschäftigten Zwangsarbeiter zu beteiligen

